



Plenarprotokoll

79. Sitzung

Freitag, 24. Januar 2020

Mehr Unternehmergeist in Schleswig-Holsteins Schulen - Landeskonzzept Entrepreneurship Education.....

6045

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/1872

Christopher Vogt [FDP]..... 6045
Martin Habersaat [SPD]..... 6047, 6053
Tobias von der Heide [CDU]..... 6048
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6049
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 6051
Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 6052
Peer Knöfler [CDU]..... 6054
Volker Schnurrbusch [AfD]..... 6055
Lukas Kilian [CDU]..... 6056

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

6056

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/1872.....

6058

Zukunft der Schiffbauindustrie sichern.....

6058

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1950 (neu)

Serpil Midyatli [SPD]..... 6058
Tobias Koch [CDU]..... 6060
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6061
Christopher Vogt [FDP]..... 6063
Volker Schnurrbusch [AfD]..... 6064
Lars Harms [SSW]..... 6065

Dr. Kai Dolgner [SPD].....	6067	Beschluss: Überweisung des Berichts	
Tobias von der Heide [CDU].....	6068	Drucksache 19/1782 an den Um-	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6069	welt- und Agrarausschuss zur ab-	
Daniel Günther, Ministerpräsident.	6070	schließenden Beratung.....	6083
Jörg Nobis [AfD].....	6072		
Beschluss: Annahme des Antrags		Sammeldrucksache über Vorlagen	
Drucksache 19/1950 (neu).....	6072	gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-	
		schäftsordnung des Schleswig-Hol-	
		steinischen Landtags	6083
Expertenanhörung zum Thema			
„Mobbing und Gewalt an Schulen“	6073	Drucksache 19/1946	
Antrag der Fraktion der AfD		Beschluss: Annahme.....	6083
Drucksache 19/1936			
Gewalt- und Mobbingprävention		Reden zu Protokoll	
an Schulen weiter stärken	6073		
Alternativantrag der Fraktionen von		Einführung des Wahlrechts ab dem	
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,		16. Lebensjahr bei Bundestagswah-	
FDP und der Abgeordneten des SSW		len	6084
Drucksache 19/1953 (neu)		Antrag der Fraktion der SPD	
		Drucksache 19/24	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	6073, 6080	Bericht und Beschlussempfehlung	
Tobias von der Heide [CDU].....	6074	des Innen- und Rechtsausschusses	
Kai Vogel [SPD].....	6076	Drucksache 19/1878 (neu)	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE			
GRÜNEN].....	6077	Claus Christian Claussen [CDU]....	6084
Anita Klahn [FDP].....	6078	Tobias von Pein [SPD].....	6085
Lars Harms [SSW].....	6079	Burkhard Peters [BÜNDNIS	
Karin Prien, Ministerin für Bil-		90/DIE GRÜNEN].....	6085
dung, Wissenschaft und Kultur.	6081	Claus Schaffer [AfD].....	6086
		Lars Harms [SSW].....	6087
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags		Hans-Joachim Grote, Minister für	
Drucksache 19/1936		Inneres, ländliche Räume und	
2. Annahme des Alterna-		Integration.....	6088
tivtrags Drucksache 19/1953		Wildnis in Schleswig-Holstein	6089
(neu).....	6082	Bericht der Landesregierung	
		Drucksache 19/1782	
Einführung des Wahlrechts ab dem			
16. Lebensjahr bei Bundestagswah-		Heiner Rickers [CDU].....	6089
len	6083	Sandra Redmann [SPD].....	6089
Antrag der Fraktion der SPD		Marlies Fritzen [BÜNDNIS	
Drucksache 19/24		90/DIE GRÜNEN].....	6090
Bericht und Beschlussempfehlung		Dennys Bornhöft [FDP].....	6090
des Innen- und Rechtsausschusses		Volker Schnurrbusch [AfD].....	6091
Drucksache 19/1878 (neu)		Lars Harms [SSW].....	6092
Beschluss: Ablehnung des Antrags		Jan Philipp Albrecht, Minister für	
Drucksache 19/24.....	6083	Energiewende, Landwirtschaft,	
		Umwelt, Natur und Digitalisie-	
Wildnis in Schleswig-Holstein	6083	rung.....	6093
Bericht der Landesregierung			
Drucksache 19/1782			

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, denn ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Erkrankt ist die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Vereinzelter Beifall)

Der Abgeordnete Volker Nielsen ist scheinbar auch erkrankt. Wir wünschen auch ihm gute Besserung.

(Beifall)

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Claus Schaffer herzlich zum Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Nortorf und der Gemeinschaftsschule am Brook, Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Mehr Unternehmergeist in Schleswig-Holsteins Schulen - Landeskonzert Entrepreneurship Education

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1872

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete und Versicherungen, aber ich kann ‘ne Gedichtanalyse schreiben. In vier Sprachen.“

Heiner Garg, die Älteren werden sich erinnern, so lautete 2015 ein Tweet einer damals noch 17-jährigen Schülerin. Der Tweet ging damals viral und hat einen Nerv getroffen. Ich gebe zu, das hat noch

(Christopher Vogt)

nichts mit Entrepreneurship zu tun, sondern mit ökonomischer Bildung.

Ich glaube, unser Problem ist in der Tat nicht, dass wir zu viele Schüler haben, die Gedichtanalysen in vier Sprachen schreiben können, sondern es insgesamt einen Nachholbedarf bei der ökonomischen Bildung gibt. Auch viele Schülerinnen und Schüler wünschen sich das. In Nordrhein-Westfalen hat man jetzt schrittweise das Schulfach Wirtschaft eingeführt. Das ist eine Maßnahme, die wir uns auch in Schleswig-Holstein ansehen sollten. Wir sollten gucken, ob wir das auch in Schleswig-Holstein übernehmen können.

(Beifall FDP)

Es gibt die Diskussion über mehr politische Bildung auch an Schulen, und ich glaube, wir sollten auch mehr über die ökonomische Bildung an unseren Schulen sprechen. Hier müssen wir deutlich mehr tun. Wir müssen aber realisieren, dass die großen deutschen Unternehmen in der Regel über 100 Jahre alt sind. Es sind in den letzten 30 Jahren in Deutschland kaum neue große Unternehmen in den Boom-Branchen in Deutschland entstanden, sondern stattdessen vor allem in China oder in den USA. Das ist zunehmend ein Problem für den Erhalt unseres Wohlstandes.

Die Zahl der Gründungen ist über viele Jahre bundesweit zurückgegangen. Das hat mit der guten Arbeitsmarktlage zu tun. Es gibt kaum Bedarf an sogenannten Notgründungen, die wir aus der Arbeitslosigkeit heraus kennen. Es hat auch mit einem insgesamt hohen Bedürfnis nach Sicherheit in unruhigeren Zeiten zu tun, und viele junge Menschen kommen schlichtweg gar nicht auf die Idee, dass man auch unternehmerisch tätig werden könnte.

Erst kürzlich war jedoch erfreulicherweise zu lesen, dass die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Schleswig-Holstein in den ersten neun Monaten 2019 im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent angestiegen ist. Das sind erfreuliche Zahlen, und ich bin überzeugt, dass da noch mehr geht. Entrepreneurship und Unterstützung von Gründungen stehen bei der FDP-Fraktion schon lange auf der Agenda, und wir haben uns in einem Positionspapier zu diesem Thema im vergangenen Jahr sehr intensiv damit beschäftigt. Insofern bin ich froh, dass das Thema heute auf der Tagesordnung steht und dass in Schleswig-Holstein da etwas vorangeht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es muss einerseits um bessere Rahmenbedingungen gehen, andererseits aber auch unbedingt um einen

neuen Gründergeist, also einen Wandel in der Mentalität: mehr Akzeptanz oder mehr Respekt für diejenigen, die etwas ausprobiert haben und im Zweifel auch mal gescheitert sind. Ich glaube, dass wir vor allem zwei entscheidende Stellen haben, um den Gründergeist bei jungen Menschen beleben zu können: unsere Schulen und natürlich unsere Hochschulen.

Die Schulen sind insofern wichtig, da hier früh Grundlagen gelegt und Interessen geweckt werden können. Zunächst einmal sollten wir uns darauf konzentrieren, den MINT-Bereich zu stärken. Das ist nicht nur für die Gründerperspektive gut, sondern insgesamt. Aber, wie gesagt, der Mentalitätswechsel steht an erster Stelle bei dem, was wir brauchen. Unsere Schülerinnen und Schüler sollten frühzeitig für das Thema Unternehmertum und Gründungen begeistert werden. Das Ausprobieren, das Risiko-Eingehen und eben auch das Scheitern sollten positiver gesehen werden. Es sollte vielmehr belohnt werden, wenn man mutig und risikobereit vorangeht und die erfolgreiche Umsetzung eines Projekts vorantreibt, egal, wie es am Ende ausgeht mag.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lukas Kilian [CDU])

Ich glaube, wir brauchen konkret einen stärkeren Austausch zwischen den Schulen und der Wirtschaft. Diesen gibt es an vielen Schulen schon sehr erfolgreich in Form von Einzelprojekten. Dies sollten wir flächendeckend aufstellen, also mehr Praktika anbieten. Übrigens, ich wage mich einmal vor: Wir sollten sie auch für die Lehrer anbieten, die in der Woche ansonsten herumreisen und alle Schüler einzeln besuchen. Hier könnte man vielleicht Stichproben machen, sodass auch die Lehrer die Möglichkeit haben, in dieser Zeit in einem Unternehmen zu hospitieren. Man sollte Unternehmer in die Schulen einladen, um Diskussionen zu führen und Vorbilder zu präsentieren. Viele junge Menschen kennen ja gar keinen Unternehmer aus ihrem privaten Umfeld. Es sollten auch Firmengründungen simuliert werden, um so die Rolle des Unternehmers kennenzulernen. Die Erstellung eines Businessplans tut nicht weh und schadet auch nicht denjenigen, die definitiv kein Unternehmer werden wollen.

Das Unternehmerbild sollte insgesamt realistischer und positiver gezeichnet werden. Es gibt kaum etwas Sozialeres, als Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu zahlen für das Gemeinwesen, und es ist auch nichts schlimmer daran, Geld zu verdienen.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Beim Geldverdienen freut sich insbesondere die CDU-Fraktion, was mich auch freut.

Nicht minder wichtig ist, dass wir uns in dem Bereich um unsere Hochschulen bemühen. Die demnächst anstehende Überarbeitung des Hochschulgesetzes bietet uns dafür eine gute Gelegenheit, Ausprägungen attraktiver zu machen, den Umgang mit Patenten neu zu regeln, Gründungssemester zu ermöglichen oder auch das Engagement von Professoren als Unternehmer zu erleichtern.

Ich freue mich sehr, dass die Landesregierung ein Konzept zur Stärkung des Entrepreneurships an Schulen und im Zweifel auch an Hochschulen erarbeiten wird. Das werden wir in den nächsten Monaten bekommen und diskutieren. Das ist eine gute Entwicklung, um in Schleswig-Holstein im Bereich der Unternehmungen und des Gründergeists voranzukommen. - Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ja, wenn wir Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen hätten, die in der Lage wären, ein Gedicht in vier Sprachen zu analysieren, würde ich davon abraten, das Bildungssystem überhaupt anzupacken, denn dann wäre es so gut, dass wir es so lassen sollten, wie es ist.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Das ist es momentan nicht. Drei bildungspolitische Vorhaben der CDU aus jüngster Zeit waren die Forderung, die Schulen in Deutschland zu beflaggen, die Forderung, jungen Mädchen an deutschen Schulen Kopftücher zu verbieten, und die Forderung, neben den Flaggenmasten oder an anderer geeigneter Stelle Kondomautomaten aufzustellen. Das waren drei Vorhaben, die aus meiner Sicht nicht den Kern dessen trafen, was unsere Schulen am dringendsten brauchen.

(Beifall SPD)

Die Entrepreneurship Education kommt diesem Kern ein Stück näher. Das mag daran liegen, dass

die CDU heute nicht alleiniger Antragssteller ist, aber so ganz nah kommt sie dem Kern aus unserer Sicht nicht.

Der Auftrag der Schule wird bestimmt durch die staatliche Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler auf ihre Stellung als Bürgerinnen und Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten vorzubereiten. So haben wir das als Landtag in unserem Schulgesetz in § 1 definiert. Im Schulgesetz werden noch weitere Ziele genannt, und in den Fachanforderungen werden diese weiter ausgeführt.

Die Jamaika-Koalition hat sich nun entschieden, Stück für Stück einzelne Aspekte dieses schulischen Auftrags in den Mittelpunkt verschiedener Mottojahre oder Sonderkonzepte zu stellen. Dabei sollte man allerdings die alte Weisheit nie vergessen: Wenn alles besonders wichtig ist, ist nichts besonders wichtig.

(Beifall SPD und SSW)

Lohnender schiene mir zu sein, den schulischen Auftrag gelegentlich mit dem schulischen Alltag abzugleichen und zu sehen, wie wir beides besser übereinbringen. Da müssten wir darüber sprechen, Fächergrenzen öfter zu überwinden und kooperatives Lernen zu fördern. Da müssten wir über Ganztagsmodelle und eine Rhythmisierung von Lernen sprechen, die zum Jahr 2020 passt.

(Beifall SPD)

Am 2. November 2018 - ein denkwürdiger Tag; was war da? - hat das Bildungsministerium in einer Pressemitteilung kundgetan, dass es eine Zukunftswerkstatt zum Thema Entrepreneurship Education durchführe. Von dieser Zukunftswerkstatt ist ansonsten nichts irgendwo durchgedrungen; auf den Webseiten findet sich jedenfalls nichts. Nun ist die Frage: Gibt es heute den Antrag, damit nun doch etwas passiert oder um einen Weg zu bahnen, damit die vielen Erkenntnisse von 2018 jetzt auch einmal im Landtag vorgetragen werden können?

Ein bisschen hat mich das erinnert an die G 8-/G 9-Raumabfrage des Bildungsministeriums. Das war ein sensationelles Vorgehen. Bei allen Gymnasien wurde abgefragt, wie denn die Raumlage sei. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir wurde mir dann mitgeteilt, dass an eine Auswertung dieser Abfrage nie gedacht gewesen sei; die sei nur so durchgeführt worden.

(Heiterkeit SPD)

Warum kommt dieser Antrag heute? Weil die Bildung unter der Jamaika-Koalition Stück für Stück

(Martin Habersaat)

ins Wirtschaftsministerium wandert? Weil die Zahl der Unternehmensgründungen zurückgeht? Nein, das tut sie nicht. Wollte man diese Zahl weiter steigern, könnten wir parallel vielleicht über einen Wagniskapitalfonds für Arbeiterkinder sprechen. Das könnte möglicherweise sogar mehr helfen als Entrepreneurship Education.

(Beifall SPD und SSW)

Kommt dieser Antrag heute vielleicht deshalb, weil es oftmals mit der Unternehmensnachfolge hakt? Wenn man sich einmal anschaut, wer im Land Schleswig-Holstein Unternehmer ist, dann ist der Betreffende das in der Regel nicht, weil er in der Schule besonders gut und intensiv Entrepreneurship Education genossen hat.

(Zurufe FDP und Lukas Kilian [CDU])

- Herr Kollege Kilian, ich weiß nicht, ob das gerade ein despektierlicher Zwischenruf Lehrerinnen und Lehrern gegenüber war; ich habe das ein bisschen so verstanden. Ich würde da zur Mäßigung mahnen, denn einer sitzt gerade neben Ihnen.

(Lukas Kilian [CDU]: Der kennt sich damit aus; da können Sie sicher sein!)

Über 98 % der Unternehmen im Land sind kleine und mittlere Unternehmen. Die brauchen wir, die wünschen wir uns, und die sollen auch in schleswig-holsteinischer Hand bleiben. Aber wenn ich mit denen über Unternehmensnachfolge und Schwierigkeiten rede, dann scheitern Betriebsübergaben häufig eher daran, dass es nicht zu einer Übereinstimmung von Kapitalfragen kommt. Ferner geht es zum Teil darum, dass rechtzeitig losgelassen werden muss. Aber deswegen würde ich jetzt keine Loslass-Education an unseren Schulen einführen. Dann geht es um Preisvorstellungen, Rentenmodelle und so weiter.

Ein weiterer Grund könnte sein, dass das Klima von Social Entrepreneurs gerettet werden muss. Wenn man das will, dann müsste man mit fachlichem Rüstzeug und Verständnis für die gesellschaftlichen Zusammenhänge und soziale Verantwortung anfangen. Dann müsste man dazu vielleicht einmal Werkstätten abhalten, um Konzepte zu entwickeln. Dann könnte man auch das Fach WiPo ausweiten, wie wir es gefordert haben, was Sie aber abgelehnt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Damit hätten unsere Schulen dann auch jede Menge zu tun, ohne dass Sie monatlich eine neue bildungs-

politische Sau durchs Dorf jagen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Es geht um Unternehmergeist.

Lieber Herr Habersaat, Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass man sich hier nicht despektierlich über Lehrer äußern sollte. Das unterstreiche ich, und ich wünsche mir auch, dass Menschen Lehrer werden, die eine gute Ausbildung und auch die Befähigung haben, Schülern etwas beizubringen. Allerdings ist ja unser Problem in der Schule, dass der Unternehmer selber immer so etwas wie ein Feindbild ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Also doch?)

- Doch. Das nehme ich schon wahr; das ist der böse Kapitalist, der in Ihrer Perspektive den Arbeiter womöglich auch noch unterdrücken will.

(Zuruf SPD: Reine Polemik!)

- Okay. Nehmen wir einmal die Polemik weg.

(Serpil Midyatli [SPD]: Von uns hat das keiner behauptet!)

- Na ja, ist gut. Aber die Diskussion will ich am Ende gar nicht führen.

(Beifall SPD)

Aber wir haben schon das Problem, wenn man Schüler fragt, was sie denn eigentlich werden wollten, dass es in unserem Land oft so ist, dass diese Schüler sagen, sie wollten doch lieber einen Beruf im öffentlichen Dienst ergreifen. Das könnte dann der Beruf des Lehrers sein oder ein Beruf im Rahmen des Verwaltungsdienstes. Das ist zumindest in meinem Bekanntenkreis so. Das Entscheidende ist doch, dass man dem etwas entgegensetzt und sagt: Es gibt ja auch andere Berufsfelder, in denen man sich engagieren kann, eben auch unternehmerische Berufsfelder. Auch dort könnten am Ende die Schüler sagen: Das ist etwas, von dem ich mir vorstellen kann, eine Perspektive zu entwickeln.

(Tobias von der Heide)

Das ist im Grunde der Geist, den wir mit unserem Antrag in die Schule tragen wollen. Ich glaube, es lohnt sich, dass wir uns darum kümmern; denn am Ende müssen wir ja auch Steuereinnahmen verbuchen können und brauchen dafür Unternehmer, die diese auch erzeugen. Das ist das, worüber wir diskutieren sollten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es gibt einen zweiten Aspekt neben der Frage, ob jemand ein Unternehmer ist. Dieser zweite Aspekt ist die Entscheidung, kreativ zu sein. Wir diskutieren hier vielfach über Wasserstoff und solche Themen. Es gibt viele Felder, auf denen sich Schleswig-Holstein hervorragend entwickeln kann. Aber am Ende brauchen wir auch die Kompetenz, kreative und interessante Ideen zu erzeugen, um bei bestimmten Themen Weltmarktführer zu werden. Auch dies müssen wir in die Schulen tragen, damit bereits dort junge Köpfe und junge Talente sagen, sie könnten sich vorstellen, sich in diesem Bereich zu entwickeln.

(Beifall CDU)

81,7 % aller Gründerinnen und Gründer verfügen über einen Hochschulabschluss. Nur 14,8 % verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder über ein Fachabitur. Wenn wir uns fragen, wer heute ein Start-up gründet, erhält man auch aus dem DSM-Bericht einen Einblick darüber, dass 54,1 % der Gründer bereits in ihrer Schulzeit leistungsstark waren oder sich für Politik oder in der Schülervertretung engagiert haben. 14,2 % der Befragten interessierten sich während ihrer Schulzeit für wirtschaftliche Aspekte.

Wenn man sich diese Zahlen ansieht, dann muss man auch sagen, dass es am Ende eine soziale Frage ist, dass es in erster Linie die Leistungsstarken sind, die sich für Unternehmertum und damit im Zusammenhang stehende Themen interessieren. Oftmals sind es auch diejenigen, die das von zu Hause schon einmal mitbekommen haben. Deshalb glaube ich, es ist ein entscheidender Faktor, dass wir dies in die Schulen tragen und die Schülerinnen und Schüler auch für dieses Thema begeistern.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt sehr gute Beispiele dafür, wie man so etwas auch erlernen kann. Das, Herr Habersaat, hat manchmal auch etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. Hier am RBZ Wirtschaft in Kiel haben wir das Café Kilimanjaro. Die Schüler, die sich hier auf einen

Abschluss vorbereiten, unterhalten ein Café, haben eine eigene Unternehmung, lernen dort Lagerwirtschaft kennen, befassen sich mit Produkten mit ökologischem Hintergrund und mit fairem Handel, den sie dann auch anschieben. Es gibt viele tolle Veranstaltungen. Dort gibt es ein 15-köpfiges Team, das das macht. Die Betreiber lernen anhand dieses Café Kilimanjaro in Kiel kaufmännisches Handeln und kaufmännisches Verhalten. Dieses Café entwickelt sich von Jahr zu Jahr weiter.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie man Unternehmertum - Ines Strehlau kennt das wahrscheinlich auch - entwickeln kann.

Ein anderes Beispiel: Die Hermann-Ehlers-Akademie bietet für das Thema Social Entrepreneurship für Lehrkräfte den sogenannten Einsatz von Lego Serious Play an. Das heißt, dass man anhand von Legosteinen kreative Ideen entwickelt und damit Schüler schon sehr früh dafür begeistert, damit etwas Interessantes zu erstellen und Produkte und Prozesse kennenzulernen. Auch das können Wege sein, wie man Unternehmertum in die Schule bringt.

Wir haben sehr viele Aktivitäten, die es bereits an unseren Schulen im Land gibt. Ich habe das eine oder andere bereits genannt. Es gibt auch Fortbildungen, die interessant sind.

Unser Ansatz ist, diese Projekte am Ende bekanntzumachen und miteinander zu vernetzen, die Leute zusammenzubringen, über dieses Unternehmertum zu sprechen, um mehr Schulen zu begeistern, Entrepreneurship und Unternehmertum in die Klassen zu tragen. Dieses Ziel sollte uns alle einen. - Danke sehr.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Entrepreneurship heißt auf gut Deutsch: Unternehmertum. Entrepreneurship Education soll dementsprechend Schülerinnen in die Lage versetzen, eine Firma zu gründen oder unternehmerisch zu handeln. Das ist eine spannende und vor allem handlungsorientierte Sache. Eine Idee haben, für die

(Ines Strehlau)

man sich begeistern kann, diese planen und in die Tat umsetzen, damit potentiell auch noch sein Geld verdienen, Chefin in eigener Sache sein - das ist reizvoll.

Dabei darf natürlich nicht die Realität, das heißt die damit verbundenen Risiken, aus den Augen verloren werden; denn auch darum geht es bei Entrepreneurship Education. Eine solide Finanzplanung gehört genauso dazu wie die kreative Geschäftsidee.

In der Schule kann das konkret in einer klassischen Schülerinnenfirma, die in den Pausen Kakao verkauft, gemacht werden, aber auch - in den höheren Klassenstufen - in komplexen Vorhaben, in denen ein Produkt oder eine Dienstleistung entwickelt wird, zum Beispiel das Bedrucken von Öko-T-Shirts mit eigenen Motiven.

Akteure aus diesem Bereich berichten, dass Schülerinnen durch diese Projekte mehr Vertrauen in das eigene Potenzial entwickeln und Zuversicht schöpfen. Lösungen für sich, die Gesellschaft und die Herausforderungen ihrer Zeit zu finden, empowert, wie es neudeutsch heißt.

Ich las neulich von einer Schule, in der alte Autoreifen zu Sitzgelegenheiten „upgecycelt“ wurden. Die Jugendlichen hatten dabei sichtlich Spaß.

Entrepreneurship Education ist auch ein wunderbares Querschnittsthema. Man kann hier viele Aspekte andocken: Mathe beim Finanzplan; Kunst und Design bei der Produktentwicklung; Informatik, wenn eine Homepage oder eine App entwickelt werden soll; die Naturwissenschaften, wenn es zum Beispiel um Energiegewinnung und Umweltthemen geht; Philosophie, wenn die moralische Vertretbarkeit eines Produktes diskutiert wird. Die erlernte Theorie auch an der eigenen Schule umzusetzen und wiedererkennbar zu machen ist pädagogisch sehr sinnvoll.

Natürlich haben wir dann, wenn die Schülerinnen aus der Schule heraus sind, nicht auf einmal ganz viele Neugründungen in Schleswig-Holstein. Aber Entrepreneurship Education führt Jugendliche an dieses Thema heran. Es wird realistisch geplant.

Uns Grünen ist in diesem Kontext natürlich auch das soziale und ökologische Unternehmertum wichtig; das ist auch zeitgemäß. Wir brauchen in allen gesellschaftlichen Bereichen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit: Klimawandel, schwindende Ressourcen, Digitalisierung, weltweite Migrationsbewegungen. Soziales Unternehmertum soll laut Definition zum Wohle der Gesellschaft und zur Lösung oder Verbesserung gesellschaftli-

cher Missstände beitragen. Die Firma wird dabei nicht allein anhand finanzieller Profite, sondern anhand des gesellschaftlichen Nutzens bewertet. Ich finde es in diesem Kontext auch sehr wichtig zu betonen, dass Social Entrepreneurship sowohl von Non-Profit-Unternehmen als auch von normalen Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen, betrieben wird.

In Schleswig-Holstein haben wir auch an den Hochschulen Potenziale, die wir nutzen sollten. Wir fordern in unserem Antrag deswegen, dass geprüft werden soll, inwiefern hier eine Zusammenarbeit stattfinden kann. So haben wir an der CAU zum Beispiel das Zentrum für Entrepreneurship. Am Geographischen Institut ist yooweedoos angesiedelt, ein Programm, das in das gesamte Bundesgebiet wirkt. Hier können unter anderem Anschubfinanzierungen erworben werden - ein nicht ganz unwichtiger Aspekt, wenn man eine Idee in die Tat umsetzen will. Aus diesem Projekt sind viele tolle und innovative Projekte hervorgegangen: Fahrräder aus Bambus, ein kostenloser Lastenradverleih,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„kulturgrenzenlos“, das geflüchtete und nicht geflüchtete Menschen zusammenbringt, und, und, und. An der Europa-Universität Flensburg ist „StartUp SH“ angesiedelt. In Lübeck wird ein besonderer Fokus auf Entrepreneurship im Bereich der digitalen Technologien gelegt.

(Oliver Kumbartzky [FDP] und Lars Harms [SSW] unterhalten sich)

- Jetzt unterhalten sich die Herren alle über die tollen Bambusfahrräder, die sie gern hätten.

(Heiterkeit - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Für eine zukunftsfeste Gesellschaft werden wir eine andere Wirtschaft brauchen: mehr regionale Kreisläufe, mehr Produktionskreisläufe im Einklang mit Mensch und Natur. Jamaika hat mit der neuen Professur für Plurale Ökonomik auch in der Wissenschaft dafür einen Akzent gesetzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Glocke Präsidentin)

Viele große und kleine Firmen gehen erfreulicherweise schon voran.

In Gesprächen mit Schülerinnen wird immer wieder die Kritik laut, dass der Unterricht zu wenig Bezug zur realen Welt habe. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auch gar nicht schlecht. Zentral bleibt da-

(Ines Strehlau)

bei natürlich die kritische Vor- und Nachbereitung. Handlungsorientierung ist das A und O in der Bildung. Entrepreneurship Education, am besten sozial und ökologisch ausgerichtet, kann hierzu einen guten Beitrag leisten. Deshalb verstehe ich die Rede des Kollegen der SPD nicht, der da einen Gegensatz aufgemacht hat. Er hat letztlich behauptet, dies sei eine überflüssige Diskussion und ein überflüssiger Antrag. Dieser Vorwurf trifft nicht zu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Entrepreneurship Education ist ein Baustein der umfassenden Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler. Deshalb gehört sie auch dorthin: in die Schule. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler!

(Zuruf SPD: Und Schülerinnen!)

Spricht man mit Schülern über ihre Schülerfirmen, dann spürt man die Begeisterung für all das, was sie machen, was sie unternehmen. Wenn man denselben Schülern erzählte, dass heute hier im Landtag über Entrepreneurship Education debattiert wird, dann würde man wohl erst einmal in fragende Gesichter blicken, und zwar nicht nur bei Schülern, sondern auch bei vielen Erwachsenen.

Sie alle haben gegoogelt und wissen jetzt, dass „Entrepreneur“ oftmals schlicht mit „Unternehmer“ übersetzt wird. Aber das hilft nicht weiter, weil man dann fragen könnte: Warum wird nicht die deutsche Bezeichnung verwendet, sondern auf einen Anglizismus ausgewichen?

Der Entrepreneur, meine Damen und Herren, unterscheidet sich vom gemeinen Unternehmer durch eine ganz bestimmte Geisteshaltung. Erstens ist ihm bewusst, dass er als Unternehmer die größte Verantwortung übernehmen muss, und zweitens, dass er dabei das größte Risiko trägt. Beides lähmt ihn nicht etwa, sondern es spornt ihn an, sodass er ein Experte auf diesem Gebiet wird und lernt, mit Risiken umzugehen, und das Unternehmen trotz vieler Unsicherheiten letztlich zum Erfolg zu führen.

Genau solche Leute brauchen wir, wenn es um Innovation und um Fortschritt geht. Da ist es doch ermutigend, wenn man weiß, dass man eine derartige Geisteshaltung tatsächlich sogar trainieren kann. Genau das ist der Sinn von Entrepreneurship Education. Deshalb findet Ihr Antrag, liebe FDP, unsere volle Zustimmung.

Durch die Mitwirkung in einer Schülerfirma erhalten die teilnehmenden Schüler zunächst einmal Einblicke in die Wirtschaft. Sie erwerben handlungsorientiert fachliches Wissen. Was aber noch mehr zählt: Sie üben ein, ein Ziel mit Fleiß, Teamgeist und Ausdauer zu verfolgen. Genau das werden auch in Zukunft, ganz gleich, wie hoch der Grad der Digitalisierung sein wird, enorm wichtige Schlüsselqualifikationen bleiben. Hat man sie beizeiten trainiert, wird man es nicht nur im Berufsleben, aber eben auch dort, einfacher haben. Schüler, die das Glück haben, Teil einer gut funktionierenden Schülerfirma zu sein, lernen also im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur für die Schule, sondern auch für ihr Leben.

Wer besonderes Glück hat, der wird von seinen begleitenden Lehrkräften darüber hinaus herausgefordert, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen, obwohl - oder gerade weil - das Wirtschaftsleben eben auch immer viele Risiken in sich trägt. Genau das ist dann der entscheidende Schritt vom Unternehmer zum Entrepreneur.

Ich habe ja schon ein wenig Übersetzungsarbeit geleistet. Dabei habe ich aber einen Aspekt überschlagen; ich weiß nicht, ob Sie es bemerkt haben. Dieser Aspekt hat es durchaus in sich. Folgt man dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter, dann beschreibt Entrepreneurship die kreative Zerstörung von bestehenden Strukturen mit dem Ziel, Innovationen hervorzubringen. Vielleicht wundern Sie sich: Als AfD-Politiker spreche ich von „kreativer Zerstörung“? Aber wenn man diesen Gedanken weiterdenkt - ich gebe zu, das ist etwas philosophisch -, dann wird klar, dass eine Schülerfirma umso innovativer wird, je mehr Freiheiten man ihr lässt. Deswegen haben bestimmte Vorgaben, seien es Frauenquoten oder irgendwelche anderen Vorgaben, auch wenn sie noch so gut gemeint sind, überhaupt keinen Platz in einer funktionierenden Schülerfirma.

Weil all das gelernt sein will, sollten wir mit Lehrern und für Lehrer ein Konzept entwickeln, damit mehr Schülerfirmen entstehen. Es geht aber um noch mehr: Nicht nur Unternehmer, sondern wirkliche Entrepreneure sollen heranwachsen. Das ist gerade in Zeiten, in denen „die Wirtschaft“ und „der

(Dr. Frank Brodehl)

technische Fortschritt“ häufig pauschal schlechtgeredet oder sogar dämonisiert werden und in denen nicht selten vom „bösen Firmeninhaber“ gesprochen wird, wichtiger denn je. Die Realität sieht anders aus: Auch morgen werden wir noch mutige junge Leute brauchen, die Start-ups gründen und so Fortschritt und Wohlstand - übrigens auch Sozialleistungen - ermöglichen. Genau das dürfen wir eben nicht in erster Linie China oder den USA überlassen. Mehr Vorbereitung als Entrepreneurship Education kann Schule überhaupt nicht leisten.

Vielleicht noch ein letzter Gedanke zum Schluss. All diejenigen von Ihnen, die regelmäßig an den Schülerdiskussionen hier im Hause oder am dialogP teilnehmen, ist vielleicht aufgefallen: Bei immer mehr Themen herrscht eine Staatsgläubigkeit, die wir uns vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können. Alles soll der Staat regeln, für alles soll der Staat verantwortlich sein.

Meine Damen und Herren, die Antwort darauf kann nur sein: Liebe Schüler,

(Zuruf SPD: Und Schülerinnen!)

selbst ist die Frau, selbst ist der Mann! Wartet nicht darauf, dass der Staat macht, wartet nicht darauf, dass der Lehrer oder die Lehrerin macht, sondern: Seid mutig, seid kreativ, gründet Schülerfirmen an euren Schulen! - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Entrepreneurship beziehungsweise Unternehmergeist - oder wie auch immer man das nennen möchte - funktioniert nicht ohne engagierte Beschäftigte, eine unterstützende Standortpolitik und eine vernünftige Infrastruktur.

Der Antrag hingegen tut so, als ob allein die Stärkung schulischer Lerninhalte die Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer erhöhen wird, was angesichts des komplexen Themas ein wenig weltfremd anmutet.

Leider ist das in den letzten Jahren immer mehr zu einem beliebten Textbaustein geworden: Bei gesellschaftlichen Problemen soll es die Schule richten. Ich möchte nur auf ein Beispiel verweisen, und zwar auf die Zunahme privater Insolvenzen. „Kein

Problem“, höre ich da immer wieder: „Machen wir eben mehr Verbraucherthemen in der Schule!“.

Es kommen immer mehr Querschnittsaufgaben hinzu, was dazu führt, dass der Lehrplan weiter verdichtet wird und die Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer zunimmt. Die Schule ist weder eine Reparaturwerkstatt für alles, was in der Gesellschaft nicht so gut läuft, noch eine Besserungsanstalt. Die Schülerinnen und Schüler sind auch keine leeren Gefäße, die man nach Belieben mit Inhalten füllen kann,

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

sondern angehende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Pädagoginnen und Pädagogen setzen sich Tag für Tag dafür ein, dass ihre Schülerinnen und Schüler lernen, selbst zu entscheiden; die Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen sie darin, individuelle Bewertungen zu entwickeln. Im besten Fall geben sie ihnen einen Kompass an die Hand, mittels dessen sie sich auch nach der Schule gut in der Gesellschaft orientieren können.

Das ist doch das, was eine demokratische Erziehung tun sollte. Wir wollen nämlich Ressourcen entdecken und fördern. Das gilt nicht nur für den beruflichen Verwertungszusammenhang, sondern in noch viel stärkerem Maße auch bei kreativen, musischen und künstlerischen Neigungen. Gerade in den entsprechenden Fächern konzentriert sich oftmals der Unterrichtsausfall. Eigentlich ist das das vorrangige Problem.

Zurück zum Thema Wirtschaft in der Schule, welches an vielen Schulen nur am Rande eine Rolle spielt. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben noch nie in einem Betrieb gearbeitet. Unternehmerisches Risiko, Mitarbeiterführung oder gewerkschaftliche Auseinandersetzungen mit Streik und Entlassungen kennen sie nicht aus eigenem Erleben. Sind sie deshalb schlechte Pädagogen und Pädagoginnen? - Nein. Pädagogik funktioniert nämlich nicht nur durch Vorbild, sondern durch Anschauung und eigenes Erleben. Das zeigt sich gerade bei der Berufswahl.

Durch die solide und praxisnahe Beratung durch die Agenturen für Arbeit und die Praktika in den Betrieben, aber auch durch Freiwilligendienste erschließen sich jedes Jahr viele Schülerinnen und Schüler ganz neue Berufsfelder, Felder, die sie beispielsweise aus dem Elternhaus nicht kannten. Auf diese Weise erobern sich viele Mädchen technische oder handwerkliche Berufe, die sie bislang nicht

(Jette Waldinger-Thiering)

auf dem Radar hatten, genauso wie Jungen pädagogische und pflegerische Berufe erst durch ein Praktikum schätzen lernen.

In der Schule sollte es fachlich um die Vermittlung der Marktwirtschaft gehen, ihr Funktionieren, aber auch ihre Grenzen. Ich erwarte, dass im Unterricht für Wirtschaft und Politik entsprechende Informationsdefizite erhellt werden.

Kein Schüler und keine Schülerin sollte in Schleswig-Holstein die Schule verlassen, ohne ein solides Wissen über das Funktionieren des Marktes erworben zu haben.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Eine weitere interdisziplinäre Aufgabe erwartet unsere Schulen zum nächsten Schuljahr. Wann die Lehrkräfte sich auf das Thema vorbereiten sollen, ist offen. Haben die Schulen noch Kapazitäten? Muss jede Schülerin und jeder Schüler an diesem Projekt teilnehmen?

Der SSW wünscht sich vielmehr Ruhe in den Schulen, damit endlich die viel zitierte hundertprozentige Unterrichtsversorgung zum Tragen kommt und unsere Schülerinnen und Schüler einen verlässlichen und guten Unterricht, der die Stundentafel füllt, erhalten. Aus diesen Gründen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In zwei Punkten möchte ich die Koalition gern der AfD gegenüber in Schutz nehmen. Der erste Punkt ist der Vorwurf, Entrepreneurship sei ein Anglizismus, den man hätte vermeiden können. Das weise ich empört zurück.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Einfach zuhören!)

Der zweite Punkt ist: Sie verweisen auf die Frauenquote als mögliches Hindernis für Entrepreneurship an den Schulen. Das ist so daneben, dass ich es einfach stehenlassen möchte.

Wir haben es hier mit einer Reihe von Widersprüchen zu tun. Wahrscheinlich können wir dem nicht auf den Grund gehen, aber ich will es zumindest einmal ansprechen: Einerseits werfen Sie der SPD

häufig und gern vor, wir wollten alle Schülerinnen und Schüler zum Abitur bringen, wir wollten das Abitur zu einem Massengut machen; es gebe gar keine Indianer mehr, sondern nur noch Häuptlinge, obwohl man Indianer bräuchte und so weiter. Andererseits erzählen Sie uns heute, dass die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer einen Hochschulabschluss haben, dass wir Chefs mit Ideen bräuchten, die in der Lage seien, Konzepte zu entwickeln und dergleichen. Ich frage mich manchmal: Spüren Sie manchmal zumindest ein bisschen die Widersprüchlichkeit Ihrer Argumentation?

Wenn man sich anguckt, wer Unternehmer wird, stellt man fest, dass es eine starke Rolle spielt, welche Erfahrungen die Menschen in ihrem Elternhaus gemacht haben. Was für Eltern haben die jungen Menschen, die sie auf dem Weg ins Leben begleiten? Genau da setzt sozialdemokratische Bildungspolitik immer schon an, da wir sagen: Diese Zusammenhänge zwischen Elternhaus und Bildungserfolg müssen wir aufbrechen. Ich freue mich, wenn wir da in Zukunft Konservative an unserer Seite haben.

Hier geht es auch darum, die Förderinstrumente zu stärken, zu unterstützen, wenn ein Unternehmen gegründet wird. Oft geht es auch um die Frage, wie Menschen einem Kredit gegenüberstehen. Der Anwaltssohn oder die Anwaltstochter hat ein kleineres Problem damit, einen großen Kredit aufzunehmen als der Handwerkersohn oder die -tochter, wenn er oder sie in seinem oder ihrem Leben bislang nicht mit solche Beträgen zu tun hatte.

Zum nächsten Widerspruch: Wir halten hier lange Reden über den Fachkräftemangel an unseren Krankenhäusern, an unseren Schulen, bei der Polizei. Heute stellen Sie den öffentlichen Dienst in einem Licht dar, dass man sich eigentlich schämen muss, wenn man Ihnen zuhört.

(Beifall SPD)

Sie glauben doch nicht wirklich, dass der öffentliche Dienst allenfalls etwas für Sozialdemokraten oder leistungsschwache Christdemokraten ist.

(Zuruf: Und Grüne! - Heiterkeit)

Letzter Gedanke: Ja, viele Lehrerinnen und Lehrer haben nie in einem Unternehmen gearbeitet.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Habersaat?

Martin Habersaat [SPD]:

Aber gern.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Habersaat, Sie kritisieren die mangelnde Differenzierung. Sie sollten gucken, wen Sie kritisieren. Am Anfang Ihres Beitrags haben Sie die Koalition in den Mittelpunkt Ihrer Kritik gestellt. Dazu möchte ich drei Punkte festhalten.

Erstens. Oft sind - das habe ich bereits angesprochen - die Großeltern oder Eltern selbstständig tätig. Ich selbst bin Lehrersohn und habe dennoch von Haus aus kennengelernt, dass man selbstständig tätig sein kann. Ich glaube, es ist wichtig, dass man in den Schulen Vorbilder zeigt, dass man den Austausch fördert. Das habe ich sehr in den Vordergrund meines Beitrags gestellt. Das möchte ich noch einmal festhalten, damit kein falsches Bild entsteht.

Zweitens. Sie haben natürlich völlig recht, dass man beim Thema Wagniskapital mehr machen muss. Das ist in Deutschland völlig unzureichend. Für einen Kredit braucht man in der Tat Sicherheiten. Diese muss man mitbringen, damit man einen Kredit aufnehmen kann. Insofern besteht hier ein großes Wagnis. Ich freue mich, dass die Sozialdemokraten beim Thema Risikokapital aufgewacht sind.

Drittens. Ich glaube, ehrlich gesagt, am Ende ist nicht der Schul- oder Hochschulabschluss entscheidend, sondern das, was die Menschen in ihrem Leben machen wollen. Ich glaube, entscheidend ist, dass die Talente gefördert werden. Das ist der entscheidende Punkt. Das sollten wir vielleicht als entscheidenden Punkt gemeinsam aus der Debatte mitnehmen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

- Sehr konstruktiver Ansatz. Talente fördern, das unterschreiben wir, wir sind sofort dabei. Herr Vogt, wir beide haben alle Chancen, da zu einem guten Ergebnis zu kommen, Sie als Lehrersohn, ich als Unternehmersohn.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin beides!)

- Wir beide finden da sicherlich konstruktive Möglichkeiten.

Ich möchte in meinen letzten zehn Sekunden noch Werbung machen, und zwar für die Lehrerinnen

und Lehrer. Überlegen Sie sich einmal, mit welcher Haltung manch einer hier steht und sagt, ein Lehrer habe nie in einem Unternehmen gearbeitet, was verstehe der denn von Wirtschaft! Wer von denen hat denn einmal in einer Schule gearbeitet, was versteht der denn von Pädagogik?

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit ein bisschen weniger von dieser Haltung können wir möglicherweise konstruktive Lösungen finden. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler das Wort.

Peer Knöfler [CDU]:

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das ist ein gutes Thema, und das ist ein bildungspolitisches Thema und nur in zweiter Linie ein wirtschaftspolitisches Thema.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fakt ist aber, dass wir mindestens die Hälfte dieser Diskussion in der Realität schon haben.

(Zurufe)

Mindestens die Hälfte dieses Themas gibt es aktuell schon, denn an jeder beruflichen Schule, in ganz vielen Schulformen, die wir haben, gibt es Schülerfirmen - wie wir heute schon mehrfach gehört haben -, die sich damit beschäftigen, auch entsprechende Pädagogen, die das vorbereitet haben und umsetzen.

Was wir aber nicht haben, ist das Gleiche an vielen allgemeinbildenden Schulen. Was spricht dagegen, den Antrag zu unterstützen, um in Zukunft das, was wunderbar funktioniert, auch in die allgemeinbildenden Schulen hineinzutragen? Wir sollten es nicht damit bewenden lassen, IQSH-Fortbildungen anzubieten, sondern den Lehrern auch die Möglichkeit geben oder sie auffordern, Praktika in Unternehmen zu machen. Das kann man durchaus auch in der unterrichtsfreien Zeit machen. Das habe ich in meinen fast 20 Jahren an der Schule regelmäßig gemacht, jedes Jahr. Das kann ich nur jedem empfehlen. Ich weiß, dass viele Kollegen an den beruflichen Schulen das auch tun.

(Peer Knöfler)

Ich weiß auch - darüber haben wir schon diskutiert -, dass wir uns um die berufliche Orientierung kümmern, uns ein Konzept für die berufliche Orientierung vorgestellt wird, das am Ende des Tages ineinandergreift und sich das Ministerium mit Entrepreneurships beschäftigt.

Was spricht dagegen, hier an einem Strang zu ziehen und das in unsere Schulen reinzukriegen, damit wir unsere Schulen vielmehr mit Wirtschaft vernetzen, als es aktuell vor Ort der Fall ist? - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler sämtlicher Geschlechter! Wir haben uns in der letzten Tagung über den Sinn und Unsinn von Ausschussreisen unterhalten. Ich möchte aus Sicht der AfD-Fraktion sagen, dass wir die Reise des Wirtschaftsausschusses nach San Francisco für sinnvoll erachtet haben, weil wir die zusammen mit einer Wirtschaftsdelegation durchgeführt haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Andere Ausschussreisen haben wir kritisch gesehen und daran nicht teilgenommen. In San Francisco waren wir zusammen mit Vertretern der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, und San Francisco ist nun einmal die Welthauptstadt der Innovation. Wir haben dort viele gute Kontakte geschlossen, wir haben gute Ideen gesehen und viele Gründer kennengelernt, auch aus Deutschland. Es wäre uns natürlich lieber, wenn die klugen Männer und Frauen, die dort ihr Glück suchen, in Deutschland oder zumindest in Europa geblieben wären.

Aber bei uns mangelt es sowohl an Risikokapital als auch an Strukturen wie Inkubatoren und Acceleratoren - das haben wir dort gesehen - und an der nötigen Mentalität, um ein Unternehmen zu gründen. In Amerika heißt das „from scratch“, also aus dem Nichts heraus ein Unternehmen zu gründen. Dazu gehören eine Menge Mut und Risikobereitschaft.

(Unruhe)

- Herr Dr. Stegner, darf ich weiterreden, oder haben Sie etwas zu sagen? Dann gehen Sie ans Mikrofon!

Es war beeindruckend zu sehen, wie Gründer von Zero Emission Marine in Alameda an Schiffen arbeiten, die mit Brennstoffzellen ausgerüstet sind, sodass der Fährbetrieb über die Bay ohne jede Emission ablaufen kann. Ebenso beeindruckend war ein Start-up in der Uni-Stadt Berkeley, in der CO₂ nur mithilfe von Wasser und Strom recycelt wurde, um Kraftstoffe und Chemikalien daraus zu gewinnen. Gegründet wurde dieses Start-up übrigens von zwei Forscherinnen, die in Stanford studiert haben und einen Kommilitonen ins Boot nahmen, um ihre Firma zu gründen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in Deutschland genügend junge und durchaus auch ältere Innovatoren beherbergen. Die OECD hat gerade festgestellt, dass die Top-Berufswünsche - zumindest bei den Jungs - Manager, IT-Techniker und Ingenieur sind. Das lässt hoffen.

Um den Unternehmergeist, der durchaus auch hier existiert, zu stärken, kann eine frühzeitige Erziehung in dieser Richtung nur gut sein. Deswegen unterstützen wir den Antrag.

Hoffnungsvoll habe ich vernommen, dass ein Unternehmer aus Wedel, also aus unserem Land, bereit ist, einen Inkubator, also eine Art Brutkasten, für Start-ups zu unterstützen. Wenn sich Land, Kreis und Kommune hier einbringen, würde ich das sehr begrüßen.

Ich möchte bei der Gelegenheit auch noch einmal auf den Herrn Wirtschaftsminister eingehen, der meine Bemerkung zu den E-Scootern vielleicht falsch verstanden hat. Mir ging es darum, die Diskrepanz aufzuzeigen, die zwischen dem Hype um die Roller und dem gewünschten Effekt auf den Verkehr besteht. Die Unternehmer sollen da gern ihr Glück versuchen.

Erziehung zum Unternehmertum, Unternehmergeist fördern - das ist eine echte Zukunftsaufgabe, damit unsere besten Köpfe nicht ins Silicon Valley abwandern. Die Agentur Bloomberg hat Deutschland gerade auf Platz 1 der innovativsten Länder der Welt gesetzt, aber leider nur auf Platz 26, was die Innovationen an Hochschulen betrifft.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Da gibt es viel nachzuarbeiten. Der Beginn dazu sollte in der Schule liegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Unterscheidung nicht so stehen lassen, die der Kollege Habersaat in seiner Rede vorgenommen hat, so nett es auch ist, sich an diesem Pult mit Humoristik zu versuchen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie tun das ständig, aber erfolglos, Herr Kollege! - Zurufe)

- Ich komme gleich noch zu Ihnen, Herr Stegner. - Die Unterscheidung von Schülern in Häuptlinge und Indianer finde ich unangemessen.

(Beifall FDP und AfD)

Dass wir viele Indianer bräuchten, wir Indianer nicht förderten und man nur mit Abitur Häuptling werden könne, ist die falsche Denke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Genau das ist das Problem, das wir in der Bildungspolitik haben, dass das so dargestellt wird. Meines Erachtens müssen wir das tun, was unsere Landesregierung macht, indem den Leuten im Handwerk zum Beispiel mit der Meistergründungsprämie ermöglicht wird, selbstständig einen Betrieb zu übernehmen, ohne dafür einen Hochschulabschluss oder ein Abitur zu brauchen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Ich finde die Unterscheidung, die Sie hier eben getroffen haben, unredlich, Herr Habersaat.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Herr Dr. Stegner, da Sie so freundlich waren und dazwischengerufen haben, erlaube ich mir noch kurz eine Bemerkung zum Thema Unternehmertum und Sozialdemokraten. Während der Rede des Kollegen Habersaat kam die Eilmeldung, dass der ehemalige SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel jetzt Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank wird.

(Zurufe CDU: Hört, hört! - Jörg Nobis [AfD]: Rote Häuptlinge! - Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich glaube langsam, aber sicher, dass sozialdemokratische Abgeordnete glauben, dass der richtige Einstieg in die Wirtschaft nur funktioniert, wenn man im öffentlichen Dienst anfängt, dann in ein Parlament gewählt wird, innerhalb der Partei aufsteigt und dann eine Führungsposition übernimmt. Das ist nicht der normale Weg, aber möglicherweise für Sozialdemokraten. Herr Dr. Stegner, ich wünsche Ihnen viel Erfolg. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, zur Ruhe zu kommen.

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

(Zurufe SPD)

- Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, jetzt der Ministerin zuzuhören.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Den nächsten Bahnvorstand nehmen wir uns dann auch mal vor! - Anhaltende Unruhe)

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fange einmal ein bisschen lauter an und starte mit einem Versöhnungsangebot: In drei Wochen ist Valentinstag.

(Vereinzelter Beifall und Zurufe)

Manche werden schon jetzt nervös. Deshalb habe ich einen Tipp für Sie. Es gibt tolle Alternativen zu Blumensträußen und so etwas, nämlich - jetzt komme ich zum Thema - handgemachte Naturkosmetik aus biologisch angebauten Inhaltsstoffen, made in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kaufen können Sie diese Produkte bei einer Schülerfirma der Gemeinschaftsschule Mildstedt. Das ist eines von vielen spannenden Projekten, mit denen wir den Gründergeist an unsere Schulen bringen, und das mit wachsendem Erfolg.

(Ministerin Karin Prien)

Schülerfirmen und andere Angebote der Entrepreneurship und des Intrapreneurship zeigen den Jugendlichen Wege in die berufliche Selbständigkeit, aber natürlich werden nicht alle Schülerinnen und Schüler später Unternehmerinnen und Unternehmer werden. Das sollen sie auch nicht. Vielmehr geht es darum - jetzt wird es ernst -, den Jugendlichen zu zeigen, wie sie eigene Ideen umsetzen und mit eigener Kraft aktiv werden können.

Entrepreneurship Education fordert Kreativität, verantwortliches Handeln und soziale Kompetenz.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Das sind übrigens genau die Erziehungsziele, die wir in unserem Schulgesetz gemeinsam verankert haben.

Lernen, das Spaß macht und praxisorientiert ist, zu lernen, dass man Unternehmerinnen oder Unternehmer sein kann und es werden kann, dass man es schaffen kann - damit leistet Entrepreneurship Education weit mehr als nur die Stärkung des Unternehmungsgeistes an den Schulen. Sie leistet einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbstständigen, eigenverantwortlichen und mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Entrepreneurship Education ist eine der Schlüsselkompetenzen, die Jugendliche heute erlernen müssen. Die Europäische Kommission interpretiert Entrepreneurshipkompetenz als eine von acht Schlüsselkompetenzen für das lebenslange Lernen, die sie gemeinsam mit allen EU-Ländern stärken möchte. Dazu hat die EU eine Reihe von Leitlinien zur Förderung des unternehmerischen Denkens in Bildung, Ausbildung und Studium aufgestellt. Übrigens: Auch im Aktionsrahmen der UNESCO zu Bildung 2030 lässt sich Entrepreneurship Education dem Themenfeld hochwertige Bildung zurechnen, und das zu Recht.

Meine Damen und Herren, wir brauchen junge Menschen mit unternehmerischer Kreativität und Innovationsfähigkeit, mit Leistungsmotivation und einem rationalen Umgang mit Risiko- und Verantwortungsbewusstsein. Das brauchen wir in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb ist es der Landesregierung ein zentrales Anliegen, dass jedes Kind in Schleswig-Holstein einmal eine Schülerfirma gegründet oder mitge-

gründet hat oder zumindest die Gelegenheit hatte, in einer Schülerfirma oder einem anderen Vorhaben der Entrepreneurship Education mitzuwirken.

Ich war leider nicht in San Francisco, aber ich war vor einigen Monaten in Israel, der Start-up-Nation par excellence. Wir haben unter anderem mit Hochschulen darüber gesprochen, wie sie es eigentlich schaffen, diese Kultur des Entrepreneurship bei den Jugendlichen zu wecken. Denn Offenheit für Technologie und der Willen, selber zu gestalten, sind bei jungen Israelis stärker verbreitet als bei uns. Wir haben uns dort angeschaut, wie man das macht. Wir haben es uns übrigens auch in Estland und - ich muss es leider sagen, Frau Waldinger-Thiering - in Skandinavien angeguckt, auch in Dänemark, denn auch die Dänen sind bei diesen Themen richtig gut.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Auch da schauen wir hin, um zu lernen, und übernehmen gute Konzepte. Deshalb werden wir unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse unser Landeskonzept Entrepreneurship Education zum Schuljahr 2020/2021 entwickeln. Wir wollen die vielen guten Ansätze und Erfahrungen, die es übrigens in Schleswig-Holstein schon gibt - da brauchen Sie, Herr Habersaat, Ihr Licht gar nicht unter den Scheffel zu stellen; auch unter der Vorgängerlandesregierung hat man sich schon um das Thema gekümmert - und die wir im In- und Ausland dazu haben gewinnen können, nutzen, um ein richtig gutes Konzept auf den Weg zu bringen.

Wir haben gute Kooperationspartner in diesem Bereich. Die Joachim Herz Stiftung wird uns dabei intensiv unterstützen. Das IQSH bereitet dazu entsprechende moderne und innovative Fortbildungsveranstaltungen vor.

Mit dem Landeskonzept Entrepreneurship Education unterstützen wir unsere Schulen bei ihrer wichtigen Bildungsaufgabe. Wir geben unseren Schülerinnen und Schülern ein wertvolles Geschenk mit auf ihren weiteren Lebensweg. Die positive Erfahrung, eine eigene Idee erfolgreich umsetzen zu können, Selbstwirksamkeit zu erleben, und das Bewusstsein, dass wir alle unseres Glückes Schmied sein können, gelten für Vorhaben des Social Entrepreneurship gleichermaßen, also für unternehmerisches Denken und Handeln zum Wohle der Gesellschaft und zur Lösung oder Besserung gesellschaftlicher Missstände.

Wenn Sie, liebe Abgeordnete, grundsätzlich nichts zum Valentinstag verschenken, kann ich Ihnen sagen: Anlässe zum Verwöhnen gibt es das ganze Jahr über. Wo Sie die passenden Geschenke finden,

(Ministerin Karin Prien)

das wissen Sie jetzt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit nur unwesentlich überschritten. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Da keine Ausschussüberweisung beantragt worden ist, kommen wir direkt zur Abstimmung in der Sache. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Entschuldigung, wie hat die AfD-Fraktion abgestimmt?

(Zuruf)

- Zugestimmt. Okay, Entschuldigung. - Damit ist der Antrag 19/1872 mit den Stimmen von Grünen, SSW, FDP, CDU - -

(Unruhe)

- Ach so, Sie haben sich gemeldet, Frau Waldinger-Thiering, deswegen habe ich das gedacht. Haben Sie sich enthalten?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Nein, dagegen!)

- Dagegen, gut. - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1872 mit den Stimmen von Grünen, FDP, CDU und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne den Kommandeur der Einsatzflottille 1, Flottenadmiral Christian Bock. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Begrüßen Sie außerdem mit mir die Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall für Kiel und Neumünster, Stephanie Schmoliner,

(Beifall)

von GERMAN NAVAL YARDS Herrn Gerhardt und Herrn Scherrer und von der TKMS Herrn Schäfer.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 B auf:

Zukunft der Schiffbauindustrie sichern

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1950 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Serpil Midyatli von der SPD-Fraktion.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es nicht darum, ein Unternehmen neu zu gründen, sondern darum, ein Unternehmen, das Innovation, gute Beschäftigung und vor allem gute Arbeit leistet, am Standort in Kiel und Schleswig-Holstein weiterhin dauerhaft ansiedeln zu können.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Es ist ein gutes Zeichen und ein klares Bekenntnis für diesen Industriestandort, was wir alle brauchen. Was insbesondere die Werften brauchen, ist die Unterstützung aller Demokratinnen und Demokraten aus diesem Parlament.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Mit der Entscheidung des Verteidigungsministeriums, den Milliardenauftrag nicht an die GERMAN NAVAL YARDS und TKMS zu geben, sondern in die Niederlande, an die Damen-Werft in Kooperation mit der Lürssen-Werft, geht nicht nur irgendein Auftrag aus Deutschland weg, sondern es geht der größte Marineauftrag in der Geschichte der Bundeswehr in die Niederlande.

Das sind Weichenstellungen, die uns tatsächlich sehr betrüben. Denn wir entscheiden gerade darüber, wie es mit der Zukunft des Marine-Überwasserschiffbaus in Deutschland insgesamt langfristig aussehen kann. Daher unterstützen wir und fordern ausdrücklich ein, dass der Marine-Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie einzustufen ist, damit zukünftig nur noch nationale Vergaben stattfinden können. Dafür haben Sie alle unsere vollste Unterstützung.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Jörg Nobis [AfD])

Es ist töricht, an einen europaweiten Wettbewerb zu glauben und darauf zu setzen, wenn es keinen europaweiten Wettbewerb gibt. In den vergangenen Jahren sind fast ausnahmslos alle Aufträge ins Ausland gegangen. Die Beschäftigten brauchten hier eine Si-

(Serpil Midyatli)

cherheit, sie brauchten Gewissheit für die Zukunft, wie es hier weitergehen soll.

Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass er sich dafür einsetzen möchte, dass dies auf Bundesebene als Schlüsseltechnologie anerkannt wird. Wir wissen aber - das steht im Koalitionsvertrag -: Ein Strategiepapier ist schon längst in Arbeit. In wenigen Wochen soll es tatsächlich im Kabinett verabschiedet werden.

Von daher sind wir auf einem guten Weg - auch im Parlament. So befinden sich die Vorlagen zur Änderung des EU-Vergaberechts, um bestimmte Militäraufträge nur noch national auszuschreiben, bereits im parlamentarischen Verfahren. Das bedeutet, wir sind hier gemeinsam auf einem guten Weg.

Wir müssen feststellen, dass sonst über 10.000 Arbeitsplätze deutschlandweit und 6.000 Arbeitsplätze im Norden langfristig gefährdet sind.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Aber, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ich weiß auch, dass Sie am Mittwoch eilig einen Brief mit den anderen Ministerpräsidenten der Nordländer an die Bundesregierung abgestimmt haben. Ich frage Sie: Wie viele Briefe haben Sie vorher an die Bundeskanzlerin oder an die Bundesverteidigungsministerin geschrieben?

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn noch kurz vor Weihnachten haben Sie den Beschäftigten gesagt: „Ich habe alles im Griff, der Auftrag kommt nach Schleswig-Holstein!“, und haben die Beschäftigten in die Weihnachtspause geschickt. Heute stellen wir fest: Sie hatten leider nichts im Griff.

(Beifall SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Zweite, was wir machen müssen, ist: Die Damen-Werft hat angekündigt, dass rund 80 % der Gesamtsumme des Auftrags, der Nettoinvestitionen, hier in Deutschland bleiben wird. Gemeinsam müssen wir es schaffen, im Frühjahr im Haushaltsausschuss die Kriterien so festzuzurren, dass das auch so geschieht. Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern profitieren bereits schon von diesen Aufträgen. Die Einzigen, die im Moment leer ausgehen, sind die Firmen in Schleswig-Holstein. Das heißt, wir müssen im Haushaltsausschuss alle darauf hinwirken, dass die Kriterien so festgezurr werden, dass zumindest etwas von diesem Großauftrag auch nach Schleswig-Holstein kommt.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das Dritte ist, die Beschäftigten brauchen eine klare Sicherheit und Aussage von uns zu den Fragen: Wie geht es in der nächsten Zeit weiter, wie stellen wir uns in der Zukunft auf? Wir gehen davon aus, dass die GERMAN NAVAL und die TKMS wahrscheinlich Kurzarbeit anmelden müssen, weil sie keine Folgeaufträge haben. Aber Sie wissen, Kurzarbeit ist nur begrenzt möglich.

Nächste Woche Mittwoch wird im Koalitionsausschuss vom Arbeitsminister das Gesetz „Arbeit von morgen“ eingebracht werden. Ich verlange von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich hier und bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern und im Bund dafür einsetzen, dieses Gesetz nicht zu blockieren, damit wir die Kurzarbeit in Zukunft verlängern können, damit wir auch langfristig eine Planung für die Beschäftigten hier bei uns in Kiel und in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Es geht nämlich darum - das ist das Wichtigste -, wie wir uns in Zukunft aufstellen. Es geht nicht nur um die Fertigstellung, sondern es geht darum, dass Know-how, Konstruktion, Design und Entwicklung weiterhin in Deutschland, in Schleswig-Holstein, stattfinden müssen. Denn das Zusammenschrauben können tatsächlich auch andere. Wir können das auch gut. Aber wir müssen alles daran setzen, dass das Know-how hier in Deutschland und Schleswig-Holstein bleibt.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mit den Betriebsräten gesprochen und ihnen zugesagt, dass ich mit ihnen gemeinsam nach Berlin fahren werde, um mit dem Arbeitsminister zusammen zu schauen, wie wir in dieser Überbrückungszeit, bis neue Aufträge nach Schleswig-Holstein kommen, eine Sicherheit für die Beschäftigten erreichen und sie qualifiziert werden können. Denn wir möchten, dass die hochqualifizierten und guten Beschäftigten in Schleswig-Holstein bleiben und auch weiterhin hier eine Zukunft haben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende.

Serpil Midyatli [SPD]:

Wir sind alle gefragt, uns auf allen Ebenen dafür einzusetzen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete!

Serpil Midyatli [SPD]:

- einen letzten Satz zum Schluss -, Sie sind kein Beobachter in diesem Land, Sie sind auch kein Kommentator, der hinterher alles kommentiert und allen anderen die Schuld in die Schuhe schieben kann - irgendwann wahrscheinlich auch noch Ihrem eigenen Wirtschaftsminister.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sie sind hier in diesem Land der Spielmacher, und wir erwarten Sie auch auf dem Platz!

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

(Martin Habersaat [SPD]: Der Libero! - Serpil Midyatli [SPD]: Den gibt es doch gar nicht mehr! - Weitere Zurufe)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Gut, dass wir einen gemeinsamen Antrag vorliegen haben und diese Gemeinsamkeit dann auch gleich in der Abstimmung und hier in der Debatte zeigen werden, Frau Kollegin.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Wenn der größte Marineauftrag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ins Ausland gegeben wird, ist das in der Tat mehr als ärgerlich. Wenn man dann noch an die 5.000 Arbeitsplätze denkt, die am Schiffsbaustandort Kiel von genau solchen Aufträgen abhängig sind, kann man in der Tat wütend werden.

Trotz aller Emotionen will ich jetzt bewusst versuchen, mich diesem Thema nüchtern und sachlich zu nähern.

Die Idee einer europaweiten Ausschreibung war theoretisch zunächst einmal durchaus plausibel, schließlich waren die letzten Rüstungsaufträge Deutschlands von einer Serie von Pleiten, Pech und Pannen geprägt. Der vorangegangene Fregattenauftrag war da wirklich kein Ruhmesblatt für die deutsche Industrie: Zwei Jahre Bauzeit und schließlich sechs Jahre Fehlerbeseitigung, bevor die Fregatte Baden-Württemberg letztes Jahr endlich in Dienst gestellt werden konnte. Die bestellten drei weiteren Schiffe des gleichen Typs befinden sich nach wie vor in der Erprobung. Da kann man schon einmal auf die Idee kommen, europaweit zu schauen, ob es nicht jemanden gibt, der das besser macht.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

In der Theorie lässt sich von einer Ausschreibung auch ein günstigerer Preis erwarten, je größer die Anzahl der Anbieter ist, die im Wettbewerb zueinander stehen.

Und dann gab es noch das Argument der europäischen Rüstungszusammenarbeit - immer wieder gern angeführt, gerade auch in Politikerreden und in der Diskussion zum 2-%-Ziel für den NATO-Verteidigungshaushalt: Man bräuchte gar nicht mehr Geld, man müsste das vorhandene nur effizienter einsetzen, und dazu müsste das teure Nebeneinander unterschiedlichster Waffensysteme innerhalb Europas beendet werden. - So die wohlfeilen Forderungen. Die Forderungen führen dann eben genau dazu, dass europaweit ausgeschrieben werden muss und auch einmal ein Auftrag ins Ausland verlorengehen kann.

Meine Damen und Herren, soweit die Theorie. Tatsächlich stellen wir nun fest: Zwischen Theorie und Praxis besteht doch ein gewaltiger Unterschied.

Als Ergebnis der europaweiten Ausschreibung werden nun wieder genau die deutschen Unternehmen beteiligt, die beim vorangegangenen Fregattenauftrag gerade nicht überzeugen konnten, während GERMAN NAVAL YARDS trotz positiver Leistungsbilanz unberücksichtigt bleibt. So war das sicherlich nicht gedacht.

Auch beim Preis haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. TKMS fliegt in der ersten Bierrunde aufgrund eines vorgegebenen Baupreises von 3,5 Milliarden € aus dem Rennen und muss jetzt mit ansehen, wie der Auftrag für mehr als 5 Milliarden € in

(Tobias Koch)

die Niederlande vergeben wird. Wie bitter ist das denn?

Vollkommen verfehlt wurde schließlich das Ziel einer Rüstungszusammenarbeit. Einzig und allein Deutschland schreibt europaweit Aufträge aus. Die Niederländer dagegen wollen ihre neuen U-Boote nun beim nationalen Anbieter Damen Shipyard bestellen, obwohl diese noch nie zuvor ein einziges U-Boot gebaut haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, kommt es jetzt auf die folgenden drei Punkte an:

Erstens müssen wir dafür sorgen, dass der Marine-Überwasserschiffbau endlich zur Schlüsseltechnologie erklärt wird, so wie es im Berliner Koalitionsvertrag vorgesehen ist.

(Beifall CDU, SPD, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Eka von Kalben, das ist auch überhaupt nicht antieuropäisch, denn wir verhalten uns damit genauso wie alle anderen europäischen Länder auch. Das bedeutet im Übrigen auch nicht, dass dann alle Aufträge zwingend und automatisch an deutsche Hersteller gehen. Was wir damit aber erreichen, ist, dass wir die Freiheit haben, selber entscheiden zu können, ob wir national ausschreiben, ob wir im Rahmen einer Kooperation mit anderen europäischen Partnern ein Projekt verwirklichen oder ob wir auch zukünftig europaweit ausschreiben. Wir sorgen damit für Chancengleichheit bei der Auftragsvergabe. Das ist doch das Mindeste, was wir für unsere deutschen Unternehmen tun müssen.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und SSW)

Zweitens müssen wir jetzt genau auf die Bedingungen der möglichen Auftragserteilung achten, sofern sie zustande kommt. Das Auftragsvolumen von 70 % bis 80 %, das angeblich in Deutschland verbleiben soll, muss auch wirklich belastbar abgesichert sein.

Drittens wünsche ich mir, dass die Bundesregierung mit weiteren Marineaufträgen für eine Kompensation sorgt und Teilzeitarbeit

(Zurufe: Kurzarbeit!)

- Kurzarbeit; danke schön, solche Zurufe helfen immer - hier in Kiel vermeidet. Die größte Gefahr besteht nämlich nicht in dem Verlust dieses einen Auftrags, sondern in seinen Auswirkungen auf alle zukünftigen Aufträge, wenn dadurch nämlich in der Zukunft Technologiekompetenz und Referenzprojekte in Deutschland nicht mehr vorhanden sein sollten.

Umso wichtiger ist es, die vorhandenen Stärken weiter zu stärken. Damit meine ich explizit auch den U-Boot-Bau hier in Kiel. Mit zusätzlichen deutschen Aufträgen könnte hier ein klares Zeichen gesetzt werden, um weitere europäische Aufträge zu gewinnen. Das hat mit Norwegen geklappt, und das muss doch auch mit den Niederlanden klappen, wenn unser Auftrag dort jetzt hingehen sollte.

Die Aufstockung des U-Boot-Geschwaders in Eckernförde von sechs U-Booten auf zwölf U-Boote ist auch militärisch begründet. Der dortige Kommandeur hat letztes Jahr diesen Vorschlag unterbreitet: Das ist erforderlich, um den NATO-Anforderungen gerecht zu werden und für entsprechende Ausbildungskapazitäten zu sorgen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt gilt mein Dank der SPD für diesen Antrag und für das klare Bekenntnis zur deutschen Wehrtechnikindustrie. Das haben wir in der Vergangenheit nicht immer in dieser Klarheit von Ihnen gehört. Dafür meinen herzlichen Dank.

Falls Sie gehofft haben sollten, mit diesem Antrag einen Keil in Jamaika zu treiben - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Es geht um die Beschäftigten! - Weiterer Zuruf SPD: Nein!)

- Nein, das war natürlich nicht Ihr Ziel. Das ist Ihnen auch nicht gelungen, im Gegenteil: Sie haben Jamaika mit Ihrem Antrag zu einer gemeinsamen Linie verholfen. Auch dafür mein herzlicher Dank.

Ich glaube, das Beste, was passieren kann, ist ein einstimmiger Landtagsbeschluss, mit dem wir hier auf die Entscheidung der Bundesregierung antworten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zualtererst ist es mir ein Bedürfnis, noch einmal deutlich zu machen, dass ich wirklich großes Verständnis für die Ängste und Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kiel habe, die sich durch den Wegfall dieses bedeutenden Auftrags der Bundeswehr Sorgen um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes machen. Auch für uns als Grüne ist völlig klar, dass

(Eka von Kalben)

der Schiffbau für Schleswig-Holstein und ganz Norddeutschland eine herausragende Bedeutung hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Über 6.000 Arbeitsplätze hängen allein in Schleswig-Holstein unmittelbar an den Werften. Wertschöpfung entsteht nicht nur bei den Werften, sondern auch bei den zuliefernden Gewerken und den vor- und nachgelagerten Sektoren. Das technologische Know-how, das wir beispielsweise bei den Werften in Kiel gebündelt haben, ist weltweit hervorragend.

Ich bin aber tatsächlich der Meinung, dass wir nicht an einem Tag für europäisches Zusammenwachsen in der Verteidigungspolitik entstehen können und dann am nächsten Tag aus Sicherheitsgründen Rüstungsvorhaben nicht in die Niederlande vergeben wollen. Wir Grünen haben bereits deutlich gemacht, und es gilt weiterhin: Nationale Alleingänge bei der Rüstungspolitik tragen nicht dazu bei, dass wir wirtschafts- und sicherheitspolitisch die europäische Integration verstärken. Wenn wir es mit einer europäischen Sicherheitspolitik ernst meinen - beispielsweise in Form einer europäischen Armee -, gehört perspektivisch auch dazu, dass wir die notwendigen Rüstungsprodukte in Europa herstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Grunde muss die Rüstungsindustrie eine europäische Schlüsseltechnologie werden, um die Herausforderungen in der Welt meistern zu können.

Lieber Kollege Koch, das ist keine wohlfeile, liebe Frau Midyatli, das ist keine törichte Forderung, sondern es ist eine sehr europäische Forderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits haben Sie aber vollkommen recht, dass wir feststellen müssen, dass trotz regelmäßiger Aufforderung der Europäischen Kommission wichtige europäische Verbündete auf nationale Alleingänge setzen und nicht bereit sind, ihre Rüstungsausschreibungen auch für deutsche Unternehmen zu öffnen. Das ist fatal, wohlfeil und töricht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir einen fairen Wettbewerb. Fair wäre es, wenn wirklich alle Länder ihre Schiffsprojekte europäisch ausschrieben. Dann könnte auch GERMAN NAVAL YARDS Kiel davon profitieren. Dann hätten wir dort den Profit einer europäischen Gemeinschaft.

Fairer Wettbewerb funktioniert aber nur dann, wenn sich alle daran halten.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Das ist zurzeit nicht der Fall. Daher sind auch wir der Meinung, dass die Bundesregierung den Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie einstufen sollte. Dann kann auch die Bundeswehr auf europäische Ausschreibungen verzichten. Das ist fair, aber natürlich nicht europäisch. Darauf habe ich hingewiesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns in Schleswig-Holstein und Norddeutschland sind die Werften von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung. Sie tragen wirklich bedeutend zur Wertschöpfung bei und sichern Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Deshalb müssen wir alles tun, um Kiel als Produktions- und Forschungsstandort zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen dies auch deshalb tun, weil unser Land viel dazu beitragen kann, den Schiffbau zukunftsfähig zu machen, zum Beispiel durch nachhaltigere Produktionsweisen. Unabhängig vom Bau von Kriegsschiffen werden wir in Zukunft auf die zivile Schifffahrt angewiesen sein und müssen diese ganz neu ausgestalten.

Im wirtschaftlichen Wettbewerb und in Verantwortung für die Arbeitsplätze im Land können wir nicht akzeptieren, strukturell benachteiligt zu werden.

(Beifall Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke der Landesregierung. Im Gegensatz zur SPD sehe ich sehr wohl das Engagement unseres Ministerpräsidenten und danke ihm dafür sehr herzlich. Ich danke der ganzen Landesregierung, aber auch allen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, dass wir einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema hinbekommen haben. Ich glaube, nur, wenn wir geschlossen agieren, haben wir eine perspektivische Chance, von dem Kuchen Schiffbau noch etwas für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kiel abzubekommen. Insofern danke ich Ihnen, dass wir in dieser Frage hier im Haus Geschlossenheit zeigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Vergabeentscheidung zum MKS 180 sind unsere schlimmsten Befürchtungen wahr geworden. Die Bundesregierung hat dem Industriestandort Schleswig-Holstein massiv geschadet. Es ist ein großer Verlust für die Beschäftigten, nicht nur in den Werften, sondern auch bei den großen Zulieferbetrieben, von denen wir hier im Raum Kiel und im Rest des Landes viele haben. Es werden Steuereinnahmen und Know-how verloren gehen. Mich macht das schon fassungslos.

Diese Ausschreibung war natürlich eine Drohung in Richtung deutscher Rüstungsindustrie. Das Problem ist nur: Das Ergebnis ist ein Desaster. Es hat nicht dazu beigetragen, dass es besser wird, sondern, dass es schlechter wird.

(Beifall FDP, CDU, SPD und SSW)

Die schwarz-rote Bundesregierung hat insofern unserem Standort einen echten Bärenienst erwiesen. Das ist ein schwerer Schlag für uns als Bundesland und ein fatales Signal, denn bei unseren europäischen Verbündeten und anderen ist es natürlich keine Werbung, bei uns in Deutschland Schiffe zu bestellen, wenn wir selbst einen Auftrag nach Holland geben. Frau Midyatli, ich glaube insofern, man muss die Exporte - gerade an unsere befreundeten europäischen Partner - differenzierter sehen und beim Thema Rüstungsexporte in Zukunft insgesamt etwas differenzierter argumentieren.

Natürlich ist es richtig, wenn jetzt endlich der Marineschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklärt wird, wie es im Unterwasserbau schon der Fall ist. Es ist aber die Frage, ob es im Zweifel nicht schon zu spät ist. Es ist wichtig, es zur Schlüsseltechnologie zu erklären - auch zivil kann das für unser Bundesland wichtig sein -, ich muss aber noch einmal sagen: Dieser Auftrag ist insgesamt mit Blick auf die Bundeswehr problematisch.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich höre von ranghohen Offizieren, die es besser beurteilen können als ich, dass beim MKS 180 zwei Schiffe zu wenig bestellt werden. Es ist auch viel zu spät. Ich kann viele Offiziere der Marine verstehen, die jetzt sagen: Zumindest ist erst einmal der Auf-

trag erteilt worden, auch wenn es schlimm für den Standort Deutschland ist.

Es gibt insgesamt ein Problem beim Etat der Bundeswehr, er muss angesichts der Herausforderungen, die wir leider international haben, weiter erhöht werden. Auch das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss insgesamt reformiert werden. Es ist sehr problematisch, dass es dort seit Jahren nicht vorangeht.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Wir in Schleswig-Holstein sehen es kritischer, als es in anderen Bundesländern gesehen wird. Dort wird es ganz anders bewertet. Nicht nur die Niederlande profitieren, sondern eben auch Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt auch Koalitionsabgeordnete, die das eigentlich ganz toll finden und für richtig halten. Ich wundere mich sehr über die Bundesregierung und finde, das Erbe von Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin ist einmal mehr problematisch.

(Beifall FDP, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Frau Midyatli, Sie haben die Union hier sehr zackig angegriffen. Ich frage mich allerdings auch: Was macht die SPD eigentlich in der Bundesregierung?

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gewerkschaften kritisieren zu Recht nicht nur die Union, sondern auch die Sozialdemokraten. Die Ausschreibung ist 2015 gestartet worden. Der Ministerpräsident hieß damals nicht Daniel Günther, sondern Torsten Albig. Das gehört auch zur Wahrheit. Als stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende sollten Sie an der Stelle vielleicht etwas selbstkritischer sein.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Auch meine Partei hat einen Obmann im Verteidigungsausschuss, der es nicht verstanden hat. Er hat gesagt, es sei doch eine gute Entscheidung, wir seien europäisch, und es sei gut. - Das Problem ist nur: Das Rüstungsgeschäft ist in dieser Dimension kein echter Wettbewerb, sondern ein hochpolitisches Geschäft. Europäische Lösungen hin oder her - Europa hat noch nie als Einbahnstraße funktioniert. Das weiß kaum ein Land besser als das unsere.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Werften in Deutschland sind im privaten Besitz. Die Franzosen und andere europäische Nationen

(Christopher Vogt)

haben staatliche Konzerne, selbst die Norweger. Wir haben es ja bei den U-Booten gesehen. Wenn man echten Wettbewerb haben will, ist die spannende Frage:

(Serpil Midyatli [SPD]: Verstaatlichen!)

Sollten wir unsere Werften verstaatlichen? - Das will wahrscheinlich niemand, wahrscheinlich noch nicht einmal Sie. Oder wir sollten sagen: Wenn wir echten europäischen Wettbewerb haben, dann sollten es auch private Konzerne sein, damit das auch wirklich ein Wettbewerb ist und nicht ein politisches Geschäft, bei dem nur jeder an sich denkt.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Werft GERMAN NAVAL YARDS wird jetzt rechtliche Schritte gehen. Ich hoffe, dass etwas dabei herauskommt.

Wir sehen bei anderen Vergaben im Bereich der Bundeswehr, dass die Anfechtungen oft erfolgreich sind. Das sagt viel über das Beschaffungswesen der Bundeswehr aus. Ich freue mich über den Vorschlag der Gewerkschaften, sich jetzt im Norden zusammenzutun. Der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister haben bereits mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften gesprochen. Wir brauchen ein breites Bündnis in unserem Bundesland und müssen das Lobbying in Berlin deutlich verstärken.

Wir haben bald die Auftragsvergabe für die Fregatte F 127. Das ist ein kleineres Schiff, insgesamt aber doch ein größerer Auftrag der Bundesmarine. Wir müssen sehen, dass wir uns als Land Schleswig-Holstein noch lauter und stärker aufstellen, damit die Aufträge zu uns kommen, unser Industriestandort gestärkt wird und unser Bundesland insgesamt mehr prosperiert. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Auf der Besuchertribüne begrüßen wir den Botschafter der Ukraine, Seine Exzellenz, Herrn Dr. Andrij Melnyk. - Herr Botschafter, Exzellenz, seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die Auftragsvergabe zum Bau neuer Mehrzweckkampfschiffe an die niederländische Werftengruppe Damen ist ein schwerer Schlag für die Werftindustrie in Schleswig-Holstein. Zwar soll nach den Erklärungen der Damen-Gruppe ein überwiegender Fertigungsanteil bei Kooperationspartnern in Deutschland verbleiben, doch dies betrifft nur Blohm + Voss in Hamburg sowie die Peene-Werft in Wolgast.

Wie groß der in Deutschland verbleibende Wertschöpfungsanteil sein wird, kann derzeit ohnehin nicht verlässlich bewertet werden. In jedem Fall droht wichtiges Know-how verlorenzugehen, wenn, wie derzeit geplant, die Konstruktion der Schiffe in den Niederlanden erfolgt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es zunächst einmal, dass sich der unterlegene Bieter GERMAN NAVAL YARDS offenbar dazu entschlossen hat, ein vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren einzuleiten. In Anbetracht der wirtschaftlichen Dimension dieser Auftragsvergabe ist die Ausschöpfung des Rechtsweges nahezu zwingend. MKS 180 ist nicht nur ein Vorzeigeprojekt der Marine, sondern der Auftrag dafür sollte auch den Grundstein für zukünftige Schiffsexporte unserer Werften legen. Die negativen Konsequenzen für den Fall, dass die Auftragsvergabe an die niederländische Werftengruppe Bestand haben sollte, und davon muss leider ausgegangen werden, reichen damit über den vorliegenden Auftrag weit hinaus.

Welche Konsequenzen ergeben sich aber daraus? Für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor bestehen auf EU-Ebene bereits aktuell zum Beispiel mit der Richtlinie 81 aus 2009 besondere Beschaffungsvorschriften, die den Wettbewerb stärken und dazu führen sollen, dass auch in diesem sensiblen Bereich mehr EU-weite Ausschreibungen erfolgen.

Wenn die Realität aber so aussieht, dass beim militärischen Schiffbau ein europaweiter Wettbewerb nicht existiert, weil alle anderen NATO-Partner derartige Aufträge an eigene Staatsunternehmen vergeben, so stoßen die Absichten der EU für mehr Wettbewerb hier an ihre Grenzen. Was nützt es der deutschen Werftindustrie, wenn sie sich dem europäischen Wettbewerb stellt, wenn es in anderen EU-Ländern keine Ausschreibungen gibt, an denen man sich beteiligen kann? Da reicht es dann nicht, einfach nur ein Lippenbekenntnis zur EU abzugeben, wie wir es bei diesem Thema wieder einmal von den Grünen gehört haben. Die verehrte Frau Kolle-

(Volker Schnurrbusch)

gin von Kalben wurde in der „Landeszeitung“ mit dem starken Spruch zitiert: Man müsse - ich zitiere mit Erlaubnis - das auch dann durchziehen, wenn es wehtue und man einen Auftrag nicht bekomme.

Frau von Kalben, das ist gegenüber einem Journalisten leicht gesagt, aber sagen Sie das bitte einmal auf einer Betriebsversammlung einer Kieler Werft. Die Reaktion dort würde Sie ganz schnell aus Ihrer Denkblase heraus in die Wirklichkeit transportieren. Mit solchen dahingeworfenen Sätzen erweisen sich die Grünen einmal mehr als Realitäts-, als Wirtschafts-, als Technikfeinde, die dieses Land an die Wand fahren wollen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, das geht aber nur, wenn beide mitmachen. Solidarität ist keine Einbahnstraße!

Hier handelt es sich eben nicht um irgendeinen kleinen Auftrag, sondern mit einem Vergabevolumen von 5,3 Milliarden € um den größten Auftrag der Bundeswehr. 5.300 Millionen € davon können Sie richtig viele Lastenfahräder kaufen, um das einmal deutlich zu machen, was das in Ihrer Welt bedeutet.

Nein, meine Damen und Herren, die Konsequenzen aus diesem Vergabedesaster dürfen nicht aus bloßen Appellen bestehen, sondern das muss konkrete vergaberechtliche Konsequenzen haben. Bereits jetzt sind die EU-Mitgliedstaaten berechtigt, Aufträge von der Richtlinie 81 auszunehmen, wenn dies notwendig ist, um eigene Sicherheitsinteressen zu schützen. Genau in diese Richtung sollten wir zukünftig auch beim Überwasserschiffbau für unsere Bundesmarine gehen und deshalb nationale Ausschreibungsverfahren anwenden.

Irgendwann hat die EU-Schwärmerei auch einmal ein Ende. Es kann nicht sein, dass Deutschland sich als einziges EU-Land an die Regeln hält und dafür bestraft wird. Wo freier Wettbewerb nicht stattfindet, ist eine nationale Auftragsvergabe einfach zwingend. Merke: National zu handeln, kann manchmal sehr sinnvoll sein.

(Beifall AfD)

Dem Antrag stimmen wir natürlich gern zu, und wir erwarten von der Regierung in Berlin eine Aufnahme des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vertrag von Lissabon lässt Verzicht auf Ausschreibung bei Schlüsseltechnologien zu, meine Damen und Herren. Frankreich, die Niederlande und Großbritannien vergeben Aufträge daher direkt an eigene Werften. Das Argument, ein solches Verhalten sei uneuropäisch, greift nicht. Wir haben einen gemeinsamen europäischen Vertrag, der das zulässt, und dafür gibt es auch gute Gründe.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Zweitens. § 107 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen lässt es zu, dass wir Schlüsseltechnologien frei vergeben, wenn wesentliche Sicherheitsinteressen berührt sind, und ich glaube, es ist eigentlich jedem klar, dass es dann, wenn es um nationale Verteidigungsinteressen und um Waffen in dieser Art und Weise geht, natürlich wesentliche Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland betreffen kann.

Dieses Gesetz ist immerhin vom Bundestag beschlossen worden. Man stellt sich schon die Frage: Was haben die da eigentlich gemacht im Bundestag? Haben die da die ganze Zeit gepennt? Oder haben sie sich entspannt? Was haben sie getan? Es ist nichts passiert. Die Bundesregierung hat nichts getan, sondern bewusst gesagt: Wir wollen deutsche Werften nicht unterstützen, sondern wir wollen sie in irgendeiner Art und Weise an einer Leine ein wenig zügeln, weil die Militärindustrie nicht immer perfekt gearbeitet hat. Das sollte ein Disziplinierungsinstrument sein. Der Kollege Vogt hat das vorhin angesprochen. Das ist voll in die Hose gegangen.

Was ich nicht verstehen kann, ist, dass unsere eigenen Bundestagsabgeordneten anscheinend die ganze Zeit über seelenruhig geschlafen und nichts getan haben. Wenn es in diesem Hohen Haus irgendeine Aufforderung geben muss, dann ist es ein Appell an die Landesvorsitzenden von CDU und SPD, zumindest die eigenen Leute einmal auf den Pott zu setzen, damit so etwas nicht mehr geschehen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Ja, gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, dem ersten Teil Ihrer Ausführungen stimme ich ja zu, aber wir sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass das eine Vergabeentscheidung des Verteidigungsministeriums gewesen ist. Der Haushaltsausschuss des Bundestags befasst sich im Frühjahr damit.

Ich habe auch wenig Verständnis für die Abgeordneten, die die Brosamen, die in Hamburg davon abfallen, noch besonders herausstellen. Aber im Kern ist das eine Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums und der Bundesverteidigungsministerin gewesen. Weder das Kabinett noch der Bundestag haben sich bisher damit befasst. Nach den Regularien tut das der Haushaltsausschuss meines Wissens im März oder April. Dann sollte in der Tat auf die Verträge Bezug genommen werden.

Wie Sie es sagten, ich glaube, wir haben nicht viel davon, wenn wir jetzt pauschal das Parlament angreifen. Ich wünsche mir, dass die Bundesverteidigungsministerin vernünftige Entscheidungen trifft und dass der Haushaltsausschuss diese hinterher entsprechend billigen kann.

(Beifall SPD)

- Herr Kollege Stegner, ich bin da nicht ganz einig mit Ihnen. Ich glaube schon, es macht Sinn, dass wir die Bundestagsabgeordneten aus ihrem Schlaf wecken. Dazu können wir gern beitragen. Lieber Kollege, es ist ja so: Die Entscheidung darüber, wie die Vergabe zu laufen hat, ist im Jahr 2015 getroffen worden. Man hätte Zeit genug gehabt, auch die eigene Regierung auf den Pott zu setzen, sodass gesagt wird, dass das eine Schlüsseltechnologie ist und dass dies von deutschen Werften gebaut werden muss und von niemand anderem.

Ihr Parlamentsverständnis war während unserer gemeinsamen Regierungszeit genauso. Wir haben immer gesagt: Die Regierung arbeitet, aber das Parlament entscheidet. So ist es auch im Bundestag, nur das Parlament hat nicht entschieden, und das ist das Versagen des Parlaments. Zumindest unsere eige-

nen Leute sollten wir jetzt darauf ansetzen, dass so etwas nicht mehr geschieht.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich möchte das nicht über die Maßen vertiefen, weil wir, so glaube ich, im Kern hier über die Arbeitsplätze reden müssen, wie das die Kollegin Mıdyatlı vorhin getan hat. Aber ich will schon sagen, dass unsere Kollegen im Deutschen Bundestag sehr wohl das Beschaffungswesen im Verteidigungsministerium scharf kritisiert haben, und zwar gerade im Zusammenhang mit der Beförderung von Frau von der Leyen nach Europa. Es gibt Untersuchungsausschüsse, die untersuchen, wie das da läuft. Es gibt große Schlampereien und vieles andere mehr. Das muss sich verändern.

Aber noch einmal: Der Haushaltsausschuss ist der Ausschuss, der sich nachher damit befasst und hoffentlich die Kriterien anlegt, die in den entsprechenden Verträgen angelegt sind, die Sie ja richtigerweise zitiert haben.

- Ich gebe Ihnen recht, es hat große Schlampereien gegeben. Über eine Schlamperei reden wir gerade. Wie gesagt, genau das darf sich nie wiederholen, dass wir einen solchen Auftrag und eine solche Technologie, bei der wir in Schleswig-Holstein wirklich führend sind und bei der wir wirklich das Beste liefern können, was es auf diesem Planeten geben kann, nicht kriegen und dass unsere Arbeitsplätze und Zuliefererarbeitsplätze gefährdet sind, nur weil ein Parlament keinen Bock hatte, seine Regierung zu kontrollieren. Das ist mir zu wenig.

Meine Damen und Herren, es ist so: Entweder das MKS 180 oder der Marine-Überwasserschiffbau allgemein hätten zur Schlüsseltechnologie erklärt werden können. Dann hätten wir eine freie Vergabe durchführen und dann hätte auch der Auftrag hier in Schleswig-Holstein landen können. Aber das alles steht im Konjunktiv, das ist nicht geschehen. Und das ist für uns eine reine Katastrophe.

Wenn wir uns anschauen, in welcher Lage wir nun sind, dann wäre es toll, richtig und vernünftig, die Vergabeentscheidung noch einmal zu rügen und zu

(Lars Harms)

prüfen, ob man vielleicht einen Fehler im Vergabeverfahren finden kann, der es ermöglichen könnte, doch noch etwas zurückzudrehen.

In der Theorie muss möglicherweise auch noch der Weg zur Vergabekammer gegangen werden. Wir werden wahrscheinlich im Sommer wissen, ob die Vergabe gültig ist - dann ist der Auftrag weg - oder ob tatsächlich noch etwas zu rügen ist und die Ausschreibung deshalb erneut durchgeführt werden muss. Das Problem dabei ist nur: Es wird dann wieder eine Ausschreibung geben. Der Bau wird verzögert werden, was auch für die Bundeswehr nicht gut ist. Vor allem hätten wir dann immer noch keine Garantie dafür, dass die ins Auge gefasste Maßnahme hier bei uns durchgeführt werden kann. Auch das müssen wir wissen. Deswegen müssen wir auf drei Wegen vorgehen:

Erstens müssen wir prüfen, ob wir solche Vorkommnisse in Zukunft verhindern können. Der Haushaltsausschuss muss also blitzschnell beschließen, dass Marine-Überwasserschiffbau eine Schlüsseltechnologie ist, damit Aufträge für die Zukunft nicht mehr woanders hingegeben werden können.

Zweitens. Wir müssen Gespräche darüber führen, ob unsere Werftindustrie mittelbar vielleicht doch noch an dem Auftrag beteiligt werden kann. Vielleicht könnten ja diejenigen, die die Ausschreibung gewonnen haben, noch ein bestimmtes Know-how bei uns abfragen, wodurch wir - das wissen wir - entsprechend eingebunden werden könnten.

Drittens. Wir müssen für den Unterwasserschiffbau, sprich: U-Boot-Bau, Kompensationen schaffen, um die Arbeitsplätze im Land halten und die Zulieferindustrien in Schleswig-Holstein unterstützen zu können.

Das sind die Aufgaben, denen wir uns nun stellen müssen. Diese Aufgaben müssen wir dringend und schnell erfüllen. Aber am Ende bleibt, meine Damen und Herren: Diese Auftragsvergabe ist so, wie sie gelaufen ist, ein typisches Versagen der Großen Koalition.

(Beifall SSW und Teile SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Nortorf. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mir nach dem ersten Teil des Beitrags des Kollegen Harms überlegt, meinen Wortbeitrag zurückzuziehen, weil die rechtliche Betrachtung den Kern der Sache trifft. Es ist auch in den entsprechenden Ausführungsbestimmungen nach dem Vertrag von Lissabon - die sind 2009 dann zwei Mal verändert worden - expressis verbis ersichtlich, dass man die Produktion von Rüstungsgütern, Munition und so weiter ohne Wenn und Aber herausnehmen kann. Wenn alle das machen - das muss man ganz ehrlich sagen -, ist das auch fair. Wenn man das selber aber nicht macht, dann hat man auch selber Schuld; dann braucht man nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ich muss auch ganz ehrlich Folgendes sagen: Nachdem Deutschland und die EU kein Mittel gefunden haben, dem subventionierten Handelsschiffbau von China und vor allem Südkorea in irgendeiner Weise zu begegnen, zumal dort ein unfairer Wettbewerb betrieben wird - - Ich komme aus Rendsburg und habe seit meiner Jugend die ständige Reduktion und am Ende das Sterben der Werft hautnah miterleben können, auch den entsprechenden Verlust von sehr vielen Arbeitsplätzen. Das hat mich immer sehr geärgert. Wettbewerb ist schön, aber wenn einer nicht nach den Spielregeln spielt, dann nützt das alles überhaupt nichts.

Ich gebe Lars Harms in einem Punkt völlig recht. Es ist kein Angriff auf das europäische Vergaberecht, wenn man etwas zur Schlüsseltechnologie erklärt, sondern das ist im europäischen Vergaberecht explizit vorgesehen. Das ist auch gar kein so langer Absatz. Damit ist das sehr wohl pro-europäisch. Man kann das hier nicht auf die EU schieben, auch wenn das einige hier im Haus - ich schaue mal in eine gewisse Richtung - immer gern tun, weil ihnen die EU nicht gefällt.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Eben!)

Nun komme ich zurück auf den Beitrag des Kollegen Harms. Ich glaube, wir haben nicht das gleiche Verständnis von Gewaltenteilung, das haben wir, glaube ich, auch in der Küstenkoalition nicht gehabt. Die Ausschreibung ist von dem Kollegen Saathoff von der SPD im Deutschen Bundestag sehr wohl kritisiert worden. Das ist also ausgeschrieben worden.

(Dr. Kai Dolgner)

Es gelingt einem Parlamentarier aber nicht immer, die Ministerien davon zu überzeugen, etwas zu machen, was allein der Exekutive vorbehalten ist. Ich für meinen Teil halte die Gewaltenteilung für durchaus richtig. Es ist auch kein großes Geheimnis, dass das Wirtschaftsministerium schon seit einiger Zeit auf seiner sehr eigenwilligen Interpretation der Vergaberichtlinien besteht. Darüber gibt es einen Streit der Ministerien. Auch das gehört zur Wahrheit, zumindest für die Leute, die sich mit dieser Thematik länger beschäftigt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: In Berlin!)

- Ja, natürlich in Berlin. Aber falls Ihr Kollege einmal die Gelegenheit dazu hat, kann er das ja mitnehmen und das anders machen.

Diese Dinge auszuschreiben wird in diversen Fachpublikationen schon seit Jahren kritisiert; das ist alles nichts Neues.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Petersdotter?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Aber gern.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Werter Herr Kollege Dolgner, zur Gewaltenteilung gehört ja auch, dass die Regierung das ausführende Organ ist. Hätte sich das Parlament mit Blick auf den Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Schlüsseltechnologie bereits vorher zu definieren, also vor dieser Entscheidung, hätte es dann eine Veränderung geben können?

- Das Problem ist, dass der Koalitionsvertrag - das ist auf Betreiben der SPD hereingekommen, weil die IG Metall entsprechend interveniert hat - nach dem Beginn des Vergabeverfahrens geschlossen worden ist. Das ist der erste Teil der Antwort. Ich glaube, diese Information braucht man; denn im Nachhinein ist man natürlich immer schlauer.

Ein Koalitionsvertrag wird im Übrigen nicht zwischen Parlamentsfraktionen geschlossen, sondern zwischen Parteien und bindet erst einmal niemanden - das ist auch gut so -, sondern das ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der Akteure. Auch diesen Teil des Koalitionsvertrages hat einzig und allein eine Regierung umzusetzen.

Ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen ist; aber bei uns ist das so: Wenn eine Regierung etwas nicht macht,

dann ist es nicht die Aufgabe einer Bundestagsfraktion, daran etwas zu ändern, sondern das ist dann eine Aufgabe des Koalitionsausschusses. Und wer sitzt da drin? - Normalerweise die Vorsitzenden der entsprechenden Parteien.

Ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen ist. Aber bei uns sitzen im Koalitionsausschuss die Vorsitzenden der Parteien. Da gibt es manchmal Doppelungen und manchmal gibt es solche Doppelungen nicht. So ist das normale Verfahren.

Das Parlament - auch das gehört zur Gewaltenteilung - - Ich kenne Ihr Verständnis nicht, aber es dürfte spannend sein in den gemeinsamen Arbeitskreisen mit der Regierung. Es gibt Dinge, die der Exekutive originär vorbehalten sind. Da kann man hier im Parlament beschließen, wie man lustig ist. Die Regierung kann und muss es trotzdem so machen, wie sie es für richtig hält. Das ist kein Parlamentsbeschluss. Man kann höchstens appellieren.

(Lukas Kilian [CDU]: Wir wollen uns doch nicht streiten!)

- Ich will mich ja auch nicht streiten. Ich habe wahrscheinlich nur auf eine Bewerbungsrede des Kollegen Harms für den Deutschen Bundestag reagiert, der zuvor das Wort hatte.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Ich will zu diesem Thema drei Gedanken platzieren; denn ich finde, das ist bisher noch nicht deutlich geworden.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein Bruttosozialprodukt von etwa 100 Milliarden €. Der in Rede stehende Auftrag hat ein Volumen von 5 Milliarden €. Das ist ungefähr fünf Mal so viel, wie alle Bauern, alle Fischer, alle, die sich mit Forstwirtschaft in diesem Land beschäftigen, pro Jahr erwirtschaften. Das ist die Dimension dieses Auftrags, um den es hier geht.

In Richtung Bundesregierung ist Folgendes sehr deutlich zu sagen: Wenn man Strukturpolitik ernst meint, wenn man Bundesländer, die gegenüber dem Süden einen Nachteil haben, irgendwie stärken kann, dann muss das die Bundesregierung nach meiner Überzeugung auch tun; sie muss sich dafür

(Tobias von der Heide)

einsetzen, dass Schleswig-Holstein dann auch solche Aufträge bekommt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

An die Landesvorsitzende der SPD: Ich verstehe es ja, dass man versucht, sich hier zu profilieren.

(Martin Habersaat [SPD]: Das liegt Ihnen doch nicht fern!)

Aber Sie werfen unserem Ministerpräsidenten vor, sich in Berlin in internen, aber auch in externen Runden nicht für unsere Interessen einzusetzen? Ich bitte Sie, zum Thema MKS 180 einmal zu googeln. Gemeinsam mit Herrn Tschentscher hat der Ministerpräsident schon vor einem Jahr einen Brief zu diesem Thema geschrieben. Ich sage Ihnen: Wenn Sie sich richtig informieren und hier nicht einfach nur auf Polemik setzen würden, dann würden Sie erkennen, dass dieser Ministerpräsident wie kein anderer zuvor an dieser Stelle gekämpft und sich für dieses und andere Projekte eingesetzt hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

MKS 180 ist nur ein Beispiel. Ich könnte Landstrom und viele weitere Themen nennen, über die auch wir hier immer diskutieren.

(Zuruf SPD: Ohne Erfolg!)

Auch das Folgende geht an Ihre Partei - das sage ich selbstverständlich auch als Kieler Abgeordneter -: Ich habe mich sehr gewundert, dass der Kieler Oberbürgermeister zu MKS 180 bisher kein Wort verloren hat. Ich habe nichts darüber gelesen, was der Kieler Oberbürgermeister dazu meint. Vielleicht passt es ihm nicht, sich mit Rüstungspolitik zu beschäftigen und sich mit Rüstungsunternehmen zu solidarisieren. Das könnte ein Grund sein.

(Martin Habersaat [SPD]: Quatsch! Das können Sie im Rat der Stadt Kiel zur Sprache bringen!)

Er sollte sich für den Standort Kiel einsetzen. Fest steht: Ulf Kämpfer hat sich dazu nicht geäußert.

Wenn Sie behaupten, in Ihrer Partei täten alle etwas für dieses Thema, dann ist das an dieser Stelle eben nicht ausreichend gewesen.

Das Letzte: Wenn Sie von Industriepolitik sprechen, dann engagieren Sie sich bitte auch in den Bereichen, wo Sie das können. Bei vielen Gewerbegebieten und Industrieparks in Schleswig-Holstein haben Sie die Möglichkeit dazu. Bei der gestrigen Zusammenkunft der Unternehmerschaft im Hotel Kieler

Kaufmann habe ich Beispiele gehört, unter anderem aus Bad Bramstedt, dass sich unter sozialdemokratischer Führung Gewerbegebiete nicht weiterentwickeln könnten. Auch im Hamburger Rand gibt es viele Beispiele. Ich verweise auch auf das MFG-5-Gelände hier in Kiel. Wenn man Industriepolitik wirklich ernst meint, dann muss man sich auf allen politischen Feldern dafür engagieren. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Sie sollten sich hier nicht einzelne Personen herausuchen, um sie zu kritisieren, obwohl es nichts zu kritisieren gibt. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte gerät das in den Hintergrund, was Kollegin Serpil Midyatli in den Mittelpunkt ihrer Rede gestellt hat.

(Lachen CDU)

Es muss uns nämlich um die Arbeitsplätze gehen für diejenigen, die betroffen sind.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Damit geht es auch um die Perspektiven für den Standort Kiel. Wir kommen nicht weiter, wenn wir uns in irgendwelchen Diskussionen verlieren und wenn Sie Behauptungen aufstellen, die falsch sind. In Europa zum Beispiel ist es mit der Gemeinsamkeit bei Rüstungsprojekten so eine Sache. Bei manchen Projekten wollen wir diese Gemeinsamkeit übrigens nicht, weil wir striktere Waffenexportrichtlinien anstreben. Wir wollen nicht in Schurkenstaaten liefern, um es einmal klar zu sagen. Insofern wollen wir keine Gemeinsamkeit.

Hier geht es aber im Kern nicht um Waffenexporte, sondern darum, dass wir durch einen riesigen Auftrag der Bundeswehr Strukturen erhalten könnten. Wir wollen hier nicht nur etwas zusammenschrauben; deshalb habe ich von „Brosamen“ für Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gesprochen. Vielmehr muss es unser Ziel sein, die Technologieführerschaft zu behalten. Alle miteinander müssen an einem Strang ziehen, damit das gelingen kann. Da nützt es nichts, Betrachtungen über Zuständigkeiten anzustellen.

(Dr. Ralf Stegner)

Frau Midyatli hat nur darauf hingewiesen, dass den Beschäftigten durchaus signalisiert worden ist - auch durch den Ministerpräsidenten Ende vergangenen Jahres -: Es wird schon werden! - Es wird eben nichts! Man muss wirklich aktiv etwas dafür tun.

Wenn übrigens die nächsten Fregattenaufträge in fünf Jahren kommen, dann sind die Arbeitsplätze weg. Damit bin ich wieder bei dem, was den Kolleginnen und Kollegen, die auf der Tribüne sitzen, besonders wichtig ist: Das Parlament muss zusammenstehen, wenn es darum geht, Zukunftsperspektiven für Kiel und für ganz Schleswig-Holstein zu erhalten. Dabei geht es um Arbeitsplätze und um Technologieführerschaft. Wir sollten uns nicht in Diskussionen verlieren, von denen die Beschäftigten überhaupt nichts haben. Das sollten wir tun. Das hat Frau Midyatli vorhin versucht.

(Lukas Kilian [CDU]: Aha! - Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

- Ich verstehe, dass Sie Ihren morgigen Kreispartei-tag im Auge haben. Aber das ist nicht unser Thema. Das ist übrigens auch ein zu kleiner Zuschnitt im Hinblick auf das Problem, das wir hier haben, Herr Kollege von der Heide. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich heute Morgen auf die Tagesordnung geguckt habe, bin ich davon ausgegangen, dass dieser Tagesordnungspunkt und der Antrag, den die SPD dazu gestellt hat, genutzt werden, gerade den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die oben auf der Tribüne sitzen, ein eindrucksvolles Signal der Geschlossenheit zu senden, das Signal, dass wir hinter ihnen stehen, hinter den Menschen, die diese Arbeit leisten. Ich hätte mir gewünscht, dass das Parlament mit dieser Debatte einen Beitrag dazu leistet und wir uns nicht im parteipolitischen Klein-Klein verkämpfen. Ich finde, das ist der Debatte nicht angemessen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Unruhe SPD)

Ich wäre bei aller Sympathie der Letzte, der nicht zugestehen würde, dass man in Sachen Verteidigungspolitik, insbesondere in der Frage, wie viel Geld man für Rüstung ausgeben sollte, unterschied-

licher Auffassung sein kann. Uns trennt da manches von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Eka von Kalben und ich haben auch öffentlich nicht in allen Punkten die gleiche Meinung vertreten. Man kann dazu unterschiedlicher Auffassung sein.

Es geht jedoch nicht an, sich auf Bundesebene gegen alles einzusetzen, was darauf zielt, Geld in den Verteidigungshaushalt zu bekommen, damit solche Projekte ermöglicht werden. Wer überall Hürden aufrichtet, wenn es darum geht, dass die Produkte, die hier produziert werden, auch exportiert werden können, und überall das Wort dagegen erhebt, der sollte sich hier nicht hinstellen und allen Ernstes die Landesregierung angreifen mit der Behauptung, sie habe nicht genug getan. Das, was Sie von der SPD hier gemacht haben, ist wirklich vollkommen unglaubwürdig.

(Beifall CDU und FDP - Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]: Das ist jetzt wohl kein Klein-Klein, keine Parteitagrede?)

Mich tangiert gar nicht so sehr der Vorwurf, ich oder der Wirtschaftsminister dieser Landesregierung hätten angeblich nicht genug getan. Ich bin auf den Tätigkeitsnachweis der SPD für die Zeit vor der Befassung hier im Landtag gespannt. Dann werden wir sehen, was Sie eigentlich getan haben, um die Arbeitsplätze hier zu erhalten.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle nochmals in aller Klarheit: Wir haben uns überall dafür eingesetzt, dass Marine-Schiffbau eine Schlüsseltechnologie wird. Wir haben das übrigens auch in den Koalitionsvertrag hineinbekommen. Das hat aber überhaupt nichts mit der Auftragsvergabe zu tun, von der wir heute reden. Dieser Auftrag ist in der vergangenen Legislaturperiode gestartet worden. Wissen Sie, welche Möglichkeiten Sie von der SPD gehabt hätten, mit diesem Auftrag etwas für die Beschäftigten hier zu tun? In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD die Landesregierung gestellt, und sie war auch schon an der Bundesregierung beteiligt. Sie hätten schon im damaligen Koalitionsvertrag dafür sorgen können, dass es zur Schlüsseltechnologie wird. Dann wäre es nämlich nur zu einer nationalen Ausschreibung gekommen, und wir würden diese Debatte heute überhaupt nicht führen. Dann wüssten die Beschäftigten, dass sie hier eine klare Perspektive haben. Sie haben über die Jahre hinweg geschlafen, meine Damen und Herren von der SPD.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Das ist keine gute Ministerpräsidentenrede!)

Es ist mir wirklich wichtig, dass wir jetzt diesen Schulterchluss hinbekommen. Ich bin wirklich bereit, diese Gespräche auch mit Ihnen zusammen zu führen.

Übrigens sind die Betriebsräte sofort auf uns zugegangen, eben weil sie Seite an Seite mit der Landesregierung für die Arbeitsplätze hier kämpfen wollen. Wie schon erwähnt, habe ich gemeinsam mit dem Hamburger Bürgermeister Peter Tschent-scher einen Brief geschrieben und gefordert, dass es Schlüsseltechnologie wird.

Bei allen Versprechungen, dass es irgendwann kommen werde, sage ich hier in aller Klarheit: Wir haben schon so viele Zusagen des Bundes bekommen, dass es irgendwann beschlossen werde, dass ich jetzt schwarz auf weiß sehen möchte, dass es Schlüsseltechnologie wird und dass nationale Ausschreibungen durchgeführt werden. Das muss jetzt auch beschlossen werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es ist gut und wichtig, dass wir hier das klare Bekenntnis haben. Aber wir brauchen auch das klare Bekenntnis des Bundes. Ich habe schon meine Zweifel daran, dass es dem Bund wirklich wichtig ist, Industriepolitik zu machen, dass dort wirklich das Bewusstsein da ist, was die Bedeutung der maritimen Wirtschaft betrifft. Das betrifft ja nicht nur den Marine-Schiffbau, sondern den Schiffbau insgesamt. Der Bund sollte bedenken, welche Bedeutung er für unser Land hat. Allein dieser Auftrag hätte 6 bis 7 % des Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins ausgemacht. Deshalb brauchen wir dieses klare Bekenntnis des Bundes. Es kann nicht sein, dass das größte Projekt, dass die deutsche Marine je ausgeschrieben hat, nicht in den Unternehmen, die wir in unserem Land haben, realisiert wird.

Auch für zukünftige Projekte ist dieses Bekenntnis wichtig. Wenn wir in befreundete Nationen solche Produkte exportieren wollen, werden wir immer gefragt: Wo baut denn die deutsche Marine ihre Schiffe? - Auch insofern hat diese Vergabeentscheidung eine fatale Wirkung.

Wir gucken uns im Moment an, was aus der Rüge wird. Die Entscheidung der Vergabekammer werden wir nicht beeinflussen können. Wir können übrigens auch nicht beeinflussen, wie ein solches Ver-

gabeverfahren läuft. Bei aller Sympathie für den Einfluss von Parlamentarierinnen und Parlamentariern: Wenn man erst einmal die Fehlentscheidung getroffen hat, eine solche Vergabe europaweit auszuschreiben, dann kann man jetzt nicht mehr fragen: Warum habt ihr denn nicht im Dezember 2019 schon gesagt, wie das Ding vergeben werden soll? - So läuft es eben nicht! Da lief die Ausschreibung schon geraume Zeit, und jetzt sind wir in dieser Situation.

Ich möchte vom Bund dessen Bekenntnis ganz klar dokumentiert bekommen. Die Aussage, dass 70 bis 80 % der Wertschöpfung ja in Deutschland landen, reicht mir nicht aus. Wo ist das abgesichert? Ein Achtel Konstruktion, ein Achtel Fertigung, 75 % des Auftrags - in der Regel - Material. Wo ist denn festgelegt, was an Wertschöpfung in Deutschland verbleibt? Welche Verträge sind denn geschlossen worden - in diesem Fall: mit dem Privatunternehmen Damen -, wo welche Wertschöpfung erfolgt?

Das heißt: Jetzt müssen wir gemeinsam Druck machen. In Bezug auf den Bund ist es doch kein Signal der Stärke, wenn wir uns in Schleswig-Holstein beim Thema Arbeitsplätze gegenseitig kritisieren und uns gegenseitig vorwerfen, wer wo nicht genug gemacht habe. Deswegen ist meine herzliche Bitte: Schulterchluss nach außen dokumentieren! Das heißt auch, gemeinsam an einem Strang ziehen. Das erwarte ich auch von den Sozialdemokraten, wenn wir weiter hieran arbeiten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Um das deutlich zu sagen: Wenn wir in Zukunft - da hat Eka von Kalben recht -, auf europäischer Ebene eine gemeinsame Verteidigungspolitik anstreben und stärker kooperieren, heißt das, dass man sich für Auftragsvergaben stärker in Europa abstimmen muss, dass man vielleicht auch gemeinsame Aufträge machen wird. Das ist überhaupt keine Frage. Das brauchen wir für die Zukunft.

Aber wenn wir einen solchen Prozess angehen, wäre es sehr, sehr klug, wenn die Unternehmen mit Blick auf Kooperationen national vernünftig aufgestellte sind.

Damit das alle wissen: Das Kabinett der Niederlande - da kommt das Unternehmen, das diese Schiffe baut, her -, hat am 19. Dezember 2019 entschieden, dass das Projekt Einsatzgruppenversorger Combat Support Ship für die Königliche Marine unter Berufung auf Artikel 346 EU-Vertrag zum Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen selbstverständlich

(Ministerpräsident Daniel Günther)

nicht europaweit ausgeschrieben wird. Das heißt, wir bewegen uns hier im Moment absolut im europäischen Rahmen, wenn wir das entsprechend durchsetzen.

Unsere Industrie- und Exportnation braucht solche Referenzprojekte wie MKS 180. Es geht um den gesamten Schiffbau bei uns in Schleswig-Holstein. Deswegen muss die Bundesregierung jetzt auch Gespräche mit den Unternehmen führen, die übrigens vielfach bei uns in Norddeutschland und in Schleswig-Holstein angesiedelt sind.

Wenn man sich die Wertschöpfungskette anguckt, wird man feststellen, dass erhebliche Bereiche der Zulieferindustrie in Bayern und anderen südlichen Ländern liegen. Ich glaube, die Entscheidung, die jetzt getroffen wird, ist für Gesamtdeutschland unglaublich wichtig.

Wir brauchen bei Exportgenehmigungen Verlässlichkeit. Dass man über bestimmte Staaten hinweg miteinander diskutiert, ist völlig klar. Aber wenn ein Unternehmen eine Entscheidung getroffen hat und die Bundesregierung signalisiert, dass der Export stattfinden kann, darf es nicht sein, dass das Unternehmen am Ende immer wieder vertröstet wird und die Aufträge nicht seriös abarbeiten kann. Auch das gefährdet letztlich Arbeitsplätze hier bei uns in Kiel.

Meine herzliche Bitte: Wir alle müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass die Lippenbekenntnisse jetzt mit Taten versehen werden. Überwasser-Schiffbau muss Schlüsseltechnologie werden. Wir müssen nationale Ausschreibungen in diesen Bereichen vornehmen.

Dass wir dafür gemeinsam kämpfen, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Besuchertribüne, aber insbesondere auch die vielen Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Werften verdient. Darum bitte ich Sie alle herzlich.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Ministerpräsident hat die vorgesehene Redezeit um 4 Minuten überschritten. - Die AfD-Fraktion möchte von der erweiterten Redezeit Gebrauch machen. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Vieles ist schon richtig eingeordnet

worden. Aber ich muss Ihnen widersprechen, Herr Ministerpräsident: Wir dürfen hier in diesem Haus durchaus darüber diskutieren, wo der wirkliche Fehler liegt. Den haben Sie auch genannt: Letztlich bestand der Fehler darin, europaweit auszuschreiben. Das ist, wenn ich es richtig verstanden habe, 2015 passiert. Wer war denn 2015 in der Bundesregierung dafür zuständig? Das war Ursula von der Leyen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Man kann festhalten, dass sich die Abermillionen Euro für Beraterkosten richtig gelohnt haben. Die Europaverliebtheit der Deutschen hat dazu geführt. Stellen Sie es sich vor: Wir schreiben europaweit aus; kein anderer europäischer Staat macht das.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfragen, danke. - Wir Deutschen denken, wir könnten europaweit ausschreiben. Der Skandal besteht nicht darin, dass das Projekt anderweitig vergeben wurde; das passiert. Wenn man Wettbewerb wünscht, gewinnt ein Wettbewerber. Es liegt in der Natur der Sache, dass das passieren kann. Der Skandal liegt aber darin, dass man das nicht vor 2015 oder spätestens dann zur Schlüsseltechnologie erklärt hat. Das darf man klarstellen. Das haben Sie getan.

Aber Sie müssen auch sagen: Damals war Ursula von der Leyen Bundesverteidigungsministerin. Die Millionen Euro für die Beraterkosten, die der deutsche Staat bezahlt hat, haben sich richtig rentiert. Das war eine wirkliche Fehlleistung der GroKo und insbesondere von von der Leyen. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1950 (neu) einstimmig angenommen.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Expertenanhörung zum Thema „Mobbing und Gewalt an Schulen“

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1936

Gewalt- und Mobbingprävention an Schulen weiter stärken

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1953 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Gewalt und Mobbing an den Schulen nehmen zu. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall AfD)

Wir müssen uns also fragen: Wo liegen die Ursachen? Wie gehen die Lehrkräfte damit um? Und vor allem: Verfügen die Schulen über ausreichende Ressourcen, um auf ihre Situation abgestimmte Hilfsangebote zu entwickeln? Um diese Fragen genauer als bisher beantworten zu können, beantragen wir eine Expertenanhörung zum Thema Mobbing und Gewalt an Schulen.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Hierbei, meine Damen und Herren, darf es nicht nur um Gewalt unter Schülern gehen, sondern leider auch um Gewalt gegenüber Lehrkräften. Dass diese in den letzten Jahren zugenommen hat, das belegen die Statistiken: Bundesweit stieg etwa die Zahl der Straftaten gegenüber Lehrkräften von rund 1.700 im Jahr 2014 auf 2.255 im Jahr 2018. An jeder fünften Schule kommt es zu Cybermobbing, an jeder vierten Schule zu körperlichen Angriffen und an jeder zweiten Schule zu psychischer Gewalt.

Auch wir in Schleswig-Holstein bleiben von all dem nicht ganz verschont. An die Schlagzeilen in der Presse über Gewalt selbst an Grundschulen im Herbst vergangenen Jahres möchten wir uns alle nicht gewöhnen. Dabei blieben in der Presse gleich zwei Aspekte völlig ausgeklammert, nämlich erstens, dass es den allermeisten Schulen sehr wohl

gelingt, Mobbing und Gewalt erfolgreich zu verhindern, und zweitens blieben in der Berichterstattung all die Formen von Gewalt unerwähnt, die nicht so recht schlagzeilenträchtig sind, also Drohungen, Erpressungen, Ausgrenzungen, Cybermobbing und auch das Fehlen jeglichen Respekts gegenüber Mitschülern oder Lehrkräften. Es gilt also: nichts alarmierend hochspielen aber gleichzeitig auch nicht die Augen vor der negativen Entwicklung verschließen.

In Schleswig-Holstein werden Gewalttaten seit 2018 in der Datenbank Gewaltmonitoring an Schulen, GEMON, erfasst. Die ersten Ergebnisse werfen mehr Fragen auf als sie beantworten: Von den fast 600 Fällen waren rund die Hälfte Körperverletzungen, über 80 % der - in Führungszeichen - Täter sind Jungen. Manche Schulformen sind deutlich stärker betroffen als andere. Die regionale Verteilung ist sehr unterschiedlich.

Dabei - das ist wichtig zu wissen - wurden in der Datenbank nur solche Fälle erfasst, die zur Folge hatten, dass der Täter der Schule oder der Klasse verwiesen worden ist, und zwar nach § 25 Schulgesetz. So schnell, meine Damen und Herren, passiert genau das nicht. GEMON erfasst also, abgesehen von Straftaten, die ohnehin polizeilich erfasst werden, nur die Spitze eines Eisberges. Diese Ergebnisse, die also nur einen Sektor von Mobbing und Gewalt an Schulen abbilden, will das Ministerium nun gemeinsam mit den Schulleitungen auswerten.

Hier sagen wir: Das reicht nicht. Die Daten liegen auf dem Tisch. Wenn wir wirklich Veränderung wollen, müssen wir endlich die Hintergründe und die Ursachen von Gewalt aufdecken.

Nur wenn wir darum wissen, dann können wir auch passgenaue Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickeln. Die Grundlage hierfür sollte im Austausch mit Experten unterschiedlichster Disziplinen erfolgen. Dafür schlagen wir eine Anhörung vor, dafür müssen wir uns jetzt Zeit nehmen.

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass die GEMON-Erhebungen überflüssig wären, im Gegenteil, die Daten sind grundlegend. Das heißt auch nicht, dass nicht bereits heute schon gute Lehrerfortbildungsangebote bestehen. Das heißt erst recht nicht, dass nicht auch heute schon an vielen Schulen wirklich gute Präventionsarbeit von Lehrern und Schülern geleistet wird. Beides, die erschreckenden Ergebnisse von GEMON und die heute bestehenden Anti-Gewalt-Strategien, sollten auf Expertenebene analysiert werden.

(Dr. Frank Brodehl)

Jamaika sieht das offenbar anders. Sie wollen - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis aus Ihrem Alternativantrag -, dass geprüft werden soll, „inwieweit eine wissenschaftliche Begleitung der statistischen Auswertung erfolgen“ müsse.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen keine Prüfung. Wer hier und heute allen Ernstes sagt, dass wir prüfen sollten, dem sage ich: Gehen Sie einmal eine Woche in die Schule, erleben Sie einmal live mit, wie es ist, wenn sich ein Schüler drohend vor einer Lehrkraft aufstellt! Dann sagen Sie nicht mehr, wir sollten prüfen, sondern dann möchten Sie Taten haben. Dann erkennen Sie, wie komplex und differenziert dieses Thema zu behandeln ist. Einen Alternativantrag nach dem Motto „weiter so, wir prüfen“ hätten Sie sich sparen können. Dann stellen Sie in Zukunft besser gar keinen Antrag.

Meine Damen und Herren, die meisten Schüler - auch Sie dort oben, hoffe ich - erleben ihre Schule als gewaltfreien und sicheren Ort. Genau das sollte für alle Schulen gelten. Deshalb sollte sich niemand der Tatsache verschließen, dass sich das Problem verschärft hat. Es gilt, Lehrer und Schüler in dieser Situation nicht alleinzulassen. Es gilt, rechtzeitig Experten aufzusuchen.

Stimmen Sie unserem Antrag für eine Expertenanhörung im Bildungsausschuss zu, und lassen Sie uns Schülern, Eltern und Lehrern ein Zeichen der Wertschätzung, ein Zeichen des Respekts geben: Die Politik nimmt die Situation ernst. Mobbing und Gewalt an schleswig-holsteinischen Schulen werden wir nicht akzeptieren. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt und Mobbing in der Schule sind ein wichtiges Thema, dem wir uns intensiv widmen müssen. Das ist im Grunde auch ein Teil der Diskussion, die wir heute führen. Gewalterfahrungen können sich auf dem Lebensweg unserer Kinder erheblich auswirken. Das dürfen wir nicht verharmlosen.

Der Bericht über Gewalt an Schulen und die ersten Erfahrungen mit der Datenbank Gewaltmonitoring an Schulen zeigen den Umfang der Herausforderun-

gen. Im Schuljahr 2018/19 gab es in der Datenbank 585 gültige Meldungen von insgesamt 149 von 795 Schulen; wir haben also an 150 Schulen das Problem. Das entspricht im Durchschnitt rund vier Einträgen je meldender Schule. Dabei fällt auf, dass die Verteilung sehr unterschiedlich ist: Vier Schulen haben jeweils über 20 Fälle gemeldet, 117 Schulen melden jeweils weniger als fünf Fälle. Bei diesem Thema muss man genau hingucken. Es gibt Schulen, die besonders betroffen sind, andere nicht.

Herr Brodehl, Sie haben eingangs gesagt, es gebe mehr Gewalt an Schulen. Sie suggerieren hier mit Ihrer Rede und Ihrem Antrag, dass das so sei. Da sage ich Ihnen sehr deutlich und bestimmt: Das stimmt nicht.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Brodehl?

Tobias von der Heide [CDU]:

Damit kann ich mir vielleicht Redezeit erschleichen, mal sehen.

Präsident Klaus Schlie:

Das ist nicht der Sinn einer Bemerkung. Dann würde ich Ihnen nicht das Wort dazu erteilen. Aber ich glaube, das haben Sie nicht ernst gemeint. - Herr Dr. Brodehl!

Tobias von der Heide [CDU]:

Selbstverständlich nicht, Herr Landtagspräsident.

Dr. Frank Brodehl [AfD]: Vielen Dank. - Man kann natürlich viel darüber diskutieren, ob Gewalt nur gefühlt zugenommen hat und wir sensibler geworden sind. Genau deswegen brauchen wir eine Anhörung, um das herauszufinden.

Um den Ball einmal zurückzuspielen: Kriegen Sie nicht die Befragungen des VBE-Pädagogenverbands mit, bekommen Sie nicht die Befragungen des Bundeskriminalamts mit? Ich rede nicht von Hänseleien, sondern davon, dass sich das, was sich in der Gesellschaft leider abbildet, nämlich dass Gewalt und Respektlosigkeit zunehmen, natürlich auch in den Schulen zeigt. Das können Sie doch nicht in Abrede stellen oder so abtun,

(Tobias von der Heide)

dass ich suggerierte, dass es mehr geworden sei, in Wirklichkeit sei es aber gar nicht so. Das kommt bei Ihrer Anmerkung für mich so rüber.

(Birte Pauls [SPD]: Hetze! Super! - Unruhe)

- Sie haben statistisch herausgearbeitet - und das war der Punkt, wo Sie in Ihrer Rede einmal etwas Richtiges gesagt haben -: Es gibt bestimmte Delikte, Gewalt an Lehrern oder Cybermobbing - da gibt es eine technologische Entwicklung -, wo wir in der Tat größere Probleme haben. Da hat sich Gewalt an Schule verändert. Aber es ist sachlich falsch, wenn Sie behaupten, dass es mehr Gewalt an Schule gebe. Das ist nicht richtig.

- Darüber müssen wir diskutieren.

Präsident Klaus Schlie:

Dann dürfen Sie jetzt in Ihrer Rede fortfahren, Herr Abgeordneter.

Tobias von der Heide [CDU]:

Ich muss hier jetzt einen Ausgleich finden. - Ich kann Ihnen das auch belegen. Es gibt keinen Grund zur Panikmache. Wenn man in den letzten Bericht der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention vom Deutschen Jugendinstitut von 2019 guckt, findet man den Satz:

„Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die aktuelle Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik damit bei den absoluten Zahlen insgesamt einen Rückgang der Kriminalität im Kindes- und Jugendalter.“

Die aktuelle Entwicklung ist so - wir haben uns im Bildungsausschuss schon einmal damit beschäftigt -, dass es zwischen 2007 und 2016 einen Rückgang von 1.001 auf 631 Taten mit der Tatörtlichkeit Schule gegeben hat. Es gibt statistisch keinen Beweis für Ihre Behauptung, sondern im Gegenteil einen Hinweis darauf, dass Gewalt an Schulen weniger wird. Deswegen kritisiere ich Sie dafür, wie Sie Ihre Rede hier eben gehalten haben.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Gleiche gilt für das Gewaltmonitoring. Da hat zum ersten Mal eine Erhebung stattgefunden. Sie haben erzählt, das Gewaltmonitoring zeige, dass es mehr Gewalt an Schulen gebe. Das kann gar nicht sein, weil wir das zum ersten Mal erhoben haben, Herr Brodehl.

(Widerspruch Dr. Frank Brodehl [AfD])

Man kann feststellen, dass sich ein stärkeres Bewusstsein - das ist vielleicht eine Antwort darauf, dass es weniger Gewalt gibt - für dieses Problemfeld in der Schule entwickelt hat. „Gewaltfreie Konfliktkultur“ ist das Stichwort. Wir haben ein umfangreiches Instrumentarium zur Gewalt- und Mobbingprävention entwickelt. Dazu gehört die Statistik, die wir schon zitiert haben, dazu gehören klare Ansprechpartner in der Verwaltung, und dazu gehört ein umfangreiches, sehr großes Fortbildungsangebot am IQSH. Stichworte sind: Moderatoren für den Tausch, Aufbau von Interventionsketten, Erarbeitung von präventiven Konzepten, kollegiale Fallberatung, Präsenz im Klassenraum, Training im Bereich Resilienz und Kommunikation, Supervision. Es gibt einen riesigen Instrumentenkasten, wo man sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt.

Und jetzt wünschen Sie sich im Landtag eine Anhörung. Auch wenn ich noch keine lange parlamentarische Erfahrung habe, sage ich Ihnen: Anhörungen dienen im Wesentlichen dazu, Gesetzesvorhaben zu bewerten und sich eine Meinung darüber zu bilden, was der Schleswig-Holsteinische Landtag als Gesetz beschließt. Anhörungen dienen nicht dazu, dass Sie ein Thema in die Öffentlichkeit holen, wahrscheinlich nicht einmal fachlich fundiert, ich habe Beispiele genannt. Dafür ist der Landtag nicht da.

(Beifall Kai Vogel [SPD], Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anita Klahn [FDP])

Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, dass Sie hier eine populistische Debatte führen wollen, behaupten, die Gewalt an Schulen werde schlimmer, uns anhand von Einzelfällen erklären, wie dramatisch die Situation sei, und wir das dann mit Betroffenen im Landtag besprechen sollen. Für diesen Populismus lassen wir uns nicht missbrauchen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb ist unser Antrag genau der richtige Weg, mit diesem Thema umzugehen.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Bei allem Einsatz für eine gewaltfreie Konfliktkultur an Schulen müssen Kinder und Jugendliche auch das Recht auf Kindheit und Jugend haben. Das bedeutet für mich, dass man auch einmal Grenzen überschreiten kann.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias von der Heide)

Dazu gehört, dass Kinder und Jugendliche dann Konsequenzen spüren müssen. Das ist Teil von Erziehung. Zur Kindheit gehört aber auch einmal die eine oder andere Grenzüberschreitung. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Körperliche, seelische und sexuelle Gewalt war und ist an Schulen ein Dauerthema, und es gibt manchmal besonders dramatische Vorfälle, die eine Schule plötzlich in den Fokus der Medien rücken.

Ende 2016 waren es die Vorfälle an einer beruflichen Schule in Neumünster, Ende des vergangenen Jahres war es das Fehlverhalten von Schülern an der Grundschule in Süsel, das die Lehrkräfte, die Schulleitung, die Schulaufsicht, die Eltern und die Gemeindeverwaltung vor erhebliche Herausforderungen gestellt hat.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber diskutiert, wie mit Gewalt an Schulen umzugehen ist. Die Probleme beginnen schon damit, was man als Gewalt definiert, was dokumentiert werden muss und wie der geeignete pädagogische Umgang damit ist.

Als Lehrer weiß ich auf der einen Seite: Wenn man jede Anrennerei auf der Treppe nach dem Ende der letzten Schulstunde dokumentieren und pädagogisch aufbereiten wollte, kämen Lehrkräfte zu nichts anderem mehr. Auf der anderen Seite würde eine Schule versagen, würde sie nicht bemerken, wenn ein einzelner Schüler immer wieder Opfer von Gewalt und Misshandlungen wird, sodass jeder Schultag für ihn zur Qual wird.

Der Verband Bildung und Erziehung hat vor rund zwei Jahren eine Studie vorgelegt, die speziell der Gewaltanwendung gegen Lehrkräfte gewidmet war. Diese Studie hat viel Zustimmung, aber auch Widerspruch hinsichtlich der Belastbarkeit der Daten gefunden. Meine Fraktion hatte deshalb im Bildungsausschuss einen Bericht des Ministeriums erbeten, den wir erst vor wenigen Wochen erhalten haben. Diese Verzögerung ergab sich daraus, dass Erfahrungen mit der neuen Datenbank zum Gewalt-

monitoring an Schulen ausgewertet werden sollten. Diese Datenbank bezieht nur diejenigen Fälle ein, in denen gegen gewalttätige Schülerinnen und Schüler erhebliche Maßnahmen gemäß § 25 des Schulgesetzes ergriffen wurden oder in denen Hausverbote gegen gewalttätige Eltern oder sonstige schulfremde Personen ausgesprochen wurden.

Dieser Bericht hat den Bildungsausschuss erst wenige Tage vor der Weihnachtspause erreicht. Wir hatten also noch keine Zeit, uns damit ausführlich auseinanderzusetzen. Deshalb ist es reine Effekthascherei - da stimme ich meinem Kollegen von der Heide zu -, wenn die AfD-Fraktion im Plenum eine Expertenanhörung durch den Bildungsausschuss beantragt.

(Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wir alle wissen, können und müssen die Ausschüsse Anhörungen in eigener Regie durchführen, ohne dass sie dazu durch das Landtagsplenum ausdrücklich aufgefordert werden. Statt dieses alarmistischen Schaufensterantrags benötigen wir eine vernunftgesteuerte Auseinandersetzung mit dem Problem der körperlichen, seelischen und sexuellen Gewalt an Schulen. Dafür kann der Bericht des Bildungsministeriums eine, aber nicht die alleinige Grundlage sein. Wie bei jeder statistischen Erhebung muss es möglich sein, die Methodik zu hinterfragen. Was wir aber nicht machen werden, ist, unseren Lehrkräften und unseren Schulleitungen das pauschale Misstrauen auszusprechen und unsere Schulen in Bausch und Bogen zu Orten der Gewalt zu stilisieren, in denen es nur Täter und Opfer gibt. Nein, das tun wir definitiv nicht.

Der Antrag der AfD leistet keinen Beitrag dazu, Gewalt an Schulen einzudämmen. Wir werden ihn deshalb im Plenum ablehnen und uns zunächst mit dem Bericht des Bildungsministeriums auseinandersetzen, der mit dem Umdruck 19/3348 vorgelegt wurde. Daran anknüpfende Fragen wird der Ausschuss formulieren und mit den Betroffenen erörtern.

Darüber, in welcher Form das geschieht, werden wir im Ausschuss - nicht hier - eine Verständigung erzielen. Alternativ zur formalisierten Anhörung käme hier zum Beispiel ein Runder Tisch infrage, wie wir ihn in der vergangenen Legislaturperiode zur Inklusion durchgeführt haben. Ich bin überzeugt, dass ein solches Vorgehen den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften eher gerecht wird als dieser Antrag, mit dem sich die AfD auf dem Rücken der Gewaltopfer profilieren will.

(Kai Vogel)

Der Antrag der Koalition geht in die richtige Richtung. Wir werden ihm deshalb zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tobias von der Heide [CDU] und Stephan Holowaty [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir eine Besuchergruppe des Abgeordneten Klaus Jensen aus Nordfriesland. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schulen brauchen Unterstützung bei der Gewaltprävention und Optionen für Interventionen. Das ist nichts Neues. Spätestens seit den 90er-Jahren gibt es Konzepte für eine gewaltfreie Konfliktkultur. Auch in meinem Heimatkreis Pinneberg wurde ein Präventionskonzept erstellt. Vorbeugende Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass Gewalt gar nicht erst entsteht. Verschiedene Kooperationspartner sorgen dafür, dass Betroffene angemessen begleitet werden. Hier hat inzwischen jede Schule einen Präventionskoordinator oder eine -koordinatorin als Ansprechpartner oder -partnerin für die Lehrkräfte.

Fortbildungen für Lehrende sind Bestandteil des Präventionskonzepts, ebenso Angebote für Schülerinnen und Schüler, um die Lebens- und Sozialkompetenz zu stärken. Betroffene werden durch Reden und Trainings in geschützten Gruppen aufgefangen. Auch Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Schulassistenten helfen, ein gutes, angstfreies Schulklima zu schaffen, und das wollen wir alle erreichen. In meinem Heimatort Halstenbek finden zum Beispiel regelmäßig Projektwochen zur Prävention an unseren Schulen statt, unterstützt von unserer Ortsjugendpflegerin. Auch der Schulträger engagiert sich also.

Den Bedarf an Gewaltprävention wird es in menschlichen Gesellschaften, also auch an Schulen, immer geben. Für den Umgang mit Gewalt helfen auch Meldewege, Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Diese gibt es schon. Es ist wichtig, dass die Schulen mit Präventionsmaßnahmen und Fortbildungen vom Land unterstützt werden. Genau das tut das Ministerium. Was meinen Sie, wie das

Ministerium zu seinen Entscheidungen kommt? - Natürlich holen die den Rat von Expertinnen und Experten ein, bevor sie Entscheidungen für neue Konzepte oder Maßnahmen entwickeln. Das ist richtig so.

Mit dem Wandel unserer Gesellschaft müssen unsere Methoden natürlich angepasst werden. Konzepte müssen wissenschaftlich überprüft und begleitet werden. Eine Expertenanhörung gäbe nur Einzelbefunde und -meinungen wieder. Deshalb ist sie überflüssig. Es ist auch zu bedenken, dass jede Schule anders und der Umgang mit Gewalt an Schulen unterschiedlich ist. Datenerhebungen sind ein gutes Instrument, um Entwicklungen zu erkennen. Es ist richtig, dass das Ministerium nur Fälle mit schulrechtlichen Maßnahmen zählt. Was denn sonst? Subjektive AfD- Behauptungen wohl kaum!

An diesem Antrag kann man sehr gut die Strategie der AfD erkennen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Jetzt bin ich gespannt!)

Die AfD schreibt in Ihrem Antrag, dass „Mobbing und Gewalt sich in einem nicht mehr tolerierbaren Maße Bahn brechen konnten“. Sie macht den Aufschlag und sagt: Alles ist schlecht, und der Staat versagt. - Dann kommt die weichgespülte Rede von Herrn Brodehl, der sagt: An den meisten Schulen sind Gewalt und Mobbing kein Problem.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau so ist es!)

- Das ist aber ein völliger Widerspruch.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Nein, das ist kein Widerspruch! Das sind zwei Seiten einer Medaille!)

Das heißt, Sie erzeugen ein Bild von Staatsversagen in Ihrem Antrag - das bleibt hängen -, versuchen dann aber eine staatstragende Rede zu halten, um zu rechtfertigen, dass die AfD eine staatstragende Partei ist. Das ist Ihre Strategie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Sie versuchen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben, indem Sie Doppelbotschaften senden. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Tobias von der Heide [CDU]: So!)

Die Behauptung der AfD ist durch keine Fakten belegt. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben dazu Beispiele genannt. Die AfD lebt davon,

(Ines Strehlau)

Schreckgespenster zu inszenieren und Ängste zu schüren, auch mit gefühlten Wahrheiten, die keiner Überprüfung standhalten. Dazu verfolgt sie die Strategie, ihre Behauptungen nur oft genug zu wiederholen, sodass etwas davon in Erinnerung bleibt, egal ob Realität oder Hirngespinnst. Mit ihrer zum Teil hetzerischen Sprache vergiftet die AfD das Klima in unserer Gesellschaft und trägt zu dem von ihr beklagten schlechten Klima an den Schulen selbst bei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Sicher!)

Wir als demokratische Parteien treten dem entschiedenen entgegen. Weder Schulen noch Politik verschließen die Augen davor, dass Gewalt und Mobbing an einzelnen Schulen eine Herausforderung darstellen. Dazu gibt es Unterstützung; wir haben Maßnahmen in unserem Antrag dargestellt, und sie werden stetig weiterentwickelt.

Die laut der Datenbank zum Gewaltmonitoring 585 Meldungen im vergangenen Schuljahr machen deutlich, dass wir an einigen Stellen intensiv unterstützen müssen. Wir tun das mit dem Bildungsbonus, Schulsozialarbeit, Schulpsychologinnen und -psychologen, Schulassistenten und anderen Maßnahmen. Diese Unterstützung ist wichtig. 585 Ordnungsmaßnahmen bei 370.000 Schülerinnen und Schülern an unseren Schulen machen aber deutlich, dass wir insgesamt ein sehr gutes Miteinander an unseren Schulen haben.

Das Ministerium erhebt überprüfbare Daten. Das ist genau der richtige Weg, um gefühlten Wahrheiten à la AfD etwas entgegenzusetzen. Diese Daten werden wir uns genau anschauen und sehen, ob und wie wir die Unterstützungsmaßnahmen anpassen müssen. Wir stehen für eine faktenbasierte Politik. Deshalb bitten wir um Unterstützung für unseren Alternativantrag. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass das Problem Mobbing und Gewalt an Schulen ein Dauerthema ist, mit dem sich Schulen und auch wir uns auseinandersetzen müs-

sen, hat keiner der Redner geleugnet. Das hat auch keiner ignoriert. Insofern finde ich es gefährlich, dass die AfD so tut, als ob wir es täten.

Auch wenn immer gern gesagt wird: „Früher gab es das auch schon, und das ist doch alles gar nicht so schlimm“, denke ich, dass wir sagen müssen: Die Art und Weise der gewaltentsprechenden Handlungen an den Schulen hat sich verändert.

Was wirklich erstmals so ist - das ist eben gesagt worden -: Wir haben im August 2018 erstmalig überhaupt Daten erhoben. Wir kannten vorher nur eine gefühlte Wahrheit. Mit dieser gefühlten Wahrheit jetzt eine Expertenanhörung zu begründen, die sich mit den ersten vorliegenden Zahlen beschäftigen und daraus Erkenntnisse ziehen soll, halte ich schlicht und ergreifend für unseriös.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich müssen wir hingucken, wie sich Mobbing an Schulen im Zusammenhang mit den sozialen Netzwerken verhält. An der Stelle muss man wirklich auch einmal das Soziale an den Netzwerken infrage stellen, das ist es nämlich gerade nicht. Da müssen wir genau hinschauen, und das tun wir auch.

Wir werden Ihren Antrag ablehnen und haben unseren Alternativantrag ganz bewusst formuliert, weil wir in den letzten Jahren schon ganz viele Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, weil wir diese Erkenntnisse bereits hatten. Seit vielen Jahren ist es üblich, dass das Land Schulsozialarbeit finanziert. Die Schulsozialarbeit hat für die Prävention eine ganz wichtige Aufgabe. Wir haben die Perspektiv-Schulen eingerichtet. Auch das ist eine Antwort darauf, dass es Jugendliche an Schulen gibt, die Probleme haben, die ursächlich nicht allein in der Schule zu suchen sind, sondern die in ihrem privaten Umfeld zu finden sind. Das können Probleme mit den Eltern sein, mit den Freunden, da ist vieles möglich.

Ich bin der Meinung, dass wir mit der Datenbank Gewaltmonitoring an Schulen, die hier angeführt ist, ganz zielgerichtet an diese Probleme herangehen. Wir müssen die Vorfälle an Schulen erfassen, um uns zukünftig ein genaues Bild machen zu können. Mit dem Zentrum für Prävention am IQSH und den umfangreichen Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte haben wir jede Menge Instrumente an der Hand, um Mobbing und Gewalt an Schulen effektiv einzudämmen. Ich glaube nicht, dass irgendjemand von Ihnen infrage stellt, dass das Experten

(Anita Klahn)

sind. Das sind die Experten, das sind nämlich diejenigen, die jeden Tag damit zu tun haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Über eines müssen wir auch diskutieren: Wie definieren wir eigentlich Mobbing? Ich habe manchmal das Gefühl, dass Mobbing von einzelnen Gruppen sehr schnell als Begriff genutzt wird, um etwas zu skandalisieren und aufzubauschen. Das ist auch gefährlich, weil man dem tatsächlichen Mobbing, was wirklich schwerwiegend ist, nicht gerecht wird.

Wir werden uns also mit dem Thema weiterhin befassen. Wir werden das auch intensiv tun und schauen, welche weiteren ergänzenden Maßnahmen wir zu dem bisherigen Handeln noch einführen müssen. Wir wissen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die sich verändert. Wir wissen, dass Werte wie Respekt sich auch verändert haben und wir dagegen etwas tun müssen. Das ist aber eine Aufgabe, die wir nicht politisch verordnen können. Das kann nur jeder Einzelne von uns vorleben und leben. Dazu brauchen wir nicht Ihren Antrag.

Ich bin der Kollegin Ines Strehlau wirklich dankbar dafür, dass sie die kleinen Feinheiten in dem Antrag sehr deutlich noch einmal herausgearbeitet hat. Das hätte ich sonst auch gern gemacht, aber das brauche ich jetzt nicht mehr. Sie versuchen immer wieder zu suggerieren, Sie hätten die Weisheit gepachtet, Sie bieten aber keine Lösung, Sie werfen einfach nur Fragen auf, Sie hetzen. Das ist das, was gefährlich ist.

(Widerspruch Dr. Frank Brodehl [AfD])

Sie haben auch eine Verantwortung dafür, wie wir in der Gesellschaft miteinander umgehen. Auch Sie haben eine Verantwortung hinsichtlich der Art und Weise, wie Sie sich artikulieren, wie Schule als Lernort wahrgenommen wird. Machen Sie Schulen nicht mit solchen Aussagen und Anträgen zu irgendwelchen Hexenkesseln, Löwengruben oder sonst etwas! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bildungsausschuss hat vor etwas über

einem Jahr die Ministerin darum gebeten, über das Thema Gewalt an Schulen und die Erfahrungen mit der neuen Datenbank über Gewaltvorkommnisse an Schulen schriftlich zu berichten. Dem ist die Ministerin nachgekommen und hat uns gerade erst im letzten Monat, im Dezember 2019, einen schriftlichen Bericht vorgelegt.

Erfasst werden Gewaltvorkommnisse, bei denen Schulen in irgendeiner Form disziplinarische Strafen ausgesprochen haben. Das bedeutet zum einen, dass auch Fälle erfasst werden, die unterhalb von Straftatbeständen und außerhalb von Kriminalstatistiken liegen. Zum anderen bedeutet das aber natürlich auch, dass nicht absolut jeder Vorfall erfasst wird. Ich finde, das ist auch gar nicht so schlimm, denn es geht hier um Strukturen und nicht unbedingt um Fallzahlen.

Wenn wir uns aber die Fallzahlen anschauen, was sind da die ersten Erkenntnisse? - Im Schuljahr 2018/19 gab es an unseren Schulen demnach 585 Einzelfälle mit insgesamt 756 Taten - mehr Taten als Fälle, weil verschiedene Formen von Gewalt, die oft miteinander einhergehen, aufgelistet werden.

Es sind also 585 Fälle bei 370.000 Schülerinnen und Schülern und etwa 28.500 Lehrkräften. Da muss man nun wirklich nicht in Panik verfallen. Das scheint doch eher überschaubar zu sein. Die Hälfte der Taten sind Körperverletzungen, zwei Drittel der Taten spielen sich innerhalb der Schülerschaft ab, ein Drittel trifft auch die Lehrkräfte. Die meisten Taten wurden von Jungen begangen und eher in der Stadt als auf dem Land. - So weit, so gut oder eben auch schlecht.

Das, was uns die AfD nun in ihrer aktionistischen Art mit ihrem Antrag vorgelegt hat, ist, sich an dieser Stelle bereits mit der Auswertung des Ministeriumsberichts auseinandersetzen zu wollen. Die gibt es aber noch gar nicht. Die Ministerin hat selbst schon kundgetan, dass die Dunkelziffer vermutlich höher liegt. Das ist im Übrigen bei 400.000 Menschen im System an 795 Schulen auch nicht weiter verwunderlich.

Das ist es jetzt aber auch erst einmal, was wir aus dem Bericht ziehen können. Das sind noch keine Schlussfolgerungen, sondern die sollen erst noch erarbeitet werden. Alle Fragen, die sich stellen, müssen erst noch durch das Ministerium beleuchtet und bewertet werden. Natürlich müssen wir dann darauf Antworten bekommen und das auch hier im Parlament diskutieren - aber eben erst dann, und nicht schon jetzt, ohne eine solche Auswertung.

(Lars Harms)

Als Oppositionspolitiker befinde ich mich jetzt in der merkwürdigen Situation, dass ich einer Ministerin beispringen muss. Ich finde, das ist gerechtfertigt. Denn vernünftige Oppositionsarbeit bedeutet auch, dass man Ministerinnen und Ministern zumindest eine gewisse Reaktionszeit zu den Berichten zugesteht. Das wollen wir als Parlament auch immer, wenn wir unsere Berichte bekommen, indem wir sagen: Lass uns das noch einmal in zwei oder drei Monaten anschauen, damit wir uns das Ganze in Ruhe durchlesen und Fachmeinungen einholen können. Ich finde, diese Reaktionszeit steht auch den Regierenden zu.

Aber worum geht es der AfD hier eigentlich? - Es geht ihr eigentlich nur um Effekthascherei, darum geht es, um Stimmungsmache, um negative Stimmungsmache.

Schauen wir noch einmal in den Antrag und darauf, was wir, wenn es nach der AfD geht, beschließen sollen. Da steht: Mobbing und Gewalt hätten sich in einem nicht mehr tolerierbaren Maße Bahn brechen können. - Das ist völliger Käse. 585 Vorfälle bei 370.000 Schülerinnen und Schülern. Ich würde behaupten, in meiner Schulzeit war das nicht anders. Das ist also nichts Neues, meine Damen und Herren. Das ist eine derartige Überspitzung, dass ich mich wirklich frage, in welcher Welt die AfD lebt.

(Zurufe SPD)

Die mediale Berichterstattung über verbale und körperliche Gewalt würde lediglich die Spitze des Ausmaßes der Gewalt darstellen. - Auch völliger Unsinn. Die mediale Berichterstattung war mehr als ausreichend. Deshalb ist es ja zu dem Bericht, deswegen ist es zu der Nachfrage und deswegen ist es zu der Einrichtung der Datenbank gekommen, weil die Medien darüber berichtet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, die haben das allerdings in einer vernünftigen Art und Weise gemacht. Das ist das, was Ihnen eigentlich nicht passt. Jetzt stehe ich hier also in der merkwürdigen Rolle, als Oppositionsparteimitglied die Regierung zu verteidigen.

(Zurufe SPD)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich verstehe dieses unangebrachte Vorgehen der AfD nicht, hier einfach so per Antrag Stimmung zu machen - die Kollegin Strehlau hat das eben schon ausgeführt -, eine Pressemitteilung herauszuhauen, das Chaos zu verkünden und sich dann hier hinzustellen und zu sagen: „Na ja, so haben wir das alles nicht gemeint, wir wollen lieber staatstragend durch die Gegend

laufen.“ - Das kauft Ihnen inzwischen niemand mehr ab. Sie wollen hier miese Stimmung machen, und das ist das Einzige, was Sie wollen. Das werden wir nicht zulassen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe mal auf die hellseherischen Fähigkeiten der Kollegin Strehlau oder auch auf den letzten Redebeitrag gar nicht ein, in denen Sie mir immer nur vorgeworfen haben, was ich eigentlich meinte und wie eigentlich meine Strategie sei. Das ist der Rede nicht wert.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Aber kommen wir einmal zur Sache. Herr Loose, Herr von der Heide - entschuldigen Sie -, Sie haben so betont, das sei doch gar nicht so, das sei nur gefühlt, wir könnten uns doch nicht nur auf GEMON stützen.

Ich habe eben schon in der Zwischenfrage angedeutet, dass es jede Menge andere Statistiken gibt. Wer bestreitet, dass dies in den letzten Jahren zu einem größeren Problem geworden ist, ist ein Narr.

Ich möchte aber auf etwas anderes hinaus.

(Zurufe)

Im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags hat es eine ganz ähnliche Diskussion gegeben. Dort waren es die Kollegen von der SPD, die eine ähnliche Anhörung beantragt hatten. Auf der anderen Seite - in Anführungszeichen - waren es Kollegen der CSU, die sagten: Wir brauchen das nicht, wir tun schon genug. Es hat sich nicht so viel geändert, lasst uns erst einmal abwarten. - Dennoch wurde dann diese Expertenanhörung durchgeführt. In meinen Händen halte ich das Ergebnis dieser Anhörung. Und, siehe da, am Ende mussten sich alle Parteien eingestehen: Es ist gut, dass wir uns frühzeitig und auf Expertenebene damit beschäftigt haben.

Sie haben gesagt, dies sei nicht der richtige Zeitpunkt, um eine Anhörung im Plenum zu beantragen. Aus dem Zeitpunkt lasse ich mir keinen Vorwurf machen. Ihre Reaktion wäre doch auch nicht anders gewesen, wenn ich es in einem oder in zwei Monaten beantragt hätte. Sie hätten mir das Gleiche

(Dr. Frank Brodehl)

vorgeworfen. Ich verbreite hier mitnichten schlechte Stimmung.

(Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Als wir hier einen Gesetzentwurf zur Verschleierung an Hochschulen eingebracht haben, haben Sie eine Anhörung gemacht. Da frage ich Sie: Wo ist denn der Unterschied?

(Tobias von der Heide [CDU]: Das war ein Gesetzentwurf!)

Es gibt da keinen Unterschied. Wir bleiben dabei: Wir halten es für wichtig, dass wir nicht erst lange beraten, sondern uns gleich mit Experten zusammensetzen. Wir möchten nicht akzeptieren, dass sich die Tendenz der letzten Jahre noch verstärkt. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Lassen Sie mich gleich zu Anfang meiner Rede eines klarstellen: Wer auch immer zum jetzigen Zeitpunkt von einer Zunahme von Gewalt oder Mobbing an den schleswig-holsteinischen Schulen spricht, argumentiert nicht auf Grundlage erhobener Daten und Fakten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ergibt sich offensichtlich Weise, da wir erstmals im Schuljahr 2018/2019 das Gewaltmonitoring durchgeführt haben. Daher haben wir gar keine Vergleichsdaten aus den Vorjahren. Wir können also schlicht und ergreifend im Augenblick nicht sagen, ob die Gewalt an Schulen steigt, gleich bleibt oder sogar rückläufig ist.

Allerdings - auch das ist bereits erwähnt worden - gibt es durchaus Hinweise darauf, dass jedenfalls insgesamt die Jugendkriminalität in Deutschland in den letzten zehn Jahren deutlich rückläufig ist. Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat die Jugendgewalt in Deutschland seit 2007 betrachtet und gemessen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sie insgesamt um 43 % abgenommen habe, bei Heranwachsenden um 29 %.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Ich weiß: Dies passt nicht in das Weltbild so mancher. Das sind aber jedenfalls ernstzunehmende Studien.

Mir ist wichtig, dass wir dieses Thema nicht verwenden, um Panik zu machen oder für einen populistischen Alarmismus. Ich bin der Opposition außerordentlich dankbar, dass sie - mit Ausnahme der Antragsteller - die Debatte heute eben nicht dazu genutzt hat, einen vermeintlichen kurzfristigen Vorteil zu erhaschen.

Ich möchte noch eines sagen: Wer glaubt, man könnte Gewalt an Schulen vor allem an unseren Perspektivschulen finden, wird sehr schnell merken, dass es da keinen Zusammenhang gibt. Es gibt Perspektivschulen, die ein auffälliges Gewaltvorkommen haben, aber genauso solche, die da sehr gut dastehen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist für die Bewertung hilfreich. Natürlich, selbstverständlich haben wir Gewalt in unserer Gesellschaft. Natürlich haben wir auch an unseren Schulen Gewalt, und zwar zu viel. Wer wollte das bitte bestreiten? Jeder Gewaltvorfall - auf jeden Fall jenseits der Meldeschwelle - ist natürlich einer zu viel. Gewalt gegen Lehrkräfte ist genauso wenig hinnehmbar wie Gewalt gegen Mitschülerinnen und Mitschüler.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen begegnen wir gemeinsam - Parlament und Regierung - dieser Herausforderung. Wir haben die Gewaltdatenbank auf Grundlage eines Landtagsauftrags entwickelt, weil der Landtag ja gerade der Auffassung war, dass es ein Phänomen ist, mit dem wir uns mittel- und langfristig auch wissenschaftlich beschäftigen müssen.

Sachlichkeit und ein kühler Kopf sind das Einzige, was bei so einem Thema helfen. Ich kann es Ihnen, Herr Dr. Brodehl, leider nicht ersparen: Populismus ist an dieser Stelle immer die falsche Antwort.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die distopischen Szenarien, die Sie in Ihrem Antrag zeichnen, haben weder etwas mit der Wirklichkeit zu tun, noch helfen sie in irgendeiner Art und Weise, dem Problem näherzukommen.

(Ministerin Karin Prien)

Ich danke dem Landtag für den Auftrag. In einer ersten Erprobungsphase haben wir die Datenbank aufgelegt. Natürlich ist es noch eine Erprobungsphase, wir sammeln jetzt unsere Erfahrungen. Die Daten sind daher mit aller Vorsicht zu behandeln.

In der öffentlichen Debatte ist mir noch eines wichtig: Es ist ein statistisches Werkzeug und kein schulaufsichtliches Instrument. Es ist nicht so, dass wir mit den in der Datenbank gesammelten Daten sofort loslaufen und das Thema Gewalt an Schulen unmittelbar in jedem Einzelfall angehen würden. Der Anwendungszweck ist mittel- und langfristig.

Gleichwohl werden die erkannten Problemfälle - einzelne können wir schon vorsichtig erkennen - durch das Bildungsministerium, vor allem aber durch das IQSH sowie durch behördliche und zivilgesellschaftliche Träger eingehend untersucht und sollen natürlich mit externen Experten bewertet werden. Außerdem plant das Bildungsministerium ganz konkret eine wissenschaftliche Begleitung.

Zur Datenbank selbst darf ich sagen - wir werden es im Einzelnen noch im Bildungsausschuss erörtern -, dass die Qualität der erhobenen Datensätze durchweg gut ist. Eine Auswertung erlaubt es, Handlungsnotwendigkeiten zu identifizieren. Die zu intensivierende Arbeit mit Jungen an Gemeinschaftsschulen in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 ist eine wesentliche Erkenntnis, aber auch im Kontext des DaZ-Unterrichts gilt es, vorhandene Angebote zu stärken und auszubauen.

Als Erstes haben wir in diesem Jahr ein Fachgespräch im Bildungsministerium angesetzt. Besondere Berücksichtigung sollen dabei Experten zu Fragen der Kriminologie sowie zur Jugendarbeit finden. Anschließend planen wir eine Fachtagung, in die zusätzlich auch Schulleitungen und zivilgesellschaftliche Partner eingebunden werden. Ich weise noch einmal auch darauf hin, dass erst in zwei bis drei Jahren nach einer Etablierung des Gewaltmonitorings in den Schulen Entwicklungen verlässlich erkennbar sein werden. Deswegen ist es übrigens auch nicht sinnvoll, die Meldeschwelle jetzt mir nichts, dir nichts zu verändern.

Wir wollen die Vergleichbarkeit der Daten über mehrere Jahre. Deswegen müssen die Parameter zunächst identisch sein. Natürlich müssen sie dann auch evaluiert werden. Ich will nur darauf hinweisen, dass die derzeitige Meldeschwelle in Schleswig-Holstein jedenfalls deutlich unterhalb der Meldeschwelle etwa in Hamburg und natürlich auch unterhalb der Meldeschwelle zur polizeilichen Kriminalstatistik liegt.

Wir schauen uns durchaus an, was andere Bundesländer auf diesem Gebiet machen und sind immer darum bemüht, unsere Erkenntnisse auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand zu halten.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass sich der Bildungsausschuss mit den Ergebnissen im Einzelnen beschäftigen wird und darüber hinaus auch mit der Frage, welche Fortbildungs-, Präventions- und Interventionsinstrumente wir haben. Dazu werden wir im Bildungsausschuss berichten. Selbstverständlich werden wir das Parlament auch über unsere weiteren Planungen im Kontext der Datenbank unterrichtet halten.

Ich freue mich auf eine gute und vor allem sachliche Debatte zu diesem Thema. Lassen Sie mich abschließend sagen: Konflikte wird es in unserer Gesellschaft immer geben, es wird sie auch an Schulen immer geben. Entscheidend ist die Frage: Haben wir eine gute Konfliktkultur, die natürlich gewaltfrei sein soll? Dafür machen wir uns als Bildungsministerium stark. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1936, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1953 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? Bei Enthaltung der AfD-Fraktion - -

(Zurufe AfD: Nein! Sie waren zu schnell!)

- Gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/24

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1878 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt geben Sie bitte zu Protokoll.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 19/24 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD und SSW. Damit ist der Ausschussempfehlung gefolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Wildnis in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1782

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt geben Sie bitte ebenfalls zu Protokoll.

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1782, an den Umwelt- und Agrar-ausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/1946

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1946.

Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. Dies ist offenbar auch nicht der Fall, obwohl es ziemlich laut ist.

Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache, Drucksache 19/1946, einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe damit unsere heutige Beratung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg und ein angenehmes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:42 Uhr

Reden zu Protokoll

Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/24

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 19/1878 (neu)

Claus Christian Claussen [CDU]:

Herr Präsident!

„Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“

So lautet Artikel 38 Absatz 2 GG. Der Antrag kann also nur durch eine Grundgesetzänderung realisiert werden. Diese erfordert bekanntermaßen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Dass eine solche Mehrheit zustande kommen könnte, halte ich für wenig realistisch.

Es sprechen nämlich folgende gute Gründe gegen die Absenkung des Wahlalters: Wir müssen immer wieder klarstellen, dass Freiheiten und Rechte mit Verantwortung verbunden sind. Ich halte nichts davon, Rechte immer weiter auszuweiten, Pflichten aber abzukoppeln. Wir haben zum Schutz der Jugendlichen und Heranwachsenden eine ganze Reihe von Normen. So hat der Minderjährige keine volle Geschäftsfähigkeit, weil er vor den zivilrechtlichen Folgen unbedachter Handlungen geschützt sein soll.

Auch strafrechtlich werden Jugendliche von 14 bis 18 Jahren und sogar darüber hinaus individuell bis zum 21. Lebensjahr nicht nach dem Erwachsenenstrafrecht zur Verantwortung gezogen. Der Grund dafür ist immer der gleiche: Wir gehen davon aus, dass in diesem Alter der Reifeprozess zum Erwachsenenendesein eben noch nicht abgeschlossen ist. Das ist auch der Grund, das aktive und passive Wahlrecht ebenfalls an die Volljährigkeit beziehungsweise die Vollendung des 18. Lebensjahres zu knüpfen.

Wir haben im Ausschuss eine Anhörung durchgeführt. Der Landeswahlleiter der Freien Hansestadt Bremen hat sich in seiner Stellungnahme auf aktuelle Kommentierungen des Bundeswahlgesetzes und Rechtsprechung des BVerfG bezogen. In der Stellungnahme heißt es:

„Diesen Regelungen und sonstigen ... Bestrebungen, auch auf Bundesebene, das Wahlalter auf 16 oder gar 14 Jahre herabzusetzen, fehlt es an Plausibilität und im Hinblick auf die beschränkte Geschäftsfähigkeit an Wirklichkeitsbezug. ...

Ausschlaggebend für die Festsetzung des Mindestalters ist letztlich die Verstandesreife, die allgemeine politische Einsichts-, Diskurs-, und Urteilsfähigkeit, die Lebensreife sowie das Verantwortungsbewusstsein. Die Fähigkeit zu einer rationalen Willensbildung und -entscheidung dürfte ... bei Jugendlichen und Heranwachsenden im Allgemeinen erst im Alter von 18 Jahren vorhanden sein; erst dann kann von einem hinreichenden Maß an politischer Reife ausgegangen werden.“

Und im Hinblick auf die Erfahrungen bei den Wahlen in Bremen 2011 und 2015 führt er aus:

„Insofern mit der Herabsetzung des Wahlalters die Vorstellung verbunden wird, damit einen Beitrag zur langfristigen Umkehrung ständig zurückgehender Wahlbeteiligungsquoten zu erreichen, muss zumindest für Bremen festgestellt werden, dass diese Hoffnung enttäuscht wurde.“

Ich möchte darüber hinaus noch zu bedenken geben, dass die Entscheidungen des Bundestages, jedenfalls zum Teil, durchaus komplexer und abstrakter sind als die Entscheidungen, die wir und die anderen Landesparlamente zu treffen haben. Selbst wenn man die Erfahrungen bei Kommunal- und Landtagswahlen also positiv bewertet, lässt sich das meiner Meinung nach nicht einfach auf die Bundesebene übertragen.

Schließlich noch ein Aspekt: Die Möglichkeiten der politischen Teilhabe sind über die neuen Medien geradezu explodiert, gleichzeitig aber auch die Möglichkeiten für Desinformation und Manipulationen. Was wir brauchen - ich füge absichtlich hinzu: nicht nur für Jugendliche! -, ist eine Verbesserung der Medienkompetenz und ein Ausbau der politischen Bildung. Nur damit lassen sich die durchaus ehrenwerten Ziele des Antrages verwirklichen.

Zusammenfassend: Der Antrag ist verfassungsrechtlich fragwürdig, praktisch anscheinend untauglich und politisch auf Bundesebene wohl nicht durchsetzbar.

(Claus Christian Claussen)

Konsequenz: Wir lehnen den Antrag ab. - Vielen Dank.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Gerade in diesen Monaten wäre es ein großes und gutes Signal, wenn wir die Beteiligung von Jugendlichen konsequent ausbauen und damit auch Demokratie an sich stärken. Heute reden wir erneut über den Antrag, den wir als SPD bereits vor zwei Jahren hier eingebracht haben. Wir wollen nach den Kommunal- und Landtagswahlen auch bei Bundestagswahlen das Wahlalter auf 16 senken! Was politische Bildung und die Steigerung bei Jugendlichen angeht, sind wir uns zuletzt im Ziel oft einig. Nur bleibt Jamaika oft auf halber Strecke stehen. Das haben wir beim Jahr der politischen Bildung gesehen, das erleben wir in anderen Bereichen. Und bei dieser Frage geht mit Jamaika gar nichts.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Nur wer die Möglichkeit hat, sich einzubringen, wird auch selbst demokratisch. Deshalb ist die Wahlalterabsenkung der richtige Weg. Ich hatte gehofft, dass sie durch die Anhörung und viele Diskussionen mit Jugendverbänden, Jugend im Landtag oder zuletzt bei der Jugendaktionskonferenz ihre Skepsis besiegen können. Vor allem die CDU scheint ihr bei ihrer rückständigen Position zu bleiben. Dabei hat die Anhörung zu unserem Antrag noch mal deutlich gemacht, dass das politische Interesse bei Jugendlichen durch die Absenkung des Wahlalters gesteigert werden kann. Das ist zwar nicht immer sofort in einer hohen Wahlbeteiligung abzulesen, okay. Dies gilt aber für alle Altersgruppen. Verschiedene Untersuchungen haben aber gezeigt, dass sich der Anteil der politisch Interessierten von einem Drittel auf zwei Drittel erhöhen kann.

Andersrum wurde nachgewiesen, dass bei den 15-Jährigen und 14-jährigen eine geringere Bereitschaft vorhanden ist, sich intensiv mit Wahlen zu beschäftigen, solange sie nicht selber daran teilnehmen können. Hier gibt es also eine richtige Kante, die man genau am Wahlalter festmachen kann. Für mich war das nur ein Beweis dafür, dass eine Absenkung des Wahlalters eben doch eine direkte Auswirkung auf die Steigerung der politischen Bildung bei Jugendlichen hat und damit auch einen direkten Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Nein, wir sollten viel eher darüber reden, noch weiterzugehen. Warum soll man in Zukunft nicht auch schon mit 14 Jahren wählen können? Bundesjugendring und andere diskutieren dies schon sehr ernsthaft. In Zeiten einer polarisierenden Gesell-

schaft, einem besorgniserregenden Rechtsruck und der größten Jugendbewegung seit Jahrzehnten auf den Straßen mit Fridays für Future oder auch vor dem Hintergrund eines krassen Generationenwechsels und -bruchs in ehrenamtlichen Institutionen, kann ein Mehr an Partizipation Demokratie und politische Bildung nur von Vorteil sein.

Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie und Mitbestimmung für junge Menschen, von Anfang an. Wir wollen der jungen Generation eine Stimme geben. Wenn wir es von hier aus heute nicht unterstützen, was ich sehr schade finde, dann kämpfen wir auf anderer Ebene weiter. Wir sind überzeugt, dass wir auf den guten Erfahrungen der Landtagswahl aufbauen können. Wir wollen den jungen Menschen eine Stimme geben. Die Wahlaltersenkung auf 16 ist richtig und zugleich eine große Chance. Wir lassen hier nicht locker!

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Österreich hat es, Malta hat es, Argentinien, Brasilien und Indonesien: das Wahlalter 16 zum nationalen Parlament. Und siehe da: Es funktioniert.

Zu den Landtagen dürfen in Deutschland junge Menschen ab 16 nur in Brandenburg, Bremen, Hamburg und bei uns in Schleswig-Holstein wählen. Nachdem wir 2016 hier in Schleswig-Holstein das Wahlalter 16 für die Landtagswahlen eingeführt hatten, habe ich über einen längeren Zeitraum Schülerinnen und Schüler in den Besuchergruppen regelmäßig über ihre Meinung dazu befragt. Eine negative Reaktion gab es dabei nie. Warum also nicht auch auf der Ebene des Bundestages?

Die Fronten in der Frage sind seit Jahren verhärtet. Grüne, Linke und SPD sind dafür, die anderen dagegen. Auf Bundesebene brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit, weil das Wahlalter 18 in Artikel 38 Grundgesetz festgeschrieben ist. Am 29. Juni 2017 haben wir hier ihm Landtag das letzte Mal darüber gestritten. Alle Argumente pro und contra wurden ausführlich heruntergebetet.

Auch die durchgeführte Anhörung brachte die zu erwartenden Positionen und Argumente: Der Landesbeauftragte für politische Bildung sprach sich dafür aus, der Landeswahlleiter hielt sich - seiner Funktion entsprechend - mit einer Bewertung zurück, der Landeswahlleiter aus Bremen war zumindest skeptisch, was die Hoffnung betraf, mit der Senkung des Wahlalters den langjährigen Trend zurückgehender Wahlbeteiligungsquoten umzukehren.

(Burkhard Peters)

Der Landesjugendring sprach sich vehement für das Wahlalter 16 bei Bundestagswahlen aus.

Die Hauptfrage aus der letzten Debatte im Juni 2017 - wie steht es mit der Wahlbeteiligung der entsprechenden Alterskohorte in Schleswig-Holstein? -, konnte in der Anhörung leider nicht geklärt werden. Der Landeswahlleiter stellte in seiner Stellungnahme schlicht fest, dass es über die Wahlbeteiligung der Gruppe der 16- und 17-Jährigen in Schleswig-Holstein sowohl für die Landtagswahl 2017 als auch für die Kommunalwahlen keinerlei belastbaren Zahlen gibt. Da sind wir also genau so klug wie zuvor.

Warum also heute noch einmal eine Debatte im Hohen Haus, obwohl wir eine - leider - ablehnende Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses haben? Auch dort wurde das Thema nicht noch einmal diskutiert. Wieder die übliche Konstellation: CDU, FDP und AfD dagegen, SPD und SSW dafür. Und die Grünen? Gefangen in der Koalitionsraison auch dagegen.

Dabei gibt es seit 2017 einen bemerkenswerten neuen Aspekt. Er lässt sich mit drei Buchstaben benennen: FFF, Fridays for Future. Europaweit demonstrierten 2019 Millionen von jungen Leuten, um die Politik vor den Auswirkungen der klimatischen Veränderungen zu warnen. Fridays for Future ist schon heute die wirkungsmächtigste Jugendbewegung der neueren Geschichte, und zwar weltweit.

Das gab es bei unserer letzten Debatte im Juni 2017 noch nicht. Auch heute stehen die jungen Leute wieder vor unserem Landeshaus und fordern, dass wir Politikerinnen und Politiker endlich in die Puschen kommen müssen, um das beim Pariser Weltklimaabkommen beschlossene 1,5-°C-Ziel noch einhalten zu können.

Sie zeigen uns, was es heißt, Verantwortung einzufordern und damit auch zu übernehmen. Und sie sind zu großen Teilen unter 18 Jahren: Diese Menschen weiterhin vom Wahlrecht auszuschließen mit dem Argument, mit 16 Jahren sei man noch zu unreif zum Wählen, ist eine Farce, ein schlechter Witz älterer Semester. Mit großem Trara haben wir 2019 zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen, rennen von einer dialogP-Veranstaltung zur nächsten, stärken der WiPo-Unterricht in den Schulen, wo wir nur können: hic rhodos, hic salta!

Ich verspreche Ihnen, sollte es nach der nächsten Bundestagswahl zu Koalitionsverhandlungen unter grüner Beteiligung kommen - einiges spricht dafür -, wird das Wahlalter 16 auf die Tagesordnung

des Bundestages kommen, wo es auch hingehört. Und das ist gut so.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste!

„Wahlberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“

So steht es in Artikel 38 Absatz 2 unseres Grundgesetzes. Die Rechts- und Verfassungslage ist insofern eindeutig.

Eine Entkoppelung des Wahlalters von der gesetzlichen Volljährigkeit wirft mehrere Probleme auf. Bei allgemeinen Wahlen das Recht, zu wählen, dauerhaft vom Recht, gewählt zu werden, abzukoppeln, ist schon demokratiethoretisch kaum zu begründen.

Beim aktiven Wahlrecht handelt es sich um eins der grundlegendsten Rechte unserer Demokratie. Damit nehmen die Bürger an der politischen Willensbildung teil und tragen die Mitverantwortung und die Konsequenzen für politische Entscheidungen.

Diese Verantwortung darf aber nur denjenigen vorbehalten bleiben, bei denen aufgrund von Lebenserfahrung sowie Verantwortungsreife ein gewisses Maß an politischer Urteilsfähigkeit vorausgesetzt werden kann. Deshalb dürfen nur diejenigen Bürger an Wahlen beteiligt werden, denen unsere Rechtsordnung die entsprechende Einsichtsfähigkeit zumisst.

Der innere Zusammenhang zwischen Wahlalter und Volljährigkeit wird an der Stelle klar, wo jemand über die Geschicke der Gesellschaft mitentscheiden soll, den eben diese Gesellschaft noch nicht für reif genug hält, seine eigenen Lebensverhältnisse völlig eigenständig zu regeln: Autofahren, Rauchen, Heiraten, uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit und Strafmündigkeit als Folge einer nicht zugebilligten geistigen und sittlichen Reife.

Der Bedeutung des Wahlrechts als entscheidender Akt der Partizipation am Verfahren der demokratischen Willensbildung würde es nicht gerecht werden, das Wahlrecht Personen zu verleihen, die in anderen Bereichen der Rechtsordnung als noch nicht ausreichend reif angesehen werden.

Aber ist es nicht merkwürdig, dass auch die Befürworter einer Absenkung des Wahlalters nicht vorschlagen, dass an diesen Alterseinschränkungen et-

(Claus Schaffer)

was geändert wird? Sie plädieren nicht für eine Absenkung der Volljährigkeit. Ihre Forderung ist ein Widerspruch in sich, weil es das Wahlrecht von der Lebens- und Rechtswirklichkeit abkoppelt.

Oft hören wir von einer gewünschten Steigerung des politischen Interesses bei Jugendlichen, wenn diese zugleich auch wählen dürfen. Das, meine Damen und Herren, hat die Landtagswahl 2017 ein-drucksvoll widerlegt. Nur etwa die Hälfte der wahlberechtigten Jugendlichen ist zur Wahl gegangen.

Diese Erkenntnis wird übrigens von beinahe allen vorangegangenen Studien zu diesem Thema bestätigt. Für die Behauptung, die Gewährung des Wahlrechts sei bei minderjährigen Jugendlichen aus einem höheren Politikinteresse abzuleiten, gibt es also keinen Beleg.

Also muss es andere wohl andere Gründe geben. Und diese finden wir auch, wenn wir uns anschauen, wer die Absenkung des Wahlalters fordert. Es sind stets rot-grüne und linke Vorstöße, die einst auch hier in Schleswig-Holstein eine Mehrheit hatten.

„Das Kalkül dahinter: Junge Menschen wählen - wie das Wochenende einmal mehr bestätigte - tendenziell eher links. Die viel kritisierte Entscheidung der Küstenkoalition sollte vor allem dem eigenen Machterhalt dienen.“

So schreibt folgerichtig die s:hz am 8. Mai 2017.

Nun, das hat nicht geklappt, aber die Jugendlichen als tendenziell linke Zielgruppe verliert die SPD nicht aus den Augen. Es geht ihr ja um Wiedererlangung der Macht. Das, und nur das, steckt hinter diesem Antrag.

Übrigens war es die sogenannte „alte Generation“, die vor allem die SPD mehrheitlich nicht wählte. Zusammen mit den Beschimpfungen und der Hetze, die unsere alten Menschen in den vergangenen Wochen über sich ergehen lassen mussten, insbesondere aus den Reihen der Jüngeren, muss nun jedem klar sein, wie enorm wichtig geistige und sittliche Reife im politischen Willensbildungsprozess sind.

Ich will mir gar nicht ausmalen, was Ihnen noch alles durch ihre linksgerichteten, sozialistischen Köpfe gehen kann. Vielleicht kommen Sie ja angesichts des demografischen Wählerverhaltens dazu, eben jenen das Wahlrecht entziehen zu wollen, die sie mehrheitlich nicht wählen? Dürfen dann Menschen ab 70 nicht mehr wählen, nur weil diese eben die SPD nicht wählen? Die Erfahrungen der zumeist

linken Hetze gegen ältere Menschen der letzten Wochen lässt mich hier erschauern.

Liebe SPD, ich geben Ihnen einen Tipp: Machen Sie gute Politik im Interesse der deutschen Bevölkerung, damit die schon jetzt wahlberechtigten Bürger Sie wählen. Denn derzeit ist das Gegenteil ist der Fall.

Die Wähler laufen Ihnen in Scharen davon, und das ist ein gutes Signal für unsere Demokratie.

Die AfD-Fraktion lehnt Ihren Antrag ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Der Antrag der SPD zur Ausweitung des Wahlalters war einer der ersten dieser Wahlperiode. Im Sommer 2017 bekamen wir die schriftlichen Stellungnahmen. Nur vier Stück insgesamt, dem Landeswahlleiter Schleswig-Holstein, dem Landeswahlleiter Bremen, dem Landesbeauftragten für politische Bildung und dem Landesjugendring. Gemessen daran ist die merkwürdig still abgelaufene Ablehnung des Vorhabens durch die Regierungskoalition über zwei Jahre später schon irgendwie irritierend.

Der Landesjugendring setzt sich schon seit Jahren für eine Absenkung des Wahlalters ein. Er hat argumentiert, dass junge Menschen ohnehin schon früh in ihrem Leben und ihrem Bildungsweg Entscheidungen treffen müssen, die ausschlaggebende Konsequenzen für ihr späteres Leben haben. Das erwarten wir gesellschaftlich samt damit einhergehenden Pflichten auch wie selbstverständlich. Dass damit aber nicht das Wahlrecht einhergeht, empfindet der Landesjugendring als nicht nachvollziehbar und als Entzug von staatsbürgerlichen Rechten. Die Geschäftsführerin hat uns im Ausschuss klipp und klar gesagt, dass spielerische Beteiligungsformen keine echte Beteiligung ersetzen können.

Unser Beauftragter für politische Bildung hat festgehalten, dass die Wahlberechtigung ab 16 ebenso zur stärkeren Teilnahme am politischen Leben führt wie zu insgesamt einer höheren Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie. Ein schöner Nebeneffekt könnte sein, wenn die Wahlbeteiligung durch eine erhöhte Einstiegswahlbeteiligung wirklich langfristig stiege.

Einer der Hinweise, der in diesem Zusammenhang kam war, dass Jugendliche in ihrer Wahlentscheidung auch in den Schulen begleitet werden sollten. Aber da bin ich erleichtert, dass es den WiPo-Un-

(Lars Harms)

terricht gibt, und der SSW möchte genau den ja weiter stärken.

Der Landeswahlleiter der Stadt Bremen war klar der Bedenkenträger der Runde. Unser eigener Landeswahlleiter hat abwägend dargelegt, welche Vorteile uns das Absenken des Wahlalters bringen würde.

Ich erinnere mich daran, wie er schilderte, dass er regelmäßig von Jugendlichen gefragt werde, warum sie bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wählen dürften, bei den nächsten Bundestagswahlen aber nicht.

Mir persönlich fiel die Antwort darauf schwer, auch ich finde dieses Vorgehen nicht schlüssig. Ist Landespolitik weniger komplex? Weniger wichtig? Wenn Sie das meinen, meine Damen und Herren, dann beglückwünsche ich Sie alle herzlich zu Ihrem Amt.

Schlussendlich hat eigentlich unser eigener Wahlleiter die für mich wichtigste Aussage getroffen:

„Rechtlich bestehen keine Bedenken gegen die Herabsetzung des Wahlalters. Die Frage nach der persönlichen Reife der 16- und 17-Jährigen, eine Wahlentscheidung treffen zu können, ist letztlich politisch zu beantworten.“

Die Beschränkung des Wahlalters ist ja eine Ausnahme vom Wahlgrundsatz der allgemeinen Wahl. Und doch sind es manchmal die jüngsten Wahlberechtigten unter den jungen Menschen, die politisch besonders interessiert sind. Bei der Wahl der Bürgerschaft in Hamburg beispielsweise ließ sich ja beobachten, dass die Wahlbeteiligung bei den 16- bis 17-Jährigen sogar 10 % höher als bei den 18- bis 24-Jährigen war.

Unsere Jugendlichen haben uns schon oft bewiesen, dass sie Mitsprache wollen. Und auch, dass sie das können. Weil sie genau so gut und genauso schlecht informiert sind wie Erwachsene auch. Wer von uns das im Laufe der Jahre vielleicht vergessen hat, konnte sich bei den dialogP-Veranstaltungen der letzten Jahre wieder davon überzeugen, dass unsere Jugendlichen absolut politische Haltungen haben. Dass sie diese umsichtig entwickeln und eben genau wie Erwachsene politische Fragen unterschiedlich beurteilen.

Ob Umweltschutz, Klimaprotest und Upload-Filter: Es sind die jungen Leute, die die Proteste anführen.

Seit Jahren warnen unsere Medien vor dem sogenannten Generationenkonflikt. Er lässt sich ja auch

schön hochschreiben: jung gegen alt, Innovation gegen Borniertheit, nachhaltiges Umdenken gegen Weitermachen mit dem Konsum im Übermaß. Ob es diesen Konflikt wirklich so gibt, bin ich mir gar nicht sicher. Sicher bin ich mir aber, dass in diesem Bild die Frage nach Generationengerechtigkeit steckt und dass wir bessere Antworten als bisher darauf finden müssen.

Daher ist die Lage für den SSW vollkommen klar: Die Entscheidung der Regierungskoalition ist falsch. Wir müssen die Beteiligungsrechte unserer jungen Menschen stärken. Und wir finden, es ist ihr folgerichtiges gutes Recht, ihre Zukunft auch als Wählerinnen und Wähler aktiv mitzubestimmen.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion in diesem Hause zeigt, quer durch die Parteien bestehen Sympathien, das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Bundestagswahlen einzuführen.

Befürworter und Gegner haben gute Argumente für ihre Positionen vorgetragen. Ich möchte an dieser Stelle nicht alle wiederholen. Lediglich einen Aspekt möchte ich dennoch hervorheben:

Es bestehen weder verfassungsrechtlich noch wahlrechtlich durchgreifende Bedenken gegen ein Wahlrecht ab 16 Jahren.

Die Entscheidung über die Einführung des Wahlrechts ab 16 bleibt eine rein politische. Es ist aber keine willkürliche Entscheidung.

Die Entscheidung, das Wahlalter zu senken, bedarf einer intensiven politischen Abwägung. Kriterien wie die allgemeine politische Einsichtsfähigkeit, die Diskursfähigkeit und Urteilsfähigkeit sind zu berücksichtigen. Auch eine abwägende Betrachtung der Lebensreife und des Verantwortungsbewusstseins sind maßgebend.

In der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss fand hierzu ein intensiver Austausch statt.

Für Schleswig-Holstein ist diese Frage - wie mehrfach ausgeführt - bereits beantwortet. Die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen und bei Kommunalwahlen liegt hier bei 16 Jahren. Das passive Wahlrecht liegt auch in Schleswig-Holstein weiterhin bei 18 Jahren.

Andere Länder und ebenso der Bund kommen hinsichtlich des aktiven Wahlrechts - zumindest bisher - zu anderen Auffassungen. Das respektieren wir.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Die Ausgestaltung des Wahlrechts ist das ureigene Recht des jeweiligen Gesetzgebers.

Ich halte es für völlig richtig, wenn die Diskussion über wahlrechtliche Fragen zur Bundestagswahl dort geführt wird, wo auch die Entscheidung getroffen wird - im Deutschen Bundestag. Neben einer Änderung des Bundeswahlgesetzes ist schließlich auch eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. Hierzu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Ich halte das Votum des Innen- und Rechtsausschusses, den Antrag der SPD zurückzuweisen, für konsequent und richtig. Ich werte diese Entscheidung nicht als grundsätzliches Signal gegen das Wahlrecht ab 16 zur Bundestagswahl. Wer dieses Thema politisch durchsetzen möchte, sollte sich seine Mehrheiten nicht in Kiel, sondern in Berlin beschaffen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wildnis in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1782

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Zwei große Umweltthemen, die miteinander zusammenhängen, bestimmen die aktuelle Politik: der Klimaschutz und die Biodiversität. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung dieses aktuellen und wichtigen Berichtes.

Das Artensterben findet nicht nur am Amazonas und in Südostasien statt, sondern auch bei und direkt vor unserer Haustür. Der Begriff „Insektensterben“ belegt dies. Um hier wirksam gegenzusteuern, hat die Bundesregierung bereits vor 13 Jahren eine nationale Biodiversitätsstrategie beschlossen, die bis zu diesem Jahr umgesetzt sein sollte.

Schleswig-Holstein hat seine Schularbeiten gemacht und schon vor vier Jahren, als eines der ersten Bundesländer, die Umsetzung angepackt. Das wir dabei statt der angestrebten 2 % der Landesfläche erst 1,9 % wildnisgeeigneter Gebiete erreicht haben, halte ich für marginal. Ich bin mir sicher, dass Schleswig-Holstein die letzten Flächen und deren Sicherung erreichen wird.

Bei der Entwicklung im Lande sollen zunächst Modellgebiete zu Wildnisgebieten entwickelt werden. Hierfür wurden neun Gebiete in acht Kreisen des Landes ausgewählt.

Die dem Bericht beigelegte Karte zeigt, dass dies aber nicht die einzigen Objekte sind. So wird zwischen Naturwald und Wildnisgebieten - gestaffelt nach Größen - unterschieden. Im Ergebnis auf dem Festland 159 Gebiete auf 24.776 ha und 5.270 ha im Nationalpark Wattenmeer, zusammen also gut 30.000 ha.

Für besonders wichtig erachte ich es festzustellen, dass mit den Wildnisgebieten keine neue Schutzgebietskategorie geschaffen wird. Die Sicherung der Gebiete erfolgt in erster Linie über das Eigentum.

Dabei muss nicht immer nur das Land oder eine Stiftung der Flächeneigentümer sein. Der ehemalige Leiter der Staatlichen Vogelwarte Radolfzell, Professor Peter Berthold, hat zusammen mit der Heinz-Sielmann-Stiftung in Baden-Württemberg etwas angestoßen, das beispielgebend wirken könnte. Sein Gedanke ist, der Pflanzen- und Tierwelt etwas zurückzugeben. In fast jeder Gemeinde gibt es Brachflächen, die durch Schaffung neuer Lebensräume ökologisch aufgewertet werden könnten. Vor allem im Südwesten Deutschlands ist dieser Gedanke auf fruchtbaren Boden gefallen. Was aber in Baden-Württemberg möglich ist, sollte in Schleswig-Holstein nicht unmöglich sein.

Ich fasse zusammen: Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Zeichen der Zeit erkannt und gehandelt. Daher steht das Land bei dem Erreichen des 2-%-Ziels für die Schaffung von Wildnisgebieten heute gut da.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums für den Bericht „Wildnis in Schleswig-Holstein“. Viel mehr als ein Zwischenbericht war das nicht und kann es auch noch nicht sein. Fleißig wurden die einzelnen Punkte, die für Wildnisgebiete notwendig sind, aufgelistet und das dargestellt, was schon vor längerer Zeit klar war. In Schleswig-Holstein mit einer oftmals kleinteilig strukturierten Landschaft wird es kaum möglich sein, Flächen darzustellen, die die Größenvorgabe des Bundes erfüllen. Auch dies wissen wir schon länger.

Daher wird eine Flächendarstellung ein echter Kraftakt. Dies wird im Bericht allerdings nur kurz skizziert. Das ist klar, denn das wird einer der Konfliktpunkte sein. Das Erreichen des 2-%-Ziels darf keinesfalls auf Kosten der Biodiversität gehen, daher muss es eine Abstimmung mit Verbänden geben. Die Fokussierung auf Naturschutzflächen ist sicher die einfachere Lösung, muss aber dringend

(Sandra Redmann)

diskutiert werden. Die besten Gebiete müssen gemeinsam abgestimmt und in einem zeitlich angemessenen Rahmen umgesetzt werden.

Der Umwelt- und Agrarausschuss muss ebenso beteiligt werden, und es dürfen nicht am Parlament vorbei Flächen festgelegt werden. Deswegen erwarten wir im Ausschuss einen genaueren Bericht, der auch darauf eingeht, wo die Knackpunkte liegen und wo das Ministerium die größten Herausforderungen sieht.

Ebenso stellt sich die Frage, was Wildnis konkret bedeutet und wo dann trotzdem eingegriffen werden kann und soll. Die Andeutungen der FDP, dass Wildnis ja nichts kostet und daher prima ist, zeugen von großer Unwissenheit.

Die Errichtung von Wildnisflächen ist richtig und zukunftsweisend, eine einvernehmliche Abstimmung aber unerlässlich. Dazu wollen wir vom Minister Antworten haben.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Natur braucht sich nicht anzustrengen, bedeutend zu sein. Sie ist es.“

Dieses Zitat stammt von Robert Walser.

Zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger mögen Natur umso lieber, je wilder sie ist. Das sagt uns die Naturbewusstseinstudie von 2013. Aber wohin mit dieser Liebe, wenn Straßen und Siedlungen den Weg versperren, wenn Äcker und Weiden sich in geometrischen Mustern über das Land legen, wenn es einfach kaum noch Wildnis gibt in Deutschland?

Jahrhundertlang, bis zum Beginn der Industrialisierung, blieben etwa ein Drittel der Landflächen ungenutzt. Sich selbst überlassen, konnten sich natürliche Prozesse ohne beziehungsweise weitgehend ohne menschliches Zutun entwickeln. 2007 schrieb die nationale Biodiversitätsstrategie einen Anteil von 2 % Wildnis ins Pflichtenheft. Zu erreichen genau in diesem Jahr 2020. Tatsächlich sind wir mit einem Flächenanteil von gerade einmal 0,6 % weit davon entfernt.

Naturschutz durch Nichtstun - darum geht es beim Wildniskonzept. Das hört sich doch verlockend an. Wir könnten viel Geld sparen, wenn wir das zur Maxime im Naturschutz machen. Das wollen wir aber gar nicht. Erstens kommt das natürlich in unserer dicht besiedelten und stark genutzten Landschaft nur auf kleiner Fläche infrage, und zweitens

wäre es auch nicht zielführend für viele Arten und Lebensräume, die wir schützen und entwickeln wollen, weil die gerade auf angepasste Nutzung oder Pflege angewiesen sind.

Aber da, wo es geht, wollen wir der Natur ihren Lauf lassen. Worum geht es? Wildnis sichert die biologische Vielfalt. Manche Arten kommen nur in naturnahen ungestörten Lebensräumen vor. Ihr Überleben zu sichern ist unsere Verantwortung. Wildnis schützt unser Klima. Moore und Wälder binden Treibhausgase. Wildnis schützt uns selbst.

Flussauen mildern die Folgen von Hochwassern und Überschwemmungen. Wildnis ist unsere Lebensgrundlage. Sie liefert uns Sauerstoff, sauberes Wasser und unsere Nahrung. Wildnis ist unsere Chance. Tiere und Pflanzen entwickeln in Zeiten des Klimawandels Überlebensstrategien, von denen auch unsere Nutzpflanzen und -tiere profitieren. Wildnis macht gesund. Viele Medikamente werden aus natürlichen Stoffen entwickelt.

Es ist nicht ganz einfach, in unserem Bundesland, in dem 70 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt werden, wo täglich eine mehrere fußballfeldgroße Flächen für Straßen und Siedlungen versiegelt wird, geeignete Gebiete in den fachlich gebotenen Mindestgrößen zu finden.

Das zeigt dieser Bericht. Um überhaupt voran zu kommen, ist es vertretbar und realistisch, dass auch geeignete Gebiete von geringerer Größe einbezogen werden. Wichtig wird jetzt sein, diese Gebiete rechtlich abzusichern. Das heißt in der Regel, das Eigentum in öffentliche Hand oder die von gemeinnützigen Naturschutzstiftungen zu überführen.

Zwei Pluspunkte möchte ich am Ende noch besonders hervorheben: Mit dem Nationalpark Wattenmeer haben wir ein riesiges einmaliges und streng geschütztes Gebiet von Welterbestatus. Seine Landflächen tragen wesentlich zum Erreichen unseres Wildnisziels bei.

Hinzu kommen die Naturwälder, die wir als eines der ersten Bundesländer umfänglich umgesetzt haben. Auch hier mit Kompromissen bezüglich der Flächengröße aber immerhin. Hier wie dort kommen wir jedenfalls dem Wunsch von zwei Drittel der Bevölkerung schon nach: je wilder, desto lieber.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Herr Präsident! Mit der im Mai 2016 beschlossenen Novelle des Landesnaturschutzgesetzes geht das Ziel einher, 2 % der Landesfläche in sogenannte Wildnisgebiete umzuwandeln. 2 % der Landesflä-

(Dennys Bornhöft)

che sollen also Gebiete sein, welche dem ungestörten Ablauf von Naturvorgängen gewidmet sind. Hiermit trägt Schleswig-Holstein seinen Anteil zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt bei, welche vorsieht, das gleiche Flächenziel bis 2020 für die Fläche von gesamt Deutschland zu erreichen.

Die Einrichtung solcher Wildnisgebiete wird von den Freien Demokraten ausdrücklich unterstützt. Nachdem in den 1980er-Jahren auf gezielte Maßnahmen wie extensive Beweidung, Entbuschung und Anlage von Biotopen gesetzt wurde, ist man aktuell wieder dazu übergegangen, Flächen der Sukzession zu überlassen. Es hat sich gezeigt, dass die häufig sehr aufwändigen Biotopgestaltungs- und Biotoppflegemaßnahmen nicht effektiv waren. Auch in Schleswig-Holstein sind wir dazu übergegangen, es zu fördern, dass sich die Natur auch außerhalb des Wattenmeeres eigendynamisch und ungestört entwickeln kann.

Gemessen an der terrestrischen Gesamtfläche Schleswig-Holsteins müssten nach dem 2-%-Ziel circa 32.000 ha in Wildnisgebiete umgewandelt werden. Da eine verbindliche Einstufung als Wildnisbestand oder Eignung zur Wildnisentwicklung eine einzelgebietsbezogene Analyse erfordert, erfolgte zunächst eine Bestandsermittlung durch Benennung von potentiellen Wildnisgebieten, die einer konkreten Prüfung auf Eignung unterzogen wurden. Insgesamt wurden bisher 206 Gebiete mit 76.600 ha Fläche geprüft. Eine vorläufige Prüfung bis zum Frühjahr 2018 ergab, dass von dieser nur 24.776 ha Fläche als geeignet eingestuft wurden, was etwa 1,6 % der Landesfläche entspricht. Hinzu kommen noch 0,3 % der Landesfläche, also etwas über 5.200 ha Nationalpark als Wildnisgebietsvorschlag.

Wildnisflächen sollen möglichst unzerschnitten sein, um störende Einflüsse wie Stoffeinträge, Entwässerung und Freizeitaktivitäten des Menschen zu vermindern. Daher hat sich das MELUND bei der Prüfung vor allem auf größere Flächen von mehr als 20 ha konzentriert. Im weiteren Verfahren soll in den ermittelten Gebieten eine konkrete Umsetzung erfolgen. Gerne möchten wir mehr über die Erkenntnisse aus diesen Beispielgebieten erfahren.

Lassen Sie mich noch eine Sache zur nostalgisch angepriesenen „Unberührtheit“ dieser Flächen sagen: Eine solche wird auch bei großen Anstrengungen nicht zu erreichen sein. Anthropogene Einflüsse wie Stoffeinträge aus der Atmosphäre oder wandernde Arten lassen sich bei realistischer Betrachtung nicht verhindern.

Wir sind gespannt, wie die neuen Wildnisgebiete aussehen werden. Sie werden eine tolle Ergänzung der Landschaft Schleswig-Holsteins sein.

Wir danken der Landesregierung für den vorgelegten Bericht, und wir danken auch den Mitarbeitern des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - LLUR - für die Erstellung.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich beim Herrn Minister für diesen Bericht.

Der Begriff „Wildnis“ ist schwer zu fassen und nicht allgemeingültig definiert, sondern immer abhängig vom Naturverständnis und dem Menschenbild.

Als Wildnis empfunden wird Natur dann, wenn sie ursprünglich, vom Menschen unberührt eine eigenständig funktionierende Gegenwart zur genutzten Kulturlandschaft darstellt. Wildnis ist somit als Kontrast zur zivilisatorischen bzw. kulturellen Ordnung zu verstehen.

In Schleswig-Holstein soll Wildnis ein großes, unverändertes oder nur leicht verändertes Naturgebiet sein. Weitgehend ein sich eigendynamisch entwickelndes System ohne Nutzung durch Menschen.

Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt ist es nun, 2 % der Landesfläche bis 2020 zu Wildnis zu machen, wohlgerneht der Bundesfläche, es ist ja eine nationale Strategie. Eingearbeitet wurde dieses Ziel in das schleswig-holsteinische Landesnaturschutzgesetz. Allerdings ohne konkrete zeitliche Vorgabe.

Das 2% Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) bis 2020 jedenfalls erreicht Schleswig-Holstein nicht- laut Bericht ist es auch nur mittel- bis langfristig zu erreichen.

Nach bisheriger Betrachtung sind nur 1,6 Prozent der Landesfläche wildnisgeeignet. Nur wenn Nationalparkflächen wie etwa natürliche Vorlandsalzwiesen oder die Insel Trischen als terrestrische Fläche dazu gerechnet werden, rückt das 2% Ziel in erreichbare Nähe.

Aktuell sind nur rund 0.7 % der Landesfläche als „Wildnis“ zu identifizieren. Es ist nahezu unmöglich, in einem Agrarland wie Schleswig-Holstein 2 % Landesfläche kurzfristig als Wildnis auszuweisen. Deswegen setzen sie wahrscheinlich den großzügigen Zeitrahmen von 10 bis 20 Jahren an.

(Volker Schnurrbusch)

Die meisten der ausgewählten Gebiete befinden sich in der Marsch. Dort wird die Flora und Fauna längerfristig kaum ändern. Die Flächen werden kaum intensiv genutzt, allenfalls Schafe sorgen im Rahmen des Deichschutzes für eine kurze Grasnarbe. Ähnlich verhält es sich bei der anderen Hauptgruppe, den Mooren. Diese müssten evtl. von Bäumen frei gehalten werden, um sich nicht in Bruchwald zu wandeln. Damit sind wir auch beim Kern der Thematik. Überall dort, wo eigentlich Hochwald wachsen würde, also auf der gesamten Geest, müssen stärkere Eingriffe stattfinden, um Flächen offen zu halten- bei Äckern und Weiden ist das klar, alle anderen Flächen die ungenutzt sind, unterliegen einer starken Sukzession, d.h. tendieren zur Waldbildung, beginnend mit Robinien, Birken, Rot- Weiß- und Schlehdorn usw., gefolgt von Ahorn, Linde, ggf. Ulme, Hainbuche, Buche, Eiche, Kiefer, d.h., diese Flächen müssen "gepflegt" werden, um die Flora und Fauna im Gleichgewicht zu halten. Sonst gehen sie nach ca. 100 Jahren in einen relativ artenarmen Hochwald über. Das trifft auch für "Naturwälder" zu. Bei dieser Pflege müssen schon früh die meisten Bäume entnommen werden und invasive Arten wie Ambrosie oder Chinesischer Knöterich bekämpft werden. Auch hier bedarf es zur Offenhaltung und Erhalt einer großen Artenzahl gerade bei Blumen und Insekten Maßnahmen wie z.B. 2-3 x Mahd pro Jahr. Das kennt man aus vielen Naturschutzgebieten. Das ist viel Arbeit für Gemeinden, Naturschutzverbände und Bauern, darüber muss man sich im Klaren sein- und es kostet Geld. Da gilt es abzuwägen.

Aber es gibt noch weitere Kritikpunkte an diesem Konzept. Sie schreiben (Zitat) „Es wurden vorrangig Gebiete auf Umsetzbarkeit der Wildnisziele geprüft, die sich zu einem überwiegenden Anteil im Eigentum im Eigentum der öffentlichen Hand oder im Besitz von Naturschutz-Stiftungen und Verbänden befinden“, sagt indirekt, dass offensichtlich auch Land privater Eigentümer im Visier der Wildnissucher ist. Das lehnen wir als AfD kategorisch ab – Privateigentum hat für uns nach wie vor einen hohen Stellenwert! In der Vorgabe des Bundes sind Wildnisgebiete mindestens 500 ha groß, handelt es sich um Wald sollen es sogar 1.000 ha sein. Auch hier zeigt sich die Landesregierung „flexibel“, wohlwissend dass die Größenvorgaben gar nicht realisierbar sind. Da nimmt sie kurzerhand deutlich kleinere Flächen ab 20 ha in die Prüfung. Frei nach dem Motto wenn's nicht passt, wird's passend gemacht. Das ist ein Beleg dafür, dass hier „Natur im Baukastensystem“ entwickelt und geplant wird. Natur, die weder wild ist noch irgendwann in den letz-

ten 50 Jahren jemals Wildnis war. Mit Wildnis hat das herzlich wenig zu tun. Wirkliche Wildnis finden sie vielleicht noch auf Borneo oder in Papua-Neuguinea, aber bestimmt nicht in Schleswig-Holstein. Alles in allem ist das Wildnis-Konzept dieses Umweltministers ein weiterer Versuch, grüne Ideologie zu etablieren.

Wir behaupten, die konkrete Umsetzung nach den strengen Vorgaben des Bundesamtes ist nicht nur nicht in „bestimmten Eignungsgebieten“ umsetzbar, sondern insgesamt nicht. Warum nicht? Ein am grünen Tisch vernetztes Mosaik von Biotopen ist eher Wunschvorstellung! Das zu erhalten ist eine Frage, die die Politik entscheiden muss. Die Biologie würde sich kurioserweise dagegen entscheiden und diese Biotope bald verschwinden lassen.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Wer an Wildnis denkt, hat häufig das Bild von unberührter Natur und Landschaft in großen Dimensionen vor Augen. Aber kaum jemand bringt so ein Bild mit Deutschland oder Schleswig-Holstein in Verbindung. Das ist auch nicht verwunderlich, denn Wildnisgebiete kommen hier kaum vor. Solche Gebiete zeichnen sich durch ihre Unberührtheit aus, sie sind sich selbst überlassen und frei von menschlichen Nutzungen.

Doch mittlerweile findet sich in Deutschland kaum noch Gebiete, auf die diese Merkmale zutreffen. Im Rahmen ihrer Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt hat die Bundesregierung die Ziele und Merkmale für Wildnisgebiete aufgezeigt. Eines der Ziele ist die Schaffung von Wildnisgebieten in Deutschland. Das heißt, die Nationale Biodiversitätsstrategie schreibt unter anderem vor, dass sich Wildnisgebiete auf 2 % der Landesfläche entwickeln sollen. Die Nationale Biodiversitätsstrategie wurde bereits in 2007 von der Bundesregierung verabschiedet.

Die Umsetzung dieser Zielformulierung ist wie wir wissen Aufgabe der Länder. Wir als Küstenkoalition haben seinerzeit mit der Änderung des Landesnaturschutzgesetzes diesen Arbeitsauftrag aufgenommen und es entsprechend im Naturschutzgesetz in § 12 verankert. Demnach sollen innerhalb des Biotopverbundes mindestens 2 % der Landesfläche zu Wildnisgebieten entwickelt werden. Auf der Grundlage und den allgemeinen Grundsatz des Bundesnaturschutzgesetzes haben wir seinerzeit die Entwicklung von Wildnisgebieten im Rahmen des Biotopverbundes eingebunden.

(Lars Harms)

Bei der Änderung des Landesnaturschutzes war es für uns als SSW wichtig, ein Gesetz zu bekommen, das seinen Fokus stärker auf Biodiversität mit dem Ziel der dauerhaften Sicherung und Entwicklung der biologischen Vielfalt richtet. Genau diese Zielrichtung zieht sich durch das Landesnaturschutzgesetz wie ein roter Faden.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes in zweiter Lesung in 2016 hat die Küstenkoalition den Auftrag der Bundesregierung umgesetzt, mehr für Biodiversität zu tun - also neun Jahre, nachdem von der Bundesregierung die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt verabschiedet wurde. Gleichwohl muss ich zugeben, trotz der Expertise zum Gesetzentwurf habe ich mich damals gefragt, wie solche Wildnisgebiete bei uns die Landschaft und Natur eingefügt werden sollen beziehungsweise wie sie sich entwickeln sollen. Nichtsdestotrotz stehe ich zu dieser Entscheidung, denn ich sehe die Notwendigkeit für solche Wildnisgebiete. Nur so schaffen wir spezielle Lebensrückzugsräume für manche Arten - die eben keine Kulturfolger sind -, die an besondere und wenig beeinflusste Lebensräume gebunden sind.

Daher begrüße ich ausdrücklich den vorliegenden Bericht, der deutlich macht, wie sich ein Wildnis-konzept in Schleswig-Holstein umsetzen lässt. Ich danke dem Ministerium, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht und insbesondere den Fachleuten aus dem LLUR, die für die Erarbeitung des Fachkonzeptes stehen.

In Teilen bestätigt der Bericht meine Bedenken hinsichtlich der vollständigen Umsetzbarkeit. Aber viel wichtiger ist für mich, dass der Bericht deutlich macht und aufzeigt, dass Wildnisgebiete auch in Schleswig-Holstein eingerichtet werden können. Das bestätigt die Entscheidung der Küstenkoalition, dies ins Gesetz aufzunehmen.

Bei der Errichtung von Wildnisgebieten stehen wir noch völlig am Anfang, und ich bin gespannt auf die weitere Fachdiskussion und Ausführung im Ausschuss. Wenn ich an den Antrag der Koalition zum biologischen Klimaschutz denke, dann sehe ich gerade in Bezug auf unsere Moore, dass sich beides hervorragend verbinden lässt.

Wichtig scheint mir der Aspekt der öffentlichen Beteiligung beziehungsweise die entsprechenden Informationen an die Bevölkerung über die Errichtung von Wildnisgebieten. Ich kann mir gut vorstellen, dass in der Bevölkerung die Frage nach der Notwendigkeit und der Umsetzbarkeit auftaucht.

Da ist eine entsprechende Broschüre dazu geboten. - Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Herr Präsident! Der im Mai 2019 in Paris veröffentlichte aktuelle Globale Zustandsbericht des Weltbiodiversitätsrats zeichnet für den Erhalt der Biodiversität ein erschreckendes Bild. Demnach ist rund eine Million Arten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vom Aussterben bedroht, viele Arten drohen bereits in Kürze zu verschwinden.

Auch in Schleswig-Holstein steht es schlecht um unsere Artenvielfalt. Im Vergleich zu 2004 haben wir bereits heute 25 % der Arten verloren. Wir stehen vor einer riesen Herausforderung, die für mich denselben Stellenwert hat wie der Kampf gegen den Klimawandel. Beide Entwicklungen, auch wenn sie im entscheidenden Maße zusammenhängen, bedrohen die existentiellen Grundlagen unseres Lebens.

Deshalb handeln wir: Bereits im Jahre 2007 hat die Bundesregierung mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie beschlossen, diesem Trend entgegenzuwirken. Der Bund will bis zum Jahre 2020 die Natur auf mindestens 2 % der Landesfläche Deutschlands wieder nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten als Wildnis entwickeln.

Schleswig-Holstein hat als eines der ersten Bundesländer mit der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes 2016 solche sich selbst regulierenden Ökosysteme im § 12 LNatschG verankert. Auch wir wollen innerhalb des Biotopverbundes mindestens 2 % der Landesfläche als Wildnisgebiete zu entwickeln.

Wildnisgebiete können einen bedeutsamen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität in Deutschland beziehungsweise Schleswig-Holstein leisten, da sich hier Lebensräume für spezialisierte Arten entwickeln können, die in der Landschaft sonst so nicht mehr zu finden sind. Wildnisgebiete geben der Natur den Raum, sich veränderten Umweltfaktoren anzupassen. Sie werden damit in der Zukunft auch Bedeutung für die Umweltbildung haben und einen Beitrag für das Naturerleben in Schleswig-Holstein leisten können.

Der vorliegende Bericht baut auf einem seit 2016 erarbeiteten Fachkonzept „Wildnisgebiete in Schleswig-Holstein“ des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume auf. Er benennt unter anderem Qualitätskriterien für Wildnisgebiete und deren Bestand, beleuchtet allgemeine Probleme und Fragestellungen und beschreibt

(Minister Jan Philipp Albrecht)

die angewandte Methodik zur Auswahl potentiell geeigneter Wildnisgebiete in Schleswig-Holstein.

Im Ergebnis stellen sich einschließlich der Flächen des Nationalparks Wattenmeer derzeit etwa 1,9 % der Landesfläche Schleswig-Holsteins als wildnisgeeignet dar, Wildnisbestand und Wildnisentwicklung zusammengefasst.

Der Nationalpark umfasst darüber hinaus marine Wildnisflächen in einem Umfang von circa 150.000 ha, die jedoch nicht zur statistischen Landesfläche gezählt werden. Das MELUND erwartet, dass als Ergebnis der ausstehenden Prüfung weiterer 170 relativ kleinflächiger Areale - 20 ha bis 50 ha - zumindest die Potenzialflächen das 2-%-Ziel erreichen werden.

Der Ausbau der Wildnis in Schleswig-Holstein, der Schutz der Natur- und Artenvielfalt bestimmt am Ende über unseren natürlichen Reichtum. Klar ist: Es sind große Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich, um dem Artensterben etwas entgegenzusetzen und den Trend am Ende umzukehren. Das ist nur zu schaffen, wenn wir als Gesellschaft an einem Strang ziehen - von der Landwirtschaft über Industrie und Gewerbe bis hin zu unseren eigenen Gärten.

Im Rahmen der aktuell stattfindenden Fortschreibung und Neuaufstellung der Landschaftsrahmenpläne wird das Thema Wildnis als konkretisierende Zielbestimmung der Biotopverbundplanung dargestellt, das mithilfe der bestehenden Naturschutzinstrumente und weiterer Programme - insbesondere Moorschutz- und Auenschutzprogramm - umzusetzen ist. Wildnisgebiete sind keine neue Schutzgebietskategorie im Sinne des Naturschutzrechtes.

Da ein großer Informationsbedarf besteht, soll zeitnah eine aus dem Konzept abgeleitete Wildnis-Broschüre erstellt und veröffentlicht werden.

In einem zweiten Schritt sollen in den nächsten fünf Jahren Wildniseignungsgebiete im überwiegenden Eigentum der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein, der Schrobach-Stiftung und des Landes Schleswig-Holstein modellhaft umgesetzt werden. Die Umsetzung dieser Modellgebiete dient insbesondere der beispielhaften Evaluierung von konkreten gebietsbezogenen Umsetzungsschritten und der Klärung von Einzelfragen.

Mit dem Wildniskonzept und dessen schrittweise Umsetzung werden wir nicht nur einen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt leisten, sondern auch Räume schaffen, in denen sich die Natur - für den Menschen erlebbar - nach ihren eigenen Regeln entwickeln kann.